

KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 142 März/April 2009 2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 142 März/April 2009 berichten wir über:

zusätzlich nur in der Internetausgabe:



Die Kandidaten der DTP werden herzlich empfangen. Hier Ahmet Türk auf Wahlkampftour in Istanbul. Foto: DIHA


Wenn Tayyip Erdoğan nach Diyarbakır kommt, bleiben die Geschäfte aus Protest geschlossen. Foto: ANF



Weit über den 15. Februar hinaus wird gegen das Komplott protestiert und die Freiheit von Öcalan gefordert. Hier demonstrieren die Frauen von Mersin. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

willkommen zur Frühjahrsausgabe: bijî newroz!

Frühlingsstimmung im Sinne positiver Aufbruchsatmosphäre lässt sich im Hinblick auf die kurdische Frage allerdings nur sehr begrenzt und einseitig verspüren. Gehen wir nach dem Tenor aller aktuellen Berichte – grundlegende Veränderung ist nötig.

Die kurdische Bevölkerung zeigt, dass sie sich nicht mehr mit etwas Kosmetik wie z. B. dem kurdischen Fernsehen TRT 6 zufriedengibt. Warum auch, hat sie sich doch selbst diesen Wunsch schon vor Jahren erfüllt. Sie zeigt offen, was sie von der türkischen Regierung hält. Waren es in der Vergangenheit einzelne Widerstandstage, an denen sie auf die Straße protestieren ging, befindet sie sich nun in einer unaufhaltsamen permanenten Auf- und Umbruchssituation. Sie fordert ihre Rechte, täglich, und bringt dies zum Ausdruck.

Am 29. März wird gewählt, auch wenn es sich dabei „nur“ um Kommunalwahlen handelt, können sie die Türkei tiefgreifend verändern. Herzlich werden die DTPler in den Städten und Dörfern empfangen und inmitten der Bevölkerung gefeiert. Viele PolitikerInnen der westlichen Welt können davon nur träumen.

Dagegen die Ausnahmesituation, wenn der türkische Ministerpräsident die kurdischen Gebiete besucht: Proteste, geschlossene Geschäfte, leere Straßen. Die kurdische Bevölkerung hat ihm sein Wahlversprechen, die kurdische Frage lösen zu wollen, nicht vergessen. Damit konnte er die letzte Wahl in der Türkei und Nord-Kurdistan gewinnen, viele gaben ihm ihre Stimme. Doch seine „Lösungsansätze“ bekam die Bevölkerung schnell zu spüren: grenzüberschreitende Militäraktionen, Zerstörung und Unterdrückung. Die Bevölkerung wird mit dieser Wahl aufzeigen, wem sie eine Lösung ihrer Probleme zutraut, dafür hat sie sich ihren Interessen entsprechend organisiert.

Im Vordergrund aller Aktivitäten und Initiativen steht dabei die Situation Abdullah Öcalans. Zehn Jahre nach seiner Verschleppung demonstriert die Bevölkerung ihre Verbundenheit mit ihm und den Lösungsansätzen, die er auch nach einem Jahrzehnt absoluter Isolation auf Imralı formuliert.

Als erste Etappe schlägt Öcalan einen beidseitigen Waffenstillstand vor. Zweitens eine Einigung über eine demokratische und zivile Verfassung; zu diesem Zweck könne eine Konferenz durchgeführt werden. Als dritte Etappe erneut eine Wahrheitsfindungskommission, die zur Aufklärung von Kriegsverbrechen und weiteren Vorfällen der letzten Jahrzehnte in der Türkei beitragen soll.

Dies würde in der kurdischen Bevölkerung großen Widerhall finden, denn nichts wünscht sie sich sehnlicher als endlich ein Leben in Frieden.

Der März steckt voller Initiativen, die von der Bevölkerung getragen werden: der Internationale Frauentag am 8. März, die Aktivitäten um das 5. Weltwasserforum in Istanbul, die großen Newrozfeierlichkeiten und schließlich am Ende des Monats die Kommunalwahlen. Delegationen aus anderen Teilen der Welt werden erwartet, um an diesen wichtigen Aktivitäten und Initiativen teilzunehmen.

In diesem Sinne wünschen wir einen aktiven Frühlingsbeginn. Es schreit nach Veränderung, die Zeit ist richtig dafür.

Es lebe Newroz, das Fest des Frühlings, des Friedens und der Freiheit!

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Die Lösung der kurdischen Frage wird kommen müssen

Nilüfer Koc, stellvertretende Vorsitzende des Kurdistan-Nationalkongresses KNK

Kritische Zeiten kommen wieder auf uns Kurden zu. Immer wenn die kurdische Freiheitsbewegung auf der Erfolgswelle schwimmt und es schafft, die Lösung der kurdischen Frage auf die Agenda zu bringen, lassen die Türkei und ihre Verbündeten nicht lange auf sich warten und mobilisieren ihre Gegenbewegung.

Es ist eine Frage der Zeit, wie lange diese einem antagonistischen Mechanismus ähnelnde Politik existieren wird. Die Kurden drängen auf eine Lösung, die Türkei allerdings auf das Verschwinden der Kurden durch Negieren ihrer Identität. Bezogen auf die letzten dreißig Jahre kann man allerdings eindeutig sagen, dass die Kurden die viel stärkere Seite waren und sind. Zu diesem Schluss kommen alle, die sich das Kräfteverhältnis en détail vor Augen führen. Die Türkei verfügte und verfügt in ihrem Kampf gegen die Kurden über alle Möglichkeiten eines riesigen Apparates wie des Staates. Ganz zu schweigen von der starken Rückendeckung durch NATO, EU und Israel in den letzten Jahren. Die PKK auf die „Liste terroristischer Organisationen" zu setzen, ist eine klare politische Unterstützung. Nicht zu vergessen die immensen wirtschaftlichen und militärischen Hilfen des Westens an die Türkei.

Die Kurden dagegen sind auf sich selbst gestellt. Materiell und technisch verfügen sie nicht über die Möglichkeiten eines Staates. Aber auch auf internationaler Tribüne sind sie Diffamierungskampagnen und politischen Angriffen wie diesen berühmt-berüchtigten „Terrorlisten" ausgesetzt.

Deutschland sollte für Frieden werben

In Deutschland ist dieser Prozess als Folge des PKK-Verbots mittlerweile zur Tradition geworden. Die Kurden müssen außer – wie alle anderen Migrantengruppen in diesem Land – dem Kampf mit vielen Hürden zusätzlich politische Diskriminierung gewärtigen. Anlässlich des 60. Jahrestages der NATO am 4. April lässt sich feststellen, dass Deutschland in diesem Bündnis seinen Job der politischen Verfolgung der Kurden zugunsten der Türkei seit den 80ern meisterhaft gemacht hat. Nur haben weder das PKK-Verbot noch die Hilfen an die Türkei etwas bei den Kurden bewirken können. Denn die sind keinen Millimeter von ihren politischen Forderungen zurückgewichen.

Es ist nicht förderlich, wenn in Sachen Kurden eine Politik des Doppelstandards angewandt wird – „gute und böse" Kurden. Die in letzter Zeit mehr auf das irakische Kurdistan fokussierte bundesdeutsche Initiative ist daher fragwürdig. Natürlich sind aus kurdischer Sicht Berlins Investitionen in Südkurdistan eine positive Leistung. Die Eröffnung des deutschen Generalkonsulats in Arbil diese Woche sowie der deutschen Schule sind durchaus positiv zu werten. Zum anderen will Deutschland wie viele andere Länder bereits jetzt noch mehr in Südkurdistan investieren, auch weil dieses, wenn der Druck von der El-Maliki-Regierung immer weiter steigt, auch den Schritt der Unabhängigkeit in Erwägung zieht. Äußerungen des Präsidenten der kurdischen Region Mesut Barzani als Reaktion auf El Maliki waren als Drohungen in dieser Richtung deutlich zu verstehen. Berlin hat dann somit im Sinne dieser Eventualität präventiv gehandelt. Daneben soll in München im März eine große Wirtschaftskonferenz zwischen Südkurdistan und Deutschland stattfinden. Dies sind meines Erachtens an sich positive Schritte. Denn Südkurdistan benötigt dringend Aufbauhilfe. Zudem bietet die politische und wirtschaftliche Unterstützung Berlins den Kurden weiteren diplomatischen Spielraum im komplexen Mittleren Osten. Ich würde diese Schritte als mehr als positiv bezeichnen, wenn ich endlich verstehen könnte, ob sie einen Teil der deutschen Kurdenpolitik bilden. Bekannt ist mir, dass deutsche Politik gegenüber Kurden immer abhängig war von ihrer Bündnispolitik gegenüber Türkei, Iran, Syrien oder Irak zu Zeiten des Baath-Regimes. Daher lässt sich aus den Erfahrungen der Vergangenheit und leider auch von heute nicht von einer deutschen Kurdenpolitik reden. Unter der Kurdenpolitik eines Staates verstehe ich Anerkennung und Respektierung der Existenz der Kurden. Von Deutschland war bisher eine solche Annäherung nicht bemerkbar. Die politischen und wirtschaftlichen Investitionen im irakischen Kurdistan sind zwar zu begrüßen, doch darf es nicht losgelöst gesehen werden vom strategisch wichtigen, nämlich dem nördlichen, also türkischen Teil. Gegenwärtig sind deutliche Parallelen zwischen der deutschen, amerikanischen und britischen Politik zu erkennen. Aufgrund der Bedeutung Südkurdistans für das US-Projekt des Großen Mittleren Ostens wird es nicht nur in den Vordergrund gestellt, sondern auch gegen den Norden eingesetzt. Dieser Politik folgen die US-Alliierten, so auch Deutschland. Eine Lösung der kurdischen Frage erfordert aber eine umfas-



Protest zum 15. Februar: Steht auf zum Volksaufstand – Bringt die Freiheit für Öcalan! Foto: DIHA

sende Komplettaufnahme. Vor allem werden alle Kurden, selbst die der irakisch-kurdischen Parteien, skeptisch. Denn längst haben KDP und PUK begriffen, dass die Existenz der PKK für ihre eigene Sicherheit wichtig ist. Es war auch daher von Bedeutung, dass die von der Gülen-Organisation *Abant-Plattform* in Arbil am 16. Februar organisierte sogenannte Konferenz zur kurdischen Frage nicht die erhoffte Resonanz gefunden hat. Denn das Datum war von vornherein eine Provokation. Zu der Zeit erinnerten die Kurden überall mit Protesten und Straßenschlachten mit den türkischen Sicherheitskräften an den zehnten Jahrestag der Entführung des kurdischen Volksvertreters Abdullah Öcalan. Auch in anderen Teilen der Welt waren Kurden seit dem 15. Februar auf den Straßen.

Deutschland sollte in Sachen Glaubwürdigkeit ins eigene Land mit den 800 000 Kurden und deren politischer Diskriminierung aufgrund des PKK-Verbots schauen. Auch wenn Milliarden Euro in das irakische Kurdistan fließen sollen, kein Kurde wird die eigentliche deutsche Herangehensweise an die Kurden und die deutsch-türkische Freundschaft übersehen. Das Spiel der großen Interessen kennen die Kurden nur zu gut. Dabei würden wir doch jeden Berliner Schritt für Frieden schätzen und unseren Beitrag dazu leisten, was Deutschland im Mittleren Osten zu einer seriösen und gewichtigen politischen Kraft machen könnte.

Neues Spiel mit ausgeleierten Taktiken und Methoden

Nachdem sämtliche international unterstützte Militärangriffe der Türkei fehlgeschlagen waren, beschloss der *Nationale Sicherheitsrat* (MGK) im April 2008, den politischen anstatt militärischen Eliminierungskurs in den Vordergrund zu stellen. Seitdem hat die Türkei den Dialog mit irakischen kurdischen Parteien verstärkt. Seitdem versucht sie, Themen wie die Ausstrahlung des Kurdischen im staatlichen Fernsehen oder die Errichtung von Kurdologie-Lehrstühlen an den Universitäten – das was die Kurden eh selbst zustande bringen können – neu verpackt auf den kurdischen Markt zu bringen. Es gibt mittlerweile über fünfzehn Satellitenkanäle, die in allen kurdischen Dialekten senden. Trotz staatlichem Terror haben die Kurden in Istanbul, Köln, Stockholm, Paris usw. kurdische Institute, die eine Art Kurdologie-Arbeit leisten. Der staatliche Schachzug kam zu spät und ist daher von Beginn an ein gescheitertes Projekt. Den Erfolg hat an diesem Punkt die kurdische Seite zu verzeichnen, da sich die Türkei mit dem Ausstrahlen des Kurdischen im staatlichen Fernsehen in ihr eigenes Bein gebissen hat. Durch die 86-jährige Republikgeschichte hindurch wurde Kurdisch „eine unbekannte Sprache" genannt. Millionen von Kurden sind wegen dieser Sprache Opfer staatlicher Gewalt geworden. Dennoch haben sie auf die Pflege der Muttersprache gepocht und sie bis zu dem Punkt gebracht, an dem der türkische Ministerpräsident in der bisher „unbekannten" und plötzlich als kurdisch entdeckten Sprache seinen kurdischen TV-Kanal mit einem kurdischen Satz einweihte. Das war wirklich etwas amüsant. Hier lobten sich die Kurden, denn durch ihren Kampf mit dem Preis vieler Opfer haben sie die Türkei dahin gebracht. Dieser Schritt der Türkei hat die Kurden in ihrem dreißigjährigen Freiheitskampf bestätigt.

Auch mit dem Frieden soll gespielt werden

Nun, da die Kurden ununterbrochen über eine politische Lösung und den Frieden sprechen, will die AKP-Regierung auch diesen Bereich seines Inhalts berauben. Mit Pseudo-Kurden, Pseudo-Demokraten und Pseudo-Islamisten aus der Türkei wollen sie – ohne die kurdische Seite – selbst über die politische Lösung und den Frieden sprechen, mit allen, die nichts zu sagen haben, geschweige denn bewirken können. Nur nicht mit den eigentlichen Kurden. Hier eilen Think Tanks der Fethullah-Gülen-Gemeinde [*islamische Ordensbewegung mit großem Einfluss; vgl. KR 138, S. 28 ff.*] herbei und bemühen sich, solche Konferenzen zu organisieren wie zuletzt diejenige der *Abant-Plattform* in Arbil, der Hauptstadt Irakisch-Kurdistans. Weltweit verfügen die Gülen-Gemeinden über ungemein viele Gelder. Über deren Quellen und die Gülen-Gemeinden wird ohnehin spekuliert. Für manche sind sie die neue „Grüne Linie" des weltweiten politischen Islam zugunsten der US-Interessen unter Berücksichtigung des türkischen Profits. Die AKP-Regierung als Exekutivorgan beseitigt dem Projekt des politischen Islam alle Hürden. Seien sie politisch, praktisch, militärisch oder auch rechtlich. Weltweit sprossen Gülen-Moscheen, -Gemeinden, -(N)GOs, -Print- und -TV-Medien sowie -Privatschulen und -Colleges wie Pilze aus dem Boden. Vor allem in Kurdistan, das wirtschaftlich aufgrund der kolonialen Verhältnisse unterentwickelt ist. Nicht zu vergessen, dass Kurdistan mit seinen Bodenschätzen, Flüssen und Ölvorkommen eine der reichsten Ecken der Erde

ist. Allerdings wird ihm alles von der Türkei, dem Iran und Syrien gestohlen und den Kurden vorenthalten, da sie Kurdistan noch immer als ihre Kolonie sehen.

Bei dieser alten Politik, die in einer neuen Schale verpackt den Kurden verkauft wird, handelt es sich um Ideen und Töne aus Washington. Die Armee stellt sich nicht wie gewohnt gegen dieses Projekt. Ihr liegt am Herzen, diese kurdische Frage, die das Schicksal der Türkei bestimmt, in irgendeiner Form zum Schweigen zu bringen. Sie unterstützt das Projekt ihrerseits mit den Bombardements, die im Schatten der Weltpolitik seit mehr als einem Jahr ununterbrochen in den Bergen Kurdistans niedergehen. Dabei ist sie auch ein Bündnis mit dem Iran eingegangen. Die Türkei und der Iran bombardieren koordiniert die Bergregionen Irakisch-Kurdistans. Dafür erntet Teheran auch Lob aus den USA. Diese haben im Rahmen des „Antiterrorkampfs" die PJAK (*Partei des Freien Lebens Kurdistans*) zum ersten Mal indiziert. Der Iran und die USA wollen auf Kosten der Kurden einen Kompromiss eingehen. Die PJAK ihrerseits kämpft im Iran für alle dort lebenden Völker für Demokratie und zählt dort zur größten kurdischen Opposition. Die bisherigen Verleumdungen, die PJAK arbeite mit den USA zusammen, sind somit auch geklärt. Im Gegenteil ist die PJAK bemüht, die Demokratisierung im Iran aus eigener Kraft und mit der Solidarität der dortigen Völker zu erreichen.

Ein kurdischer Kongress?

Die neue Politik bedeutet, alle von Kurden erkämpften Errungenschaften von ihnen zu stehlen, sich anzueignen und als staatliche Angebote oder Zugeständnisse wieder an sie zu verkaufen, um sie zu diskreditieren. Im Klartext: Wenn Kurdisch gesprochen werden soll, dann tut es der Staat, wenn über die Lösung der kurdischen Frage diskutiert wird, dann tun es governmental organizations, die sich oft als nongovernmental organizations bezeichnen. Der Staat schimpft und beleidigt weiterhin die Kurden. Mit dem Unterschied: jetzt auf Kurdisch. Somit wird unsere Sprache gegen uns eingesetzt!

Seit Monaten wird hinter den Kulissen über die Einberufung eines kurdischen Nationalkongresses debattiert. Der *Kurdistan Nationalkongress* (KNK) ruft seit Jahren alle kurdischen Parteien zu einem solchen Schritt auf. Plötzlich wird diese Idee attraktiv, weil sie von Staaten wie den USA, der Türkei und dem Irak als eine mögliche Lösung entdeckt wurde. Irakisch-kurdische Parteien erklären, mit den Vorbereitungen begonnen zu haben. Zu einer solchen Konferenz sollen bis auf die PKK alle anderen kurdischen Parteien eingeladen werden. Die PKK ihrerseits hat verdeutlicht, dass eine solche Konferenz über die kurdische Frage keine Legitimität haben wird, wenn sie nicht beteiligt ist. Mein Kongress, der KNK, wird sich weiterhin darum bemühen, die kurdischen Parteien davor zu warnen, da sein Grundlagendokument, nämlich das Papier der strategischen nationalen Einheit, das fordert. Wir werden uns weiterhin um den innerkurdischen Dialog bemühen und auf unserem Vorschlag einer nationalen Konferenz beharren.

Kommunalwahlen werden vieles entscheiden

Am 29. März werden in der Türkei, somit auch Nordkurdistan, Kommunalwahlen stattfinden. Deren Ausgang wird politisch vieles entscheiden. Die DTP geht von einem Erfolg aus. Viele Kurden begreifen diese Wahlen, auch wenn es nur kommunale sind, als eine Entscheidung zwischen der AKP-Politik und der DTP. Außerdem wollen die Kurden ihre im Juli 2007 an die AKP verliehenen Stimmen zurückhaben. In der Zeit der Parlamentswahl im Juli 2007 hatte der türkische Ministerpräsident Erdoğan versprochen, die kurdische Frage als seine eigene zu betrachten und für deren Lösung alles Erdenkliche zu tun. Die vergangene Zeit seitdem hat gezeigt, dass Erdoğan sein Wort nicht gehalten hat. Nach der Wahl, im Oktober 2007, besorgte seine Regierung der Armee die Legitimität für grenzüberschreitende militärische Angriffe. Zudem haben Repressionen wie Festnahmen, Menschenrechtsverletzungen zugenommen. Außerdem haben die Attacken der türkischen Armee ununterbrochen angehalten. Kurdische Tageszeitungen wurden nacheinander verboten. Die wirtschaftliche Lage hat sich trotz Versprechungen immer weiter verschlechtert. Die Kurden haben somit weniger Gründe, der AKP Stimmen zu geben, da diese Stimmen als Bomben auf sie zurückfallen.

Die politische und gesellschaftliche Stimmung in Nordkurdistan weist auf den Erfolg der DTP hin. Damit die Wahlen, bei denen es um eine demokratische Zukunft der Kurden gehen wird, in rechtlichem und politischem Rahmen fair ablaufen, sind Beobachtungsdelegationen von großer Bedeutung. Die AKP wird gemeinsam mit der Armee alles daransetzen, dass die DTP nicht gewinnt. Der türkische Staat hat in der Vergangenheit bei den Wahlen in Kurdistan durch Hinterhältigkeiten wie das Stehlen der Wahlurnen mit den Stimmen u. Ä. alle möglichen Hürden aufgebaut. Man kann auch dieses Mal davon ausgehen. Daneben lässt die AKP über die Fethullah-Gemeinden Nahrungsmittel oder Haushaltsgegenstände an die Bevölkerung verteilen. Beobachtungsdelegationen aus dem Ausland, vor allem Europa, sind wichtig. Angesichts der Stärke der Kurden weiß ich, dass es die DTP sein wird, die nach dem 29. März überall in Kurdistan feiern wird. Alles deutet darauf hin. Auch die Zunahme staatlicher Gewalt als Zeichen der Angst vor dem möglichen DTP-Sieg.

Weder die Ausnutzung der kurdischen Sprache im türkischen TV noch die Schlagstöcke, Bomben der türkischen Sicherheitskräfte noch der politische Doppelstandard europäischer Staaten und die US-Drohung werden die Kurden von ihren legitimen Rechten abhalten. Die Lösung der kurdischen Frage wird kommen müssen, es ist eine Frage der Zeit. Denn wir sind das Volk, das aus der Wiege der Zivilisation Mesopotamiens kommt. Keine Kraft wird es schaffen, diese tiefen Wurzeln zu greifen, gar denn zu kappen. Zu viele haben unser Land durchquert und niemand hat unser Volk beherrschen können. Wir kennen unsere Geschichte, daher kennen wir unsere Stärke! ♦

Emine Ayna zu den Kommunalwahlen am 29. März in der Türkei

Die AKP wird bei dieser Wahl einen bedeutenden Wählerkreis verlieren

Interview mit der Co-Vorsitzenden der DTP, von Şêcho Nemir

Wie laufen die Vorbereitungen für die Kommunalwahlen?

Wir werten die diesjährigen Kommunalwahlen nicht als irgendeine Routine. Daher haben wir auch großen Wert auf präzise Vorbereitungen und detaillierte Planung gelegt und darauf, nicht übereilt zu handeln. Sowohl bei der Festlegung der KandidatInnen als auch bei allen anderen Vorarbeiten möchten wir einen langen Anlauf haben. Eine große Etappe haben wir nun schon hinter uns. In den meisten Bezirken, Kreisen und Ortschaften wurden demokratische Volksplattformen gebildet, die aus den vielen KandidatInnen jeweils drei gewählt haben. Wir haben auch unsere Parteiratsversammlung abgehalten. Außerdem kamen wir mit VertreterInnen vieler demokratischer Institutionen zusammen und hatten ausführliche Diskussionen mit ihnen. Wir befragten sie nach ihrer Meinung zu den in vielen Bezirken, Kreisen und Ortschaften übrig gebliebenen drei KandidatInnen. Alle Gespräche wurden protokolliert. In den kommenden Tagen wird die Wahlkommission erneut zusammentreten, wobei auch Ahmet Türk und ich als Co-Vorsitzende teilnehmen werden. Alle Resultate werden wir besprechen, auswerten und anschließend der Öffentlichkeit bekannt geben. Aber auch in diesem Punkt werden wir nicht in Eile handeln. Wir wollen realistische und gute Ergebnisse. Nach der Bekanntgabe werden wir dann vorerst all unsere Kraft für einen Wahlsieg in den Gebieten mit schon feststehenden KandidatInnen einsetzen, anschließend dann in allen anderen Regionen.

Wie werden die KandidatInnen in den jeweiligen Städten/Kreisen bestimmt?

Zunächst einmal hat jede/r das Recht, als KandidatIn anzutreten. Daher hielten wir die Listen offen, dass jede/r die Möglichkeit hatte zu kandidieren. Dabei haben wir jedoch selbstverständlich auch einige Grundsätze, Kriterien und Maßstäbe postuliert. Immer wieder betonen wir, dass die *Partei der Demokratischen Gesellschaft* nicht irgendeine politische Partei ist. Die DTP macht Politik, hat jedoch nicht das Ziel, Macht und Herrschaft in einem Land zu erobern. Ich möchte dies unterstreichen, da die klassische Politik auf einem solchen Mechanismus aufbaut. Unser Politikverständnis beruht darauf, sowohl die Rechte und Freiheiten der Individuen und Gruppierungen als auch die der gesamten Gesellschaft auszusprechen und alles für ihre Verwirklichung zu tun. Daher ist es also auch selbstverständlich, dass diejenigen, die kandidieren wollen, die eigene Mission darin sehen, für die Rechte und Freiheiten der Gesellschaft zu streiten. Das ist unsere Erwartung an die KandidatInnen. Das ist unser Maßstab. Im Rahmen dieser Kriterien haben wir die Kandidaturen angenommen. Hauptsächlich dieser Prüfstein wird also bestimmen, wer aus den jeweils übrig gebliebenen Dreien endgültig als KandidatIn hervorgehen wird. Unser Ziel ist es, diejenigen letztendlich als KandidatInnen zu wählen, die bereit sind zu einem Kampf für die Rechte und Freiheiten von ethnischen, religiösen Gruppen und Institutionen, Individuen und der gesamten Gesellschaft, um somit den schon errungenen demokratischen Werten neue hinzuzufügen.

Können Sie uns schon konkrete Fakten nennen? Zum Beispiel, wie viele Frauen insgesamt aufgestellt werden. Sie hatten eine Geschlechterquote von 40 % angekündigt. Was heißt das konkret?

Zurzeit treten 17 Kandidatinnen in unterschiedlichen Gebieten zur Wahl an. Dies ist zumindest die Zahl, die schon feststeht. An einigen Orten werden Frauen noch kandidieren, die Regionen stehen jedoch noch nicht fest. Somit kandidieren Frauen in 2 Bezirken, 2 Städten und 13 Kreisen.

Für alle KandidatInnen gilt die Geschlechterquote von 40 %. Ich nenne sie bewusst Geschlechterquote. Meist wird sie nur als Quote für Frauen verstanden. Ist sie aber nicht. Wo Frauen in der Mehrheit sind, gilt die 40-%-Quote für Männer. Ein Beispiel hierzu: Bei den Wahlergebnissen für den *Zentralen Disziplinarrat* lag die Anzahl der Männer unter 40 %, die der Frauen über 60 %. Wir mussten also die Mitgliedschaft einer der gewählten Frauen annullieren. Diese Stelle bekam dann der Mann mit den meisten Stimmen unter den Stellvertretern. In diesem Fall mussten wir die Quote also auf die Männer anwenden. Daher Geschlechterquote.

Mit welchen Behinderungen sind Sie als DTP während der Wahlvorbereitungen konfrontiert?

Die DTP wird ständig und kontinuierlich behindert. Es war uns bewusst, dass dies während der Wahlen zunehmen würde. Über die DTP soll den KurdInnen der Zugang zur Politik verstopft werden. Das wird natürlich nicht beim Namen genannt. Sie geben nicht offen

zu, dass sie den KurdInnen nicht zubilligen, Politik zu machen. Sie geben auch nicht zu, dass sie diejenigen sein wollen, die „Politik im Namen der KurdInnen" machen. Ähnlich der Phase in den 1920ern, 1930ern. Damals sagte die Türkei auch ganz offiziell: „Wenn der Kommunismus in dieses Land kommen sollte, dann werden wir es sein, der ihn holt." Also zu allem sagen sie „unser", „meins". Wenn es ein Türke sein soll, ein Kurde oder ein Araber, sagt die Türkei „mein Türke", „mein Kurde" und „mein Araber". Also eine völlig auf Herrschaft ausgerichtete Einstellung. Da ihnen bekannt ist, dass die DTP die Rolle spielt, die kurdische Identität zu reflektieren und zu repräsentieren, versuchen sie halt, die DTP mit verschiedensten Mitteln daran zu hindern, Politik zu betreiben. Dabei verwenden sie rege das Argument: „Auch wir haben kurdische Abgeordnete. Wenn hier jemand die KurdInnen repräsentiert, dann sind wir das."



Emine Ayna auf Wahlkampftour in Diyarbakır Foto: DIHA

Es ist uns bewusst, dass die seit zwei Jahren anhaltende Gewaltwelle gegen die legitime Politik der KurdInnen während der Wahlen immens zunehmen wird. Der Begriff „Gewalt" sollte nicht nur als physische Gewalt interpretiert werden. In welcher Art und Weise auch immer den Völkern ihr Recht gestohlen werden soll, sie an der Ausübung ihres Rechts gehindert oder Hindernisse geschaffen werden sollen, sich zu artikulieren – es ist als Gewalt einzustufen. Jeglicher Versuch, die Menschen an ihrer freien Wahl an den Wahlurnen zu hindern, ist auch Gewalt. Letztens schob ein kurdischer AKP-Abgeordneter dem Ministerpräsidenten eine kleine Notiz zu, dass die DTP verhindern würde, dass sie selbst bei den Wahlen regional Stimmen bekommen. Daher hat die AKP besondere Maßnahmen ergriffen: die Sicherheitskräfte an den Wahlurnen zu verstärken. Dies ist die eine Seite. Zum anderen wird die DTP beispielsweise nicht die Möglichkeit haben, der Kontrolle halber eigene OrdnerInnen an den Wahlurnen aufzustellen. Alle anderen politischen Parteien haben das Recht, wir nicht. Wir versuchen, dies unter dem Motto „ZeugInnen für die Urnen" zu füllen, und werden es irgendwie schaffen, doch noch einige „OrdnerInnen" von uns an den Urnen unterzubringen. Es ist gesetzlich geregelt; wir sind nicht durch Überschreiten der 10-%-Hürde ins Parlament gekommen, sondern als unabhängige KandidatInnen. Das heißt also, dass wir nicht als DTP bei der Parlamentswahl antraten und daher jetzt auch nicht das Recht zu offiziellen DTP-OrdnerInnen an den Urnen haben. Wir können wohl „KontrolleurInnen" aufstellen, die aber „nur" zusehen dürfen. Sie haben nicht das Recht, bei antidemokratischen Haltungen gegenüber der Bevölkerung einzugreifen. Wir wissen, dass an den Urnen viele Spielchen gespielt werden. Auch bei der Justiz, wo die Stimmen später aufbewahrt werden. Ich kann mich an die Kommunalwahlen ´99 erinnern, als in Van bis zwei Tage nach der Wahl der Bürgermeister nicht bekannt gegeben wurde. Zwei Tage und Nächte waren die Leute auf der Cumhuriyet Caddesi [*Straße der Republik*]. Sie gingen nicht nach Hause. Sie blieben dort, bis der neue Bürgermeister bekannt gegeben wurde. Bis bekannt gegeben wurde, dass die HADEP die BürgermeisterInnenwahlen gewonnen hatte, blieb die Bevölkerung auf der Straße. Die Situation eskalierte nicht, es gab auch keine Gewaltatmosphäre. Aber das war ziviler Ungehorsam. Sie beharrten darauf, ihr Recht zu bekommen. Weil sie wussten, dass sie gewonnen hatten. Am Ende der zwei Tage war der Gouverneur von Van gezwungen, mich anzurufen. Er sagte, dass sie die Ergebnisse wegen der Menschenmenge auf den Straßen nicht bekannt machen könnten. Ich hingegen antwortete ihm, dass sie eben genau deswegen so bald wie möglich die Ergebnisse bekannt geben sollten. Denn je mehr Zeit verging, desto angespannter war die Atmosphäre. Es hätte also auch was passieren können. Ich sagte, ob negativ oder positiv für die KurdInnen, gebt das Ergebnis bekannt! Wären die Menschen direkt nach Hause gegangen, hätte die Stadtverwaltung in Van vielleicht erklärt, dass die HADEP die Wahl verloren habe. Die HADEP hatte aber gewonnen. Auf dem Recht zu bestehen heißt also auch, Verantwortung zu zeigen. Verantwortung zu zeigen heißt nicht unbedingt, nur an den Wahlurnen als OrdnerIn zu stehen. Verantwortung der eigenen Stimme gegenüber zu zeigen, heißt es. Auch wenn du dir sicher bist, dass deine Partei gewonnen hat, dann kannst du trotzdem darauf achten, dass man dich nicht wegradiert. Auch ohne dass du an der Wahlurne stehst. Die Wahl in Van 1999 ist das beste Beispiel hierfür. Entsprechend werden wir auf unsere „Stimmen" achten und die „Spielchen" ins Leere laufen lassen.

Gibt es Tendenzen, dass die DTP noch vor den Wahlen verboten werden kann?

Sollte das geschehen, würden alle merken, dass es bewusst und mit Absicht jetzt passiert. Das ist uns bekannt. Offen gesagt, nachdem die Wahlvorbereitungen schon so weit fortgeschritten sind, erwarten wir nicht, dass dieser Prozess

gegenwärtig verhandelt und das Verbot jetzt beschlossen wird. Wir denken eher, dass das nach den Wahlen erneut auf die Tagesordnung kommt. Hätten sie das Ziel gehabt, die Partei noch vor den Wahlen zu verbieten, hätten sie das schon einige Monate zuvor gemacht. So kurz vor den Kommunalwahlen denken wir das also nicht, denn das würde sie selbst nur in Schwierigkeiten bringen, weil das der Weltöffentlichkeit gegenüber nicht erklärbar wäre. Sie würden sich in eine äußerst schwierige Situation hineinmanövrieren. Ich denke nicht, dass sie sich das antun würden. Mit dem Ziel, die Beziehungen mit den KurdInnen endgültig zu beenden, würden die auch einen Tag vor den Wahlen die Partei verbieten. Denn das würde eindeutig die Ablehnung jeglicher Beziehung bedeuten. Anders könnte es gar nicht interpretiert werden. Das würde den KurdInnen offen bedeuten, dass sie daran gehindert würden, Politik zu machen, dass ihnen Krieg angesagt würde. Gegenwärtig gehe ich nicht davon aus.

Schafft es die DTP bei dieser Wahl, stärkste Partei in Nordkurdistan zu werden? Wie groß ist ihr Einfluss in den anderen Regionen der Türkei?

Jede politische Partei hat Ziele. So die AKP und die CHP, auch die DTP. Aber die Art und Weise der AKP, diese Ziele bekannt zu machen, gleicht einer Kriegsansage an die DTP. Eben dem stehen wir gegenüber. Alle Parteien türkeiweit werden an der Kommunalwahl teilnehmen. Sowohl die AKP als auch DTP, CHP und andere. Jede Partei hat also das Recht teilzunehmen. Daher ist es auch äußerst normal, dass jede Partei das Ziel verfolgt, in so vielen Regionen wie möglich zu gewinnen. Aber zu sagen: „Ich werde Diyarbakır der DTP wegnehmen“, das ist eine regelrechte Kriegserklärung. Dies ist das Falsche an der ganzen Sache. Das ist undemokratisch. Dagegen werden wir uns natürlich stellen. Nicht gegen die Ziele, sondern gegen solche Methoden. Aber ich will ganz offen sagen: In allgemeinpolitischem Kontext wird die AKP bei dieser Wahl einen bedeutenden Wählerkreis verlieren. Dementsprechend wird sich ein hoher Prozentsatz der WählerInnen von ihr abwenden. Nicht nur in Kurdistan. Auch in vielen Städten der Türkei wird die DTP erstaunliche Ergebnisse erzielen. In Istanbul z. B. haben wir uns vorgenommen, zwei Bezirke zu gewinnen. Das zeigt, dass wir uns für diese Wahl sehr gründlich vorbereitet haben. Ebenso in Adana und Mersin, sodass wir auch hier mit Erfolgen rechnen. Wir haben vor, zwei Ziele der Türkei ins Leere laufen zu lassen: Zum einen die Absicht, die DTP nur auf eine bestimmte Region zu begrenzen. Der zweite Punkt ist, dass KurdInnen nicht nur in Kurdistan leben. Der Mentalität, die dieses zu behaupten versucht, müssen wir ebenfalls entgegentreten. Ein weiterer Faktor von Bedeutung ist das Schüren einer bewussten Lynch-Atmosphäre in den westlichen Städten. Damit sollen dort die KurdInnen verängstigt und ruhiggestellt werden, um ihnen somit die Werkzeuge aus den Händen zu nehmen. Daher sehen wir es auch als eine unserer Aufgaben, diese Strategie in den türkischen Metropolen zu neutralisieren. Es ist uns wichtig, uns auch dort ebenso intensiv wie in Kurdistan vorzubereiten.

Wie bereitet sich die AKP auf die Wahl vor? Was verspricht sie diesmal der Bevölkerung?

Nochmals möchte ich wiederholen: Die AKP bereitet sich auf die Kommunalwahl mit einer Kriegsmentalität vor. Auf einer Generalversammlung des *Parlamentarischen Ausschusses* rief der Ministerpräsident vor allen Parteien dazu auf, bei der Wahl die AKP zu unterstützen, damit die DTP bloß nicht Einfluss und Stimmen bekommt: „Versucht mich nicht unter Druck zu setzen. Denn wenn ich es nicht bin, wird es die DTP sein.“ Das heißt also, niemand soll die AKP kritisieren, damit sie ihre Macht nicht verliert, denn diese würde auf die DTP übergehen. Dies ist also die Taktik der AKP, sich auf die Wahl vorzubereiten. Auch aus den Erfahrungen aus der Zeit von HADEP und DEHAP wissen wir, dass zu den Wahlen vor allem in den Städten mit starker kurdischer Vertretung die anderen Parteien Bündnisse schlossen, obwohl sie sowohl ideologisch als auch programmatisch nichts gemeinsam hatten. Einziges Ziel war also nur, die damalige HADEP oder DEHAP zu verhindern. Aber so offensichtlich wie heute von der AKP wurde das damals nicht gemacht. Die AKP ruft in einer politischen Umgangsformen nicht angemessenen Art und Weise auf, alles dafür zu tun, die KurdInnen bloß nicht an die „Macht“ kommen zu lassen. Dies ist die Grundlage der AKP für die Wahl in diesem Jahr. Daher erwarten wir von ihrer Seite jede mögliche Grausamkeit. Beispielsweise gab es vor Kurzem eine Verlautbarung zu Ergenekon, in der dann plötzlich erwähnt wurde, dass in der DTP mehr als 500 ArmenierInnen seien. Dies allein veranschaulicht schon die schmutzige Politik der AKP. Was ist denn dabei, wenn sich ArmenierInnen in der DTP engagieren? Sie leben auch dort, wo KurdInnen leben. Ist das zu verleugnen? Natürlich nicht. Selbstverständlich können ArmenierInnen Mitglied in unserer Partei sein, wie AlevitInnen, SunnitInnen, ChristInnen ebenfalls. Schon immer haben wir ausgesprochen, dass wir offen sind für deren Mitgliedschaft. Das steht sowohl in unserer Satzung als auch im Parteiprogramm. Aber die AKP versucht eben damit Propaganda zu machen. Bisher konnten wir bei ihr nicht beobachten, dass sie sich etwa Gedanken macht über die Umsetzung von Kommunalpolitik, dass sie Projekte für die Bevölkerung entwickelt oder Projekte und Vorbereitungen anderer Parteien anerkannt hat. Außer diesen Verleumdungen sind keine ernst zu nehmenden Arbeiten der AKP in den Regionen zu verzeichnen.

Kann die AKP noch mit kurdischen Stimmen rechnen?

Nein, das kann sie nicht. Warum sie damals bei der Parlamentswahl vom 22. Juli 2007 die Stimmen vieler KurdInnen bekommen hat, ist meines Erachtens sehr wichtig. Der Grund waren ihre „Demokratieversprechen“. Warum hielten sie denn heute einen kurdischen TV-Kanal für nötig? Denn sie wissen, dass sie auf ihre heute praktizierte Art und Weise nicht um die Stimmen der Einzelnen werben können. Die Bevölkerung will Konkreteres. Also haben sie einen

kurdischen TV-Sender aufgemacht, um morgen vor der Wahl von Tür zu Tür zu gehen und damit zu prahlen. Wir haben die nötigen Erklärungen schon abgegeben. Während unserer Reise durch die kurdische Region Serhat haben wir offen gesagt, dass ein Kurde seinen politischen Platz dort einnehmen kann, wo er möchte. Er kann ruhig bei der AKP oder der CHP oder der MHP mitmachen. Wenn dies seine politische Meinung ist, dann ist es so. Aber dieser Kurde hat nicht das Recht, an den Türen im Namen der „KurdInnen" um Stimmen zu werben. Während sowohl im türkischen Parlament als auch in der ganzen Türkei die politischen Verhältnisse klar sind und deutlich zu erkennen ist, wer sich für Krieg, Verleugnung und Vernichtung ausspricht, hat kein Kurde das Recht, über die „kurdische Identität" irgendwo Politik zu machen. Mit seiner politischen Auffassung kann er ruhig gehen und die Propaganda von MHP, CHP oder AKP betreiben. Das ist gar nicht so wichtig. Aber nicht über die kurdische Sache. Dies haben wir erklärt und auch dazu aufgerufen, solch eine Verleugnung nicht zu akzeptieren. Nach allem, was passiert ist, wird es stimmenmäßig nichts ändern, wenn die AKP jetzt noch einen kurdischen TV-Kanal gründet, Kurdologie als Studiengang anerkennt oder ein Gesetz für muttersprachlichen Unterricht entwirft. Sie wird keine Stimme mehr bekommen. Das ist etwas, zu dem ein Staat verpflichtet ist, und kein Gefallen, den sie tun würden. Es ist auch kein Grund, um deshalb die Partei mit einer Stimme zu belohnen. Das Land hat antidemokratische Gesetze. Es ist verpflichtet, diese zu ändern. Das ist eine ihrer grundlegenden Aufgaben und nichts, was als Argument für das Ergattern von Stimmen dienen könnte. Aber augenscheinlich macht die AKP in der Türkei eben solche und ähnliche Spielchen.

Armenischen und assyrischen Nachrichtenquellen war zu entnehmen, dass sich Herr Ahmet Türk offiziell wegen des Völkermords entschuldigt habe. Aber eine offizielle Stellungnahme der DTP gab es dazu noch nicht.

Herr Ahmet Türk ist mit Vorsitzender der Partei. Daher ist alles, was er sagt, auch als offizielle Stellungnahme der Partei zu sehen. Seine Äußerungen hat er nicht als irgendein Abgeordneter oder irgendein Individuum getan, sondern mit seinem Status als Co-Vorsitzender. Während eines Besuchs in Mardin, parallel zur Kampagne „Wir entschuldigen uns bei den ArmenierInnen", hatte er dies in einer Ansprache den assyrischen MitbürgerInnen gegenüber geäußert. Sowohl die KurdInnen, AssyrerInnen oder ArmenierInnen als auch die TürkInnen und ChristInnen, alle wissen von Massakern aufgrund der gegenseitigen Aufhetzung von Völkern. Damals wurden die in der Türkei lebenden Volksgruppen, auch die KurdInnen, bewusst instrumentalisiert auf der Grundlage des Christentums oder des Islams, also des religiösen Glaubens. Daneben ist es natürlich eine Realität, dass Überlebende von KurdInnen gerettet wurden. Dies ist noch mal die andere Seite der Medaille. Daher werden wir uns selbstverständlich für den uns zufallenden Anteil, den eigenen Part entschuldigen und sind auch immer bereit dazu. So wie es Herr Türk gemacht hat. Ebenso stolz sind wir auch auf die KurdInnen, die damals bereit waren, viele der ArmenierInnen und AssyrerInnen in ihre Wohnungen aufzunehmen, um sie zu schützen. Das ist nichts Neues, das haben wir schon immer erklärt.

Aufgrund der Angriffe der israelischen Armee in Gaza ist es zu einem regelrechten Massaker gekommen. Ministerpräsident Erdoğan hat sowohl eigenartige Erklärungen dazu abgegeben als auch versucht, eine Vermittlerrolle zu spielen. Wie aufrichtig schätzen Sie Herrn Erdoğan ein?

Ich denke, Folgendes ist klarzustellen: Die Beziehungen zwischen der Türkei und Israel sind wie ein fester Knoten zu sehen. Es ist nicht möglich, diesen zu lösen. Politisch wie wirtschaftlich ähnelt sich die Politik in beiden Ländern sehr.

Ich beziehe dies vor allem auf die Beziehungen und die politische Praxis beider innerhalb der letzten zwanzig Jahre. Ein von Jahr zu Jahr engeres Bündnis zwischen USA, Türkei und Israel ist deutlich zu erkennen. Deren Agieren im Nahen Osten ist ohne gegenseitige Unterstützung kaum noch möglich. Daher dürfen weder die Äußerungen des Ministerpräsidenten und des Staatsministers noch die des Generalstabschefs oder eines anderen Hochrangigen in der Türkei, die eine Kritik gegen Israel darstellen oder gegen Israel gerichtet sind, als aufrichtig aufgefasst werden. Betrachten wir die Waffenabkommen der letzten zwei Jahre, den regen diplomatischen Verkehr, dann ist dies sehr offensichtlich, denke ich. Vergessen sollten wir nicht, dass erst letztes Jahr der Staatspräsident Israels in der Türkei war. Er hielt eine Rede im türkischen Parlament und benannte offen seine Ziele. Seine Rede war gegen Palästina gerichtet. Sinnvollerweise kann sie, aus dem Internet heruntergeladen, uns vor Augen führen, was damals schon praktiziert und besprochen wurde. Es war eine Rede, die die auf Gewalt beruhende Politik Israels in Palästina offen darlegte. Sie wurde im türkischen Parlament gehalten. Das Parlament hat es erlaubt. Regierung, AKP, Parlamentsvorsitzender und Ministerpräsident, alle haben es unterstützt und erlaubt. Ein weiterer wichtiger Fakt ist, dass circa eine gute Woche vor dem letzten Angriff Israels auf Palästina ein persönliches Gespräch zwischen israelischen Regierungsvertretern und Ministerpräsident Erdoğan stattfand. Diese Unterredung wurde der Presse nicht mitgeteilt, von ihr ist nicht ein Wort bekannt. Ich persönlich bin der Meinung, dass nach diesem Gespräch Ministerpräsident Erdoğan über den bevorstehenden Angriff Bescheid wusste. Dass er in der Öffentlichkeit den Angriff kritisierte und behauptete, nichts davon gewusst zu haben, ist bewusste Taktik, um die von der Basis der *Saadet Partisi* (Partei der Glückseligkeit) zur AKP gerutschten Stimmen behalten zu können. Einerseits tut er das, was er für richtig hält, andererseits verhält er sich so, als wäre nicht er derjenige, der all dies sagt oder tut. Seine Aufrichtigkeit hat keine Gültigkeit. ♦

Die Kommunalwahl kann eine Rolle spielen bei der Lösung der kurdischen Frage

Die staatliche Blockade durchbrechen

Aydın Bolkan

Die Türkei befindet sich gegenwärtig in Wahlkampfstimmung. Alle politischen Parteien beschäftigen sich gerade damit, ihre KandidatInnen zu bestimmen. Die Vorbereitungen für die Kommunalwahlen haben nun eine wichtige Realität ans Licht gebracht: In Städten wie Amed (Diyarbakır), Batman, Bitlis und Wan mit mehrheitlich kurdischer Bevölkerung werden die Entscheidungen zwischen der Regierungspartei AKP – mitsamt den staatlichen Ressourcen, die ihr zur Verfügung stehen – und der kurdischen Partei DTP fallen.

In den türkischen Metropolen wiederum wird es einen Machtkampf zwischen der CHP (*Republikanische Volkspartei*) und der AKP (*Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung*) geben. Eine Schlüsselposition wird hier die DTP haben. Daher plant sie, in den westlichen Städten im Rahmen eines Bündnisses zur Wahl anzutreten, um aus dieser Zusammenarbeit mit diversen linken Parteien den Stimmenanteil zu vermehren.

Nach der Parlamentswahl vom 22. Juli 2007 hatte Ministerpräsident Erdoğan erklärt, dass er „Amed haben" wolle. Zu beobachten war, dass nach dieser Rede Amed Gegenstand eines neuen Programms wurde. Zuerst wurde der Dichter Bejan Matur, der der religiösen Gemeinde um Fethullah Gülen [*islamische Ordensbewegung mit großem Einfluss; vgl. KR 138, S. 28 ff.*] nahesteht, dazu ermutigt, in Amed eine Kultur- und Kunst-Stiftung zu gründen. Anschließend wurde der Gouverneur von Amed mobilisiert und motiviert, kulturelle und künstlerische Tätigkeiten und Aktivitäten zu veranstalten. Eigens für diese Zwecke stellte die AKP-Regierung spezielle Gelder zur Verfügung. Noch bis gestern sind alle kulturellen und künstlerischen Aktivitäten der DTP von Gouverneursseite kritisiert und in keinster Weise unterstützt worden. Er gab somit das Signal, er werde ab jetzt die musikalischen, kulturellen und künstlerischen Aktivitäten selbst durchführen lassen. Auch lässt sich beobachten, dass in vielen Städten die Gouverneure die Arbeitsweise der DTP nachahmen. Um die von der DTP initiierten Projekte zunichtezumachen, werden spezielle Projekte mit gleichen Inhalten entworfen.

Alle BürgerInnen haben das Recht auf eine angemessene Bildung. Trotzdem haben die Kinder und Jugendlichen in den kurdischen Städten nicht die Möglichkeit, dieses Recht ausreichend zu genießen. In den Bildungsstatistiken schneiden die kurdischen Provinzen am schlechtesten ab. Beamte des öffentlichen Bildungsbereiches, dessen Aufgabe die Lösung vorhandener Probleme ist, entwerfen zwar Projekte, die jedoch dem Sinn des Ganzen nicht dienlich sind. So verdeutlicht z. B. ein Projekt, betitelt „Wirf keine Steine, wirf Bälle", dass nicht der Bildungsaspekt im Vordergrund steht.

Es ist eine bekannte Realität, dass die KurdInnen auf allen Ebenen, auf denen sie sich für Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen, den Staat zu ernsthafter Veränderung gezwungen haben. 2001 wurden Hunderte StudentInnen aufgrund ihrer Anträge auf das Recht auf Bildung in der eigenen Muttersprache von den Universitäten exmatrikuliert und sahen sich dann auch mit Verfahren konfrontiert. Viele der angeklagten StudentInnen mussten jahrelang in Haft bleiben. Anfang dieses Jahres jedoch hat der türkische Staat den TV-Sender TRT 6 gegründet, der nur auf Kurdisch sendet.

Gegen den Vorsitzenden der Rechtsanwaltskammer von Amed wurde ein Verfahren eingeleitet, weil er für die Universitäten einen Fachbereich „Kurdologie" gefordert hatte. Jetzt jedoch gibt es im staatlichen Hochschulrat YÖK Diskussionen, die darauf hinweisen, dass sie selbst inmitten von Vorbereitungen für die Gründung des Fachbereichs Kurdologie an zwei Universitäten stecken.

Ein weiteres Beispiel: Während der neue Staatskanal TRT 6 Kurdisch sendet und in Wort und Schrift die ansonsten verbotenen Buchstaben W, X, Q benutzt, wurden für von der DTP neu eröffnete Parks Namen wie Berfîn (Schneeglöckchen), Beybûn (Kamille), Nefel (Klee), Daraşîn (Grüner Baum) und Gulîstan (Rosengarten) verboten.

Und genau dann ist die Türkei in den Wahlkampf eingetreten. Es sind nun ca. zwanzig Monate seit der Parlamentswahl vom 22. Juli 2007 vergangen. Die kurdischen WählerInnen, die ihre Stimmen sowohl der DTP als auch der AKP gaben, hatten große Erwartungen an die AKP. Allen voran, dass die AKP zur Lösung der kurdischen Frage mit konkreten Schritten beitragen könne. Doch war es eine herbe Enttäuschung, als unmittelbar nach der Parlamentswahl mit einer grenzüberschreitenden Boden- und Luftoffensive des türkischen Militärs im irakischen Kurdistan begonnen wurde.

Daher wird erwartet, dass die AKP bei den Kommunalwahlen am 29. März 2009 den größten Teil der Stimmen aus den kurdischen Regionen verlieren wird. Um dies zu verhindern, begann die AKP damit, Beamte des Öffentlichen Diens-

tes und Staatsgelder ohne jegliche Verantwortung für ihr eigenes Interesse auszunutzen. Nicht nur das. Die seit sechs Jahren regierende AKP hat nun auch noch alle Gouverneure und Beamte des öffentlichen Bereiches mobilisiert, für sie zu arbeiten, auch wieder mit dem Ziel, die Wahlen in den kurdischen Regionen zu gewinnen.

Auf der einen Seite werden in den kurdischen Städten die finanziellen Ressourcen des Staates bis auf den letzten Kuruş ausgeschöpft, auf der anderen Seite versucht man, die Stimmen der ärmeren WählerInnen durch die Gelder des „Fonds für Soziale Hilfe und Solidarität" zu kaufen.

In Amed führten im November und Dezember 2008 421 LehrerInnen eine Umfrage unter der Bevölkerung durch, die feststellen sollte, wie viel Bargeld und Stipendien die Familien brauchen. Außerdem wurden Bedürfnisse der einzelnen Familien wie Kühlschrank, Waschmaschine, Fernsehgerät und Ähnliches ermittelt. Auch die Presse berichtete über diese Umfrage. Seitdem gibt es Spekulationen, dass die AKP bis zur Kommunalwahl allein in Amed rund 50 Mio. TL (etwa 25 Mio. EUR) für die o. g. Hilfe (Kohle und alle anderen Hilfsmittel inbegriffen) ausgeben werde. Bis heute gibt es dazu keine offizielle Stellungnahme.

Während der Regierungszeit der AKP sind keine ernsthaften Schritte gegen Armut und Arbeitslosigkeit getan, geschweige denn Arbeitsplätze geschaffen worden. Zwar wurden regelmäßig hohe Beträge aus dem „Fonds für Soziale Hilfe und Solidarität" in die kurdischen Regionen überwiesen, die gingen jedoch an die Gouverneure. Diese wiederum horten das Geld, um in Wahlzeiten entsprechendes Startkapital für das Kaufen von WählerInnen für die AKP zu haben. Die Gouverneure in den kurdischen Städten arbeiten wie AKP-Bezirkspräsidenten.

Nach offiziellen staatlichen Zahlen flossen in der Zeit von 2004 bis 2007 Gelder wie folgt: in Agirî (tr.: Ağrı) 31 Mio. TL (etwa 15,5 Mio. EUR), in Çewlik (Bingöl) 16 Mio. TL (8 Mio. EUR), in Bedlîs (Bitlis) 32 Mio. TL (16 Mio. EUR), in Amed (Diyarbakır) 80 Mio. TL (40 Mio. EUR), in Wan (Van) 50 Mio. TL (25 Mio. EUR), in Mêrdîn (Mardin) 42 Mio. TL (21 Mio. EUR), in Mûş (Muş) 28 Mio. TL (14 Mio. EUR), in Riha (Urfa) 71 Mio. TL (35,5 Mio. EUR). Die Stadt Dêrsim (Tunceli), mit einer in etwa vergleichbaren EinwohnerInnenzahl wie Çewlik, erhielt nur die Hälfte des an Çewlik gegangenen Betrages, also 8 Mio. TL (4 Mio. EUR) an sozialen Hilfen.

Insgesamt ist ersichtlich, dass es die (Kommunal-)Wahl geben wird zwischen der DTP und dem Staat. Ein merkwürdiger Widerspruch wird sich bei den Wahlen zeigen: Es ist zu erwarten, dass die Soldaten in den kurdischen Regionen, die in den vergangenen Wahlen Parteien wie DYP und MHP wählten, diesmal AKP wählen werden, damit bloß die DTP nicht gewinnt. Die Ergebnisse aus den Wahlurnen in den Garnisonen während der Parlamentswahl vom 22. Juli 2007 waren dafür ein eindeutiges Anzeichen. Seit ungefähr zwei Jahren ist bekannt, dass das Treffen von Regierung und Militär im Dolmabahçe-Palast – April 2007 – eine Übereinkunft in der kurdischen Frage ergab. Auch die diversen strategisch-taktischen Maßnahmen der Regierung der letzten zwei Jahre bestätigen diese Annahme. Aus den vor Kurzem in den kurdischen Städten gemachten Umfragen ist ersichtlich, dass die DTP an Unterstützung gewonnen hat und aus der Wahl als Gewinnerin hervorgehen wird. Zum ersten Mal seit 1999 treten die KurdInnen mit einer solchen Motivation und Entschlossenheit zur Wahl an.



Wahlkampfautokorso für die DTP in Mardin Foto: DIHA

Es wird erwartet, dass in Qers (Kars) die Wahl zwischen CHP, MHP, AKP und DTP, in Îdir (Iğdır) zwischen DTP, AKP und MHP ausgemacht wird. In Agirî (Ağrı), Wan (Van), Mûş (Muş), Colemêrg (Hakkari), Bedlîs (Bitlis), Sêrt (Siirt), Çewlik (Bingöl), Şirnex (Şırnak), Batman und Amed (Diyarbakır) wird alleinige Gegnerin der DTP die AKP sein. Vermutlich werden CHP, MHP, DYP und ANAP in diesen Städten keine KandidatInnen aufstellen.

Politische Parteien, die sonst keinen Frieden miteinander schließen wollen und können und in den türkischen Metropolen Gegner sind, kommen plötzlich zu der Erkenntnis, in den kurdischen Provinzen die Regierungspartei zu unterstützen, nur damit die Gewinnchancen der DTP verringert werden. Dieses politische Manöver beweist, dass sie sich in einem Punkt einig sind: die kurdische Frage ungelöst zu lassen.

Sowohl die Regierungspartei AKP als auch die Oppositionsparteien CHP und MHP können sich nur über ein Thema einigen. Und das ist die kurdische Frage. Sie wenden die gleichen Apparate auf die kurdische Frage an. Die Konkurrenz unter ihnen funktioniert nur, wenn sie die andere Seite des Euphrat erreicht haben. Östlich des Euphrat sind alle demokratischen Prinzipien und Bräuche vergessen.

Sollte die DTP bei den Kommunalwahlen am 29. März mit der Motivation und Entschlossenheit der Bevölkerung die Zahl der 56 Gemeinden erhöhen, so könnte sie auch die staatliche Blockade gegen sich durchbrechen.

Sollte die DTP die Niederlage der Regierung bezüglich der kurdischen Frage zu ihrem Vorteil nutzen, so hätte sie auch die Möglichkeit zu einem ernsthaften Erfolg in der Region. Dieser Erfolg auf lokaler und regionaler Ebene würde auch eine wichtige Stütze für die demokratische Lösung der kurdischen Frage darstellen. ♦

Geheimes Dokument über die Wahlstrategie der Türkei ANF zugespielt

Die geheime Wahlstrategie der Türkei

ANF

Wie auch bei den Parlamentswahlen 2007 schon bekannt wurde, hat der türkische Staat besondere Wahlstrategien. So auch zu den Kommunalwahlen, die am 29. März dieses Jahres in der Türkei stattfinden. ANF hat es geschafft, das geheime Dokument über die Wahlstrategie der Türkei in die Hände zu bekommen und zu entlarven. „Wichtige zu beachtende Punkte bezüglich der Wahlen im Osten" heißt das geheime Dokument, in dem besonders hervorgehoben wird, dass „bezüglich der Urnen-Sicherheit die Strategie von 2007 gilt".

Dieses Dokument zeigt, wie wichtig es für den Staat ist, den Wahlsieg der DTP zu verhindern. „Grundlage hierfür ist die 2007 unsererseits zugesandte Broschüre ´Wie können wir die psychischen Verfassungen der Menschen ausnutzen und lenken`." Dieser Satz macht offensichtlich, dass es gesonderte Untersuchungs- und Strategiezentren gibt, die damit beschäftigt sind, psychologische Analysen durchzuführen, wie Menschen von ihren Überzeugungen abgebracht werden können.

Während es schon vorher den starken Verdacht gab, die Diskussionen über die Einführung der Kurdologie als Studienfach sowie der Sender TRT 6 seien spezielle Wahlkampfinvestitionen, ist in diesem Dokument niedergeschrieben, dass „diese neuen Schritte der AKP, die Möglichkeit auf Bildung in kurdischer Sprache an den Universitäten und der Sender TRT 6, insbesondere in den Regionen Siirt, Şırnak, Hakkari, Van, Muş, Ağrı und in Diyarbakır, gut vermittelt werden müssen".

Dies bestärkt den bestehenden Verdacht und belegt, dass diese beiden „Schritte" in der Tat Wahlkampfinvestitionen der AKP sind. Und nichts mit wahrer Veränderung zu tun haben.

In dem geheimen Dokument wird auch darauf hingewiesen, dass die DTP in den letzten zehn Jahren ein großes Selbstbewusstsein gewonnen habe. Es heißt: „Es ist nachweisbar, dass in den Bezirken Urfa, Malatya, Kahramanmaraş, Gaziantep, Elazığ, Erzurum, Kars, Ağrı, Muş und Iğdır die Stimmenzahl der DTP gewachsen ist. Um das weitere Ansteigen des Selbstbewusstseins der DTP zu verhindern, sind die unten aufgezählten Maßnamen zu ergreifen." Diese Maßnamen sind folgendermaßen formuliert:

a) Damit die DTP keine Möglichkeit zur Wahlwerbung hat, muss darauf geachtet werden, dass keine Plakatwände und Anschlagbretter während der Wahlkampfphase für sie freigelassen werden.

b) In Städten wie Diyarbakır muss Aufklärungsarbeit geleistet werden. Der Bevölkerung muss eingeredet werden, dass die Broschüren, Flugblätter und TV-Spots, die die Erfolge der letzten Jahre der gegenwärtigen Stadtverwaltung verzeichnen, unnötig und nur verschwendetes Geld sind. Es sollte betont werden, dass das Geld der Bürger nicht so verschwendet werden sollte.

c) Alle Veranstaltungen, die ideologische Informationen über das „autonome Kurdistan" (Süd-Kurdistan) beinhalten, müssen blockiert und verhindert werden und dürfen nicht stattfinden.

d) Es ist wichtig, dafür zu sorgen, dass in den Städten wie Mersin, Adana, Izmir und Istanbul die anderen linken Spektren dazu gebracht werden, die DTP als eine marginalisierte Partei darzustellen, die an den Problemen der Bevölkerung nicht interessiert ist.

e) In Städten wie Osmaniye, wo viele Kurden leben, muss man den Menschen einreden, dass sich Zazas [*Zazaki, ein Dialekt der kurdischen Sprache; die Zazaki Sprechenden werden als „Zazas" bezeichnet. Sie neigen dazu, sich als eigenes Volk zu sehen – als Zazas*] und Kurden sehr voneinander unterscheiden. Vor allem sollte auf eine Verbindung zwischen den Zazas und dem Islam und zwischen Kurden und den linken Gruppen hingewiesen werden. Bei Vorträgen sollten die Begriffe „Kurden" und „Zazas" immer getrennt aufgezählt werden. Aber man sollte nie sagen „Es sind zwei verschiedene Völker". Dies sollte nur angedeutet werden.

f) Die Propaganda über den Sender TRT 6 und die Kurdischkurse an den Universitäten müssen in Städten wie Siirt, Şırnak, Hakkari, Van, Muş, Ağrı und Diyarbakır besonders gut gemacht werden. Es muss veranlasst werden, dass kurdische Schriftsteller und Journalisten positiv über den Sender TRT 6 berichten. Diejenigen, die positiv über diese Entwicklungen denken, sollten zu bestimmten Veranstaltungen eingeladen werden.

g) Während des Wahlkampfes muss von der kurdischen Sprache Gebrauch gemacht werden. Kurdische Lieder müssen genutzt werden. Kurdische Sänger und Künstler müssen für den Wahlkampf gewonnen werden. Vor allem muss von den kurdischen Sängern, die

sich für TRT 6 bereitgestellt haben, profitiert werden. Geld darf kein Hindernis darstellen. Sollten die Künstler Geld verlangen, muss dies auch gewährleistet werden.

h) Misserfolge der DTP müssen der Bevölkerung besonders aufgezeigt werden. In Städten wie Silopi, Cizre, Derik, Batman, Kızıltepe und Bismil muss die sichtbare Korruption der Bevölkerung dargelegt werden. Es muss in die Welt gesetzt werden, dass Geld in Milliardenhöhe ausgegeben werde, es jedoch keinen Verdienst für das Volk gibt.

i) Es muss erzählt werden, dass Osman Baydemir sich institutionalisiert hat, um sich selbst zu einem Wahrzeichen zu machen. Es muss geschildert werden, dass, wenn es so weitergeht, Baydemir in



Tayyip Erdoğan in Diyarbakır – Geschäfte bleiben aus Protest geschlossen Foto: DIHA

fünf Jahren ein Hindernis für den Kampf sein wird. Offen sollte darüber geredet werden, dass Baydemir seine eigene Familie und Familienangehörige an bestimmte hohe Posten bringen möchte, um alles unter Kontrolle zu haben. Diese Ängste müssen andauernd geschürt werden. Ebenso soll verhindert werden, dass Baydemir auch in anderen Städten als Vorbild für geleistete Arbeit gezeigt wird. Innerhalb der DTP muss gegen Baydemir mobilisiert werden, damit auch unter den Kandidaten Eifersucht entsteht.

j) Es muss verhindert werden, dass die Imame in Kurdistan am Wahlkampf der DTP teilnehmen. Der in Diyarbakır gegründete Verein der Imame sollte daran gehindert werden, sich auch in den anderen Städten und Bezirken am Wahlkampf zu beteiligen.

k) Den Wählern muss eingeredet werden, dass die DTP die Kurden spalten möchte. Weil die DTP nicht mit HAKPAR [*Partei der Rechte und Freiheiten*] oder KADEP [*Partei der Demokratieteilnehmer*] zusammenarbeitet, wohl aber mit anderen türkischen Linksparteien, sollten besonders diesbezüglich Widersprüche in Umlauf gesetzt werden. Die DTP sollte als eine kemalistische Partei dargestellt werden, die in der gleichen Situation wie die CHP ist.

l) Sollte sie neue kreative Methoden der Wahlpropaganda haben, so müssen diese zunichte gemacht werden, indem die traditionellen Werte des Volkes hervorgehoben werden und die Gesellschaft davon überzeugt wird, dass neue Methoden nur das Ziel haben, die Traditionen des Volkes zu brechen. Es muss dafür gesorgt werden, dass die DTP sich ständig wiederholt und nichts Neues entwickelt.

Es wird erwartet, dass alle an den Wahlen teilnehmenden Parteien dieses Dokument effektiv nutzen.

Heiliges Bündnis gegen die DTP

Aus internen Parteiberichten der AKP ist ersichtlich, dass sie eigene Stimmen an die DTP verloren hat. Im Bericht ist auch niedergeschrieben, dass sich die AKP in Kurdistan mit der nationalistischen MHP geeinigt habe, dass die *Saadet-Partei* jedoch in eine Zusammenarbeit nicht eingewilligt habe. Außerdem wird im Bericht angeführt, dass es Abmachungen gebe. So sollen im Osten die Wähler der CHP und der MHP dazu mobilisiert werden, ihre Stimme der AKP abzugeben. Dafür werden die Wähler der AKP und der CHP in Städten wie Mersin dazu mobilisiert, die MHP zu unterstützen. Dafür könne die CHP in Izmir auf die Stimmen der MHP- und der AKP-Wähler zählen.

Das Geständnis: „Unser Stimmenanteil ist geschmolzen“

In dem Bericht sind auch Geständnisse zu finden. Beispielsweise wird unterstrichen, dass die AKP viele ihrer Wähler von 2007 verloren habe und dass mit hoher Wahrscheinlichkeit Stadtgemeinden wie Van, Bitlis und Siirt an die DTP fallen würden. Nach Umfragen liege die SP (*Saadet-Partei*) in Urfa an erster Stelle, die DTP könne jedoch bei hoher Wahlbeteiligung die Wahl in Urfa doch noch für sich entscheiden. Auch in Mardin wäre Ähnliches zu erwarten, die Spaltung zwischen SP und AKP könne dazu führen, dass die DTP als Wahlgewinnerin in diesen Städten hervorgehe.

Es wird angenommen, dass ca. 15 % der Wähler in Diyarbakır die AKP wählen würden. Es wird auch geschildert, dass die Sicherheit der Urnen eine wichtige Rolle spiele. So heißt es weiter: „2007 haben wir sehr gut sehen können, wie wichtig unsere Strategie bezüglich der Wahlurnen ist. Mit der Erlaubnis Allahs werden die Ordner an den Wahlurnen auch bei diesen Wahlen mit besonders großer Aufmerksamkeit ihren Aufgaben nachgehen.“ ♦

... das Komplott ins Leere laufen gelassen

Weiterhin verschärfte Kriegssituation

Auszüge aus ANF-Interviews mit Murat Karayılan (Vorsitzender des Präsidialrates der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistan, KCK), Cemil Bayık und Duran Kalkan (Mitglieder des Präsidialrates der KCK)

Der 15. Februar 2009 ist der zehnte Jahrestag der Verschleppung Abdullah Öcalans – des internationalen Komplotts. Was war dessen Ziel?

Cemil Bayık: Die Antwort auf diese Frage ist sicherlich nicht nur mit einem Argument zu beantworten. Denn das Komplott hatte auch nicht nur ein Ziel. Sondern mehrere. Die Bemühungen Öcalans für ein freies Leben, die Schaffung von freien Individuen und eine freie Gesellschaft breiteten sich immer stärker in Kurdistan aus und hatten mittlerweile einen großen Einfluss auf die kurdische Bevölkerung. Die Säulen des Kolonialismus in Kurdistan wankten immer mehr. Das System war also dabei, Kurdistan zu verlieren.

Das versuchte natürlich, Öcalan zu sich herüberzuziehen. Damit er das Beharren auf seinem eigenen System aufgibt und sich in die Abhängigkeit von internationalen Kräften begibt. Trotz aller Anstrengungen hatten sie keinen Erfolg. Im Gegenteil, Öcalan wurde offensichtlich immer entschlossener, ein neues System als Alternative gegen den Kapitalismus zu schaffen. Um dieses abzuwenden, musste Abdullah Öcalan verhindert werden. Wo versuchte Öcalan, dieses System zu erschaffen? Ohne Frage, in Kurdistan natürlich. Obwohl Kurdistan als wichtigste Stütze für den Einfall der USA in den Mittleren Osten galt. Der Widerstand der PKK schaffte es, diese Stütze der kapitalistischen Modernität zu schwächen und Kurdistan den Händen des Systems zu entziehen, um es zum Zentrum der Entfaltung eines alternativen Systems umwandeln zu können. Diese Entwicklung stellte für das kapitalistische System eine große Gefahr dar und musste deshalb unbedingt gestoppt werden. Dies war der Grund, warum das System vor der Intervention in den Mittleren Osten erst gegen die PKK vorging, mit dem einzigen Ziel, die Entstehung einer freien Gesellschaft und des freien Individuums zu verhindern. Um dann die Herrschaft den Kurden zu überschreiben, die bereit dazu sind, Kurdistan völlig in die Hände des Systems zu legen und zu kollaborieren. Der Kapitalismus wollte auf diese Weise sein System im ganzen Mittleren Osten verbreiten und verankern.

Es sind nun zehn Jahre vergangen. Denken Sie, dass Sie es geschafft haben, das Komplott ins Leere laufen zu lassen? Oder inwiefern hat die Bewegung es geschafft?

Cemil Bayık: Der erste Schritt des internationalen Komplotts war, unseren Repräsentanten zu verhaften. Daher können wir sagen, dass die Verschwörer in diesem Punkt, also dem ersten Stadium des Komplotts, Erfolg hatten. Denn es verlief so wie geplant.

Öcalan hat sich sehr bemüht, das Ziel des Komplotts umzudrehen, es ins Leere laufen zu lassen und uns allen klar zu machen, was sein eigentliches Ziel war. Wenn es also stattgefunden hat, dann gibt es auch Kräfte, die es praktizierten, die großes Interesse an seinem erfolgreichen Ende hatten. Wer also sind diese Kräfte? Wen repräsentieren sie? Warum dieses Komplott? All diese Fragen stellte er sich und versuchte, das System der kapitalistischen Modernität zu verstehen. Denn das Komplott wurde von den Repräsentanten und den federführenden Kräften dieses Systems durchgeführt. Dagegen zu stehen, es ins Leere laufen zu lassen, hing also absolut damit zusammen, wie tiefgehend das Ziel des Komplotts wirklich verstanden worden war. Denn auch die Alternative konnte nur so definiert werden. Nur so hätten wir uns gegen das Komplott stellen können, um die gewonnenen Werte der Freiheit der Freiheitsbewegung und des Volkes zu schützen. Es war Öcalan bewusst, dass dies auch der einzige Weg war, mit dem er sich und alles beschützen konnte. Er forderte Rechenschaft vom Komplott, indem er das System bis ins Detail analysierte und ein alternatives System entwickelte. Somit hat er das Komplott von seiner eigenen Front aus ins Leere laufen lassen.

Zusammen mit der Festnahme Öcalans wollten die Verschwörer den Willen der Bewegung brechen, sie binden. Öcalan nutzte sein Verteidigungsrecht bei Gericht für die Analyse des Systems und für neue Lösungsansätze. Durch seine Verteidigungsschriften, in denen er die Geschichte, die Mythologie, die Gegenwart untersuchte, Gründe für die Weltkrisen analysierte und neue Lösungsansätze entwickelte, schaffte er es, den Spieß umzudrehen.

Das internationale Komplott geschah zur Regierungszeit der Demokraten in den USA. Nun ist



15.-Februar-Protest in Diyarbakır: Es lebe der Vorsitzende Apo Foto: DIHA

erneut die Demokratische Partei an der Macht, Barack Obama Präsident. Er gibt an, eine Politik der Menschenrechte mit Schwerpunkt Demokratie machen zu wollen. Glauben Sie, dass die USA in diesem Sinne zu einer Veränderung in ihrer Politik bezüglich des Mittleren Ostens und der Kurden übergehen werden?

Cemil Bayık: Obama wurde in den Vordergrund gebracht, um das Bergab der USA aufzuhalten und um das verlorene Ansehen auszugleichen. In der Tat, die USA sind sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik starker Erosion ausgesetzt gewesen. Sie haben ihr Ansehen in hohem Maße verloren. Das System plagt sich gegenwärtig mit großen Schwierigkeiten, weltweit wird intensiv darüber diskutiert. Das System selbst, die USA, erlebt gerade eine schwere Krise und befindet sich im Chaos. Es finden ebenfalls rege Debatten statt, ob die USA die Krise überwinden werden oder nicht, und wenn ja, mit welcher Strategie. Augenscheinlich versuchen sie sich sogar an systematischer Veränderung.

Die Diskussionen über die Überwindung des Kapitalismus für die Zukunft der Menschheit nehmen zu. Durch Obama will sich das System restaurieren und das verlorene Ansehen wieder zurückgewinnen, sich somit weiterhin als einzige Hoffnung darstellen.

Die Wahl Obamas wird weder an der Strategie der USA etwas ändern noch wird es zu irgendwelchen Veränderungen kommen. Es wird jedoch immer offensichtlicher, dass es einige taktische Neuerungen geben wird.

Wie bewerten Sie das Verhalten des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan in Davos? Wie sehen Sie die Beziehungen der Türkei zu Israel?

Murat Karayılan: Es stimmt, dass Schimon Perez äußerst harte Worte gegen Ministerpräsident Erdoğan benutzte. Die Frage ist: warum? Das heißt, dass er andere Erwartungen hatte. Und das heißt auch, dass sich das Erwartete nicht erfüllt hat. Das ist der Grund, warum Perez empört über Erdoğan ist und sich so äußert. Jeder redet über das, was in Davos vorgefallen ist. Doch niemand fragt sich, warum.

Hierfür sollten wir uns an das sechsstündige Gespräch zwischen Erdoğan und Israels Ministerpräsident Olmert erinnern, das kurz vor dem Angriff Israels auf Gaza stattfand. Dort wurden Abmachungen getroffen, an die sich Israel nicht gehalten hat, es wandte beim Angriff extreme Gewalt an. Das ist der Grund, warum Erdoğan wütend wurde. Aber auch er hielt seine Versprechen nicht, und deshalb wurde Israel böse. Es steht fest, dass es Gründe für diesen Zusammenprall gibt.

Denken Sie, dass dieses Wortgefecht weitere Auswirkungen auf die konkreten Beziehungen beider Länder haben wird?

Murat Karayılan: Wenn wir Erdoğans Worte und Verhalten mit seinen früheren Äußerungen vergleichen, sieht das, was in Davos passierte, wie eine Gewitterwolke aus, die jedoch keinen Regen abließ. Er redet sehr viel. Er gebraucht auch harte Worte. Doch in der Praxis geschieht nichts. Er hat auch nicht die Kraft, praktische Schritte umzusetzen. Ich denke, dass dieses Verhalten Erdoğans uns auch offen vor Augen führt, wie die AKP mit Beziehungen umgeht. Einerseits werden mit Israel alle möglichen Abkommen unterzeichnet und somit strategische Beziehungen eingegangen, auf der anderen Seite jedoch wird eine enge Beziehung zu Hamas aufrechterhalten. Erdoğan sagt: „Ich behalte die Beziehung zu beiden, mache aber trotzdem, was ich will." Das wird ihm niemand abkaufen. Dies zeigt die aktuelle diplomatische Linie der AKP: Beziehungen mit allen, aber Verhalten nach ihren Interessen.

Zusammen mit den Angriffen auf den Gaza-Streifen ist diese Politik Erdoğans jedoch vor die Wand gestoßen. Die Türkei unterhält als einziges Land im Mittleren Osten eine strategische und auch militärische Zusammenarbeit mit Israel, das die Türkei als enge strategische Partnerin sieht. Die politische Unterstützung durch die und die Geschäfte mit der Türkei, das Geld für die an die Tür-

kei verkauften Waffen haben Israel bei den Angriffen auf Gaza gestärkt. Stünde die Türkei nicht in diesem Maße hinter Israel, würde seine Existenz in der Region nicht so stabil sein, wie sie momentan ist. Neben der engen Zusammenarbeit mit Israel und der Unterstützung von Israels Gewalt hält die Türkei jedoch auch Kontakt zur anderen Seite. Deshalb ist das Verhalten Erdoğans in Davos nicht aufrichtig. Denn wäre er aufrichtig, würde er dies auch auf die praktische Beziehungsebene übertragen und den diplomatischen Verkehr stoppen. Dann wäre es effektiv. Haben denn nicht viele Staaten die Beziehungen zu Israel eingestellt? Wenn Erdoğan also Mitleid hat mit den getöteten Kindern und deswegen auch Tränen vergießt, dann sollte er dazu beitragen, aus der Welt zu räumen, was mit ursächlich war, dass sie getötet wurden. Die Türkei hat aber die Haltung: Nein, sie wird sogar die Beziehungen vertiefen, aber nebenbei auch kritisieren.

Erdoğan versucht, diesen letzten Vorfall in Davos auch als Wahlpropaganda auszunutzen. Dies ist eine pragmatische und prinzipienlose Haltung. Er kennt nur ein einziges Prinzip: Profitgier, und die Fortsetzung seiner Herrschaft. Das ist seine Politik.

Anschließend gab es eine Pressekonferenz Erdoğans. Wie bewerten Sie die?

Murat Karayılan: Seine Haltung in Davos schien eigentlich fortschrittlich. Mit der Pressekonferenz hat er alles zurückgenommen. Er sagte: „Ich meinte nicht Perez, sondern den Moderator", und zeigte somit offen seine Unaufrichtigkeit. Er machte einen Schritt zurück. Solange seine Worte nicht praktiziert werden, werden auch sie nichts als leere Worte bleiben.

In Süd-Kurdistan wird dieses Jahr ein nationaler Kongress durchgeführt. Letzte Woche wurde Mesut Barzani als Vorsitzender des Vorbereitungskomitees ernannt. Wie bewerten Sie diese Entwicklungen?

Murat Karayılan: Zunächst einmal möchte ich erklären, dass die Idee eines nationalen Kongresses oder einer Konferenz für uns eine sehr große Bedeutung hat. Es ist sehr wichtig für uns. Unsere Bewegung setzt sich seit Jahren dafür ein, dass auch die Kurden eine gemeinsame Plattform schaffen und über eine gemeinsame Strategie verfügen. Bekanntlich rufen wir auf den fast jedes Jahr stattfindenden Kongra-Gel-Ratssitzungen immer wieder zu einer solchen Einheit auf. Somit haben die Politiker aus Süd-Kurdistan darauf geantwortet. Auch sie haben es somit auf die Tagesordnung gesetzt. Dies bewerten wir positiv.

Doch bisher sind uns noch keine Diskussionen dazu bekannt. Soweit wir wissen, existiert ein Komitee, bestehend aus KDP und PUK, allerdings ist bisher noch nichts unternommen worden, d. h. weder Vorbereitungssitzungen noch Diskussionsrunden. Vielleicht werden sie jetzt in naher Zukunft mit den ersten praktischen Schritten anfangen. Das können wir jedoch nicht wissen.

Es wird diskutiert, ob die PKK an dem Kongress teilnimmt oder nicht. Auch heißt es, nicht die PKK, sondern die DTP nehme teil. Haben Sie Informationen darüber? Wie bewerten Sie einen Kongress, an dem die PKK nicht teilnehmen wird?

Murat Karayılan: Wir wissen nicht, ob solche Diskussionen geführt werden oder nicht. Ein Kongress, an dem die PKK nicht teilnimmt, ist auch nicht als nationaler Kongress zu bewerten. Wir sind eine Bewegung, die innerhalb der letzten dreißig Jahre eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung der kurdischen Frage spielt. Die Teilnahme einer solchen Bewegung zu verhindern würde den „nationalen Charakter" des Kongresses aufheben. Ich glaube jedoch nicht, dass es solche Diskussionen gibt. Denn meines Wissens haben sie noch gar nicht begonnen. Und so wie es zurzeit aussieht, werden alle teilnehmen, das ist nötig. Das gilt auch für die PKK. Mit dem Ziel einer „nationalen Konferenz" sollten alle Organisationen, die in Kurdistan aktiv sind, beteiligt werden, alle, die tatsächlich für wahre nationale demokratische Ziele arbeiten – ausgenommen sind selbstverständlich provokative Gruppierungen. Da es ja der erste Schritt sein wird, denke ich, ist es sinnvoll, alle entsprechenden politischen Kräfte zu involvieren.

In letzter Zeit ist im Hinblick auf die Vernichtung der PKK ein reger diplomatischer Verkehr Ankara-Hewler-Washington zu beobachten. Wie bewerten Sie das?

Duran Kalkan: Hinter der rührigen Diplomatie stecken im Grunde die USA. Während sich die neue Obama-Regierung an die Arbeit macht, wollen sie eine neue politische Situation in Kurdistan schaffen. Eigentliches Ziel hierbei ist, das Bündnis USA-Türkei-Irak zu stärken und die Kurden zu integrieren. Auf dieser Grundlage ist also Hewler an diesem diplomatischen Verkehr beteiligt. Die PKK wird als Hindernis für die kurdische Teilnahme an diesem Dreierbündnis gesehen. Daher sollen neue Wege, Mittel und Projekte die PKK als Hindernis unwirksam machen und beseitigen.

Vor allem muss an dieser Stelle auf die Inkonsequenz der USA hingewiesen werden. Sie sind in drei Punkten besonders zu kritisieren:

1. Es war die US-Regierung, die das internationale Komplott geplant, organisiert und durchgeführt hat. Diese Regierung ist es, die seit dem 20. Januar dieses Jahres erneut an der Arbeit ist. Ein großer Teil derjenigen, die damals vor zehn Jahren das internationale Komplott betrieben, sitzen heute erneut in hohen Regierungsposten. Es sind die Hauptverantwortlichen des Komplotts. Es muss gesehen werden, dass sie diejenigen waren, die eine historische Ungerechtigkeit praktizierten.
2. Im August 2006 riefen die USA die PKK offiziell zu einem Waffenstillstand auf. Im Anschluss an eine lange Diskussionsphase, in der alle Faktoren abgewogen wurden, erklärte die PKK schließlich am 1. Oktober 2006 ihren fünften einseitigen Waffenstillstand

und hielt ihn trotz heftiger Angriffe über einen Zeitraum von acht Monaten ein. Doch die USA, die die PKK selbst zu diesem Schritt aufgerufen hatten, kümmerten sich in keinster Weise um diesen Waffenstillstand. Im Gegenteil, sie motivierten und provozierten die Türkei zur Intensivierung der Angriffe auf die PKK.

3. Mit einem Treffen zwischen Bush und Erdoğan am 5. November 2007 riefen die Regierungen der Türkei und der USA eine gemeinsame militärische Offensive gegen die PKK ins Leben. Gemeinsam erstellten sie einen Kriegsplan. Das heißt also, dass die USA an den seit November 2007 intensiv andauernden militärischen Angriffen der Türkei auf die PKK gleich stark mitbeteiligt sind. Sie öffneten den irakischen Luftraum für die türkischen Luftangriffe, waren somit an den Angriffen beteiligt. Ebenso gewähren sie der Türkei nachrichtendienstliche Informationen. Wir verfügen über Informationen, dass tatsächlich US-amerikanische Piloten die Kampfflugzeuge fliegen, die ununterbrochen die Stellungen der PKK bombardieren. Inwieweit dies der Wahrheit entspricht, ist uns noch nicht bekannt. Die uns bekannte Dimension der Teilnahme der USA am Krieg gegen uns bewegt sich im Rahmen der Öffnung des Luftraums, der nachrichtendienstlichen, politischen und militärischen Unterstützung der Türkei.

Später offenbarte Ministerpräsident Erdoğan der Presse einen vierstufigen Plan zur Eliminierung der PKK.

Der erste Schritt: die Isolierung der PKK. Auch dies offenbarte Erdoğan selbst. Die Isolierung der PKK soll in unterschiedlichen Gebieten auf unterschiedliche Art und Weise funktionieren. In Nord-Kurdistan will man hierfür die Kommunalwahlen am 29. März nutzen. Ich glaube, man beabsichtigt, die anderen Stufen dann im Anschluss in Kraft treten zu lassen, wenn die Isolierung der PKK erfolgreich ist, in Nord- und Süd-Kurdistan, im Ausland und überall dort, wo die PKK organisiert ist.

Anhand von Äußerungen der letzten Zeit konnten wir natürlich zwischen den Zeilen lesen und wir können vermuten, was die nächsten Schritte dieses Vierstufenplans sind.

Es sollen neue „Rückkehrgesetze“ beschlossen werden. Wer keine Straftaten begangen, sich nicht am Krieg beteiligt hat, soll die Möglichkeit erhalten, zurück nach Hause zu kommen, ohne angeklagt und verurteilt zu werden. Für diejenigen, die in der Leitung der Bewegung waren, soll die Möglichkeit eingeräumt werden, in ein Drittland zu gehen, um dort Asyl zu beantragen.

Die Bedingungen auf Imralı sollen etwas erleichtert werden, indem z. B. ein neues Gefängnis dazugebaut wird. Mit diesen und ähnlichen Methoden wird versucht, die organisierte Haltung der PKK zu zerstreuen. Dies erklärte auch Celal Talabani als irakischer Staatspräsident. Wir wissen nicht, was sonst noch so im Einzelnen geplant worden ist. Stück für Stück offenbart sich der Plan aber.

Denken Sie, dass der Kanal TRT 6 und die Erleichterungen bei den kurdischen Sprachverboten ein Teil dieses Planes sind?

Duran Kalkan: Vor allem sollte bewusst sein, dass zwischen denjenigen, die diesen Kanal auf die Tagesordnung gebracht haben, untereinander riesige Widersprüche bestehen. Es ist nicht wahr, dass die kurdische Sprache nun erlaubt ist. Kurdisch zu sprechen ist immer noch verboten. Auch in den Gefängnissen, während der Kommunalwahlen und im Wahlkampf, auf Grußkarten ist es verboten, überall. Das kurdische Alphabet ist verboten. Die bekannten kurdischen Buchstaben (w, x, q) sind immer noch verboten. Hinsichtlich der kurdischen Sprache gibt es keine rechtlich-juristischen Veränderungen. Der Staatskanal TRT hat einen neuen Kanal eröffnet. Sie sagen eigentlich gar nicht, dass sie in Kurdisch ausstrahlen. In den schriftlichen Verträgen ist das Wort „kurdisch“ noch nicht einmal zu finden. Beispielsweise wird TRT 6 auch nicht „der kurdische Kanal“ genannt, sondern „Kanal, der in allen Sprachen außer Türkisch sendet“. Das zeigt uns also: keine gesetzmäßigen Veränderungen. Wenn dieser Kanal jetzt geschlossen würde, gäbe es keinen Unterschied, denn es gibt keine rechtlichen Bestimmungen für diesen Kanal. Es herrscht lediglich eine faktische Situation. Es gibt Personen, die kurdisch gesprochen haben und deswegen verurteilt wurden. Wenn wir nach den „offiziellen Richtlinien“ gehen, haben vor allem Ministerpräsident Erdoğan und viele andere im Staatswesen eine Straftat begangen. Sie haben die Herrschaft in der Hand. Deswegen werden sie nicht verurteilt. Aber das muss nicht immer so bleiben. Wenn sich die Regierung ändert und statt der AKP eine noch rückständigere, noch faschistischere Partei an die Macht kommt, die die gegenwärtige AKP-Praxis verurteilt, dann werden all diese Punkte als Straftat angesehen werden. Anschließend würden viele aus der aktuellen Regierung – angefangen bei Erdoğan – verurteilt werden. Wir haben es hier nicht mit einer legalen, sondern ganz im Gegenteil mit einer illegalen Situation zu tun.

Wegen der anstehenden Kommunalwahlen verteilt die Regierung Nudeln und Kohle an die Bevölkerung, um deren Stimmen zu kaufen. Genauso ist auch der TRT 6 zu bewerten. TRT 6 = eine Tüte Nudeln, ein Beutel Kohlen. Heute werden diese Möglichkeiten eingeräumt, bis die Ziele erreicht werden. Danach sind all diese Regelungen nicht mehr zu sehen. Kurz gesagt, dies ist eine Wahltäuschung. TRT 6 ist ein Mittel, um die Wahlen am 29. März zu gewinnen. Danach wird auch dieser Kanal geschlossen werden. Dies kann ich jetzt schon sagen.

Die Angriffe sowohl des Iran als auch der Türkei sind intensiver geworden. Was für eine militärische Offensive erwarten Sie in diesem Winter und dem kommenden Frühling? Besteht die Möglichkeit eines Waffenstillstandes? Wird der Krieg auch in diesem Jahr andauern?

Duran Kalkan: So wie der Kampf um Kurdistan aus ideologischer, organisatorischer und politischer Sicht anhält, so wird er auch auf der militärischen Ebene fortgesetzt. So sieht es leider aus, da gibt es keine Veränderungen. Einige versu-

chen bewusst, ein Klima zu verbreiten, als gäbe es einen Waffenstillstand oder Aufrufe dazu. Aber so etwas ist nicht der Fall. Diese Spekulationen entsprechen nicht der Wahrheit. Durch Gerede und Provokationen wird versucht, die Realität zu maskieren. Die Realität ist ein realer, extremer und harter Krieg, der sich in keinster Weise abgeschwächt hat. Weder gibt es ernsthafte Gespräche über einen Waffenstillstand, noch entsprechende Aufrufe oder gar Initiativen. Die Realität ist, dass wir mitten in einem Krieg sind. Und es sieht so aus, als würde sich diese Kriegssituation im Laufe des Jahres 2009 weiterhin verschärfen. Denn bei den Kräften, die diesen Krieg führen, ist kein Rückzug zu sehen.



In vielen Städten Kurdistans und der Türkei fordert die Bevölkerung Aufklärung über die Verschwundenen und den Verbleib ihrer Angehörigen Foto: DIHA

Im Rahmen der Operation gegen Ergenekon gab es nun neue Festnahmen. Versteckte Waffendepots wurden entdeckt. Ist Ergenekon das neue Image des Staates? Oder versucht man, gegen die kurdische Bewegung, gegen die PKK eine neue Organisation aufzubauen?

Duran Kalkan: Diese Ergenekon-Ermittlungen nehmen in der Tat eine interessante Gestalt an. Und zwar in drei Punkten:

1. Das Militär ist dermaßen in diese Sache verwickelt, und das auch noch mit hochrangigen Generälen, dass im gegenwärtig erreichten Stadium einige Wahrheiten zum Vorschein kommen werden – egal wen es betrifft. Dies führt natürlich dazu, dass das Militär an Ansehen und Autorität verliert. Es hat sich erwiesen, dass das bisher als vertrauenswürdigste Institution der Türkei geltende Militär nun als unredlichste dasteht. Das wird gewaltige Auswirkungen auf die Generäle, das ganze Militär und die Gesellschaft haben. Es wird zu ernsthaften psychischen Schäden führen. Dies ist ein sehr wichtiger Aspekt.
2. Ein weiterer eigenartiger Punkt ist, dass verschiedene Kategorien gemeinsam zutreffen. Damals wurde zur Susurluk-Bande gesagt, sie habe den Zusammenhang „Politik, Polizei und Mafia" entlarvt. Wir haben es aber bei Ergenekon mit einer grotesken Situation zu tun, die die Zusammenhänge von Susurluk weit überragt. Als extreme Antimilitaristen bekannte Personen tauchen plötzlich zusammen mit einem General auf. Und es stellt sich heraus, dass sie gemeinsam eine Organisation gegründet haben. Ein weiteres Beispiel ist, dass einer, der von sich selbst als Linksradikalem spricht, plötzlich mit einem Nationalisten in derselben Organisation agiert. Sehr eigenartige Bestandteile hat Ergenekon. Intern sind Organisationen zu erkennen, bei denen weder Ideologie noch Politik greifen. Im Gegenteil, es kann sogar von einer Kombination ausgegangen werden. Menschen jeder Art, jeden Geschlechts, jeder Sorte haben sich zusammengeschlossen. Es ist offensichtlich, dass es sich um eine wichtige Organisierung handelt.
3. Ein weiterer Punkt von Interesse ist das durch die letzen Festnahmen erreichte Niveau. Die Festnahme von Generaloberst Tuncer Kılınç beispielsweise, lange Zeit als Generalsekretär des *Nationalen Sicherheitsrats* tätig. Er war also der Koordinator, der Sprecher, das Beschlussorgan der Oligarchie, die die Türkei dirigierte. Es stellte sich heraus, dass auch diese Person innerhalb des Staates eine gesonderte Vereinigung gegründet hatte.

Seit Jahren sagen wir, die kurdische Bewegung, dass es Staatsterror gibt, dass es Institutionen innerhalb des Staates gibt, die Terror ausüben. Deshalb wurden wir aus allen Ecken angegriffen. Nun sind wir jedoch an einem Punkt angelangt, an dem nicht wir, sondern der Staat selbst behauptet, der türkische Staat sei von Grund auf eine Terrorvereinigung. Eine interessante, komplexe Situation ist das.

Was ist aber der wirkliche Kern? Was bedeutet Ergenekon wirklich? Eigentlich gibt es eine Vereinigung, die den ganzen Staat koordiniert. Offiziell hat es den Anschein, als wäre dies der *Nationale Sicherheitsrat*. Es bleibt jedoch nicht darauf beschränkt. Betrachtet man den türkischen Staat, kann man fühlen, dass es darüber hinaus noch eine geheime Koordination gibt, die in keinster Weise einen legalen oder offiziellen Status besitzt, die aber eigentliche Koordinatorin des Staates ist. Es kann sein, dass Ergenekon diese geheime Koordinationsrolle spielt. Denn dort sind die höchsten Ränge aus Militär, Politik, Religion, Wissenschaft sowie Kapital vertreten.

In Wirklichkeit wird vom Generalstab koordiniert und gelenkt. Der Generalstab bildet zwar die Koordination, mit der aber unzählige weitere Organisationen verbunden sind. Organisationen aus dem zivilen, dem militärischen, dem politischen, dem ideologischen und dem demokratischen Bereich. ♦

Analyse – Gehört Ergenekon zum Staat oder der Staat zu Ergenekon?

Die Kräfteverhältnisse in Ergenekon

Baki Gül

Die Verfassung der Republik Türkei beschreibt die Gewaltenteilung zwischen den Organen der Legislative, Exekutive und Judikative. Die Legislative steht den 550 gewählten Parlamentariern zu, die ihr Präsidium wählen; die Exekutive obliegt dem Präsidenten und dem Ministerrat; die Judikative wird von den Gerichten wahrgenommen wie Verfassungsgericht, Kassationshof und ähnlichen Institutionen. Die Sicherheit der Republik wird gewährleistet durch die türkischen Streitkräfte, die Polizei und den Nationalen Nachrichtendienst MIT.

Damit definiert sich der türkische Staat. Es hört sich so an, als gäbe es keine Schwierigkeiten mit ihm, seinem Charakter und bei der Ausübung seines Regimes. In den letzten zwei Jahren jedoch sind besondere geheime und augenscheinliche Vereinigungen innerhalb der eigentlichen staatlichen Institutionen ans Licht gekommen. Einige dieser Vereinigungen bestanden aus Angehörigen von Polizei, Spezialeinheiten, Politik und Mafia, die in der Türkei in den bekannten „Susurluk-Skandal" verwickelt gewesen waren. Sie wurden beschuldigt, im Krieg gegen die Kurden Tausende von Morden begangen zu haben mit dem Ziel, die kurdische Guerilla und kurdische Organisationen zu vernichten. Viele wurden durch Prozesse verurteilt, viele wurden verhaftet. Doch konnte das gesamte Ausmaß dessen, was sich innerhalb des Staates (größtenteils geheim) gebildet hatte, nicht vollständig aufgedeckt werden. Ermittlungen, Urteile und Berichte wiesen alle auf viel tiefgründigere Beziehungen und Netzwerke hin, deren Spitzen bis zu Staatsapparat, offizieller Politik und Mafia reichten. Es wurde also festgestellt, dass viel mehr als „nur" einige Beamte dahintersteckten und die ganze Sache sich auf höherem Niveau abspielt. Daher wurde dieser Skandal nur begrenzt erfasst. Ab einem bestimmten Punkt wurden auch alle weiteren Ermittlungen bewusst eingestellt. Es hieß, dass hauptsächlich antikommunistische, anti-kurdische und anti-armenische Aktionen durchgeführt worden seien, vom „tiefen Staat" organisiert. Susurluk war 1996 und dieser Skandal sollte von der Tagesordnung verschwinden, bevor es offensichtlich wird, bis wohin die Spuren reichen. Beinahe wäre er in Vergessenheit geraten. Doch bei der elften „Operation gegen die Ergenekon-Bande" fielen plötzlich Namen, unter denen sich auch pensionierte Generäle, ehemalige Generalstabschefs, Abgeordnete, Gewerkschafts- und Handelskammernvorsitzende, Professoren, Rektoren, Dekane, Journalisten, Dozenten, TV-Produzenten, Zeitungsinhaber, Parteivorsitzende, Mitglieder von Forschungsinstituten, Spezialeinheiten, Kassationshof, Verfassungsgericht und viele andere befanden. Die meisten von ihnen wurden festgenommen, verhört, inhaftiert oder freigelassen. Der Prozess, in dem die Festgenommenen gemeinsam angeklagt werden, wird „Hauptprozess der Terrororganisation Ergenekon" genannt.

Kräfteverhältnisse in Ergenekon

Der Begriff „Ergenekon" stellt für jemanden, der sich mit der türkischen nationalistischen Geschichte auskennt, kein Fremdwort dar. Es ist eine Legende, die die „Existenz" der türkischen Nation begründet. Es ist auch ein für das „Türkentum" und ultranationalistische Politik verwandtes Argument. Die gegenwärtig als „Ergenekon-Vereinigung" definierte Organisation richtig verstehen zu können ist jedoch äußerst kompliziert. Denn sie umfasst unterschiedliche politische Kräfte. So z. B. Personen aus dem „links-sozialistischen/kommunistischen" Spektrum, Islamisten sowie nationalistisch-faschistisch-rassistische Türken. Es ist eine eigenartige Struktur, die von Arbeiter-Vereinigungen bis zur Klasse des Kapitals und Arbeitgebern ein weites Spektrum umfasst. Sogar Lehrbeauftragte an Universitäten, Mediziner, Dozenten, Professoren, Dekane und Hochschulrektoren sind dabei. Außerdem Vereine, die nach außen „zivilgesellschaftlich" agieren, in Wirklichkeit jedoch die Mitglieder dieser Organisation beherbergen sollen. Sogar die Namen von ehemaligen Generalstabschefs, Armeekommandanten, pensionierten Generalobersten und Offizieren tauchen auf. Daneben sind spezielle Beziehungen innerhalb der Polizei und Spezialeinheiten sowie der Mafia und Personen, die in berüchtigte Mordfälle verwickelt waren, ebenfalls wesentlicher Bestandteil dieser Organisation.

Obwohl der Prozess begonnen hat, vergrößert sich die Reichweite des Netzwerkes. Immer wieder stellt sich heraus, dass die Arme dieser Organisation in verschiedenste Richtungen reichen. Während der auch „zehnte und elfte Ergenekon-Welle" genannten Operationen wurden wichtige Leute festgenommen. Die meisten wurden inhaftiert, viele befinden sich immer noch in U-Haft. Einige jedoch sind auch schon wieder auf freiem Fuß. Doch die Ermittlungen, Festnahmen und Inhaftierungen, die u. a. Generaloberst Tuncer Kılınç (ehemaliger Generalsekretär des

Nationalen Sicherheitsrates), Prof. Dr. Kemal Gürüz (ehemaliger Vorsitzender des Hochschulrats YÖK), Mustafa Özbek (Vorsitzender der türkischen Metallarbeitergewerkschaft), Sabih Kanadoğlu (ehemaliger Vorsitzender des Kassationshofes) und Ibrahim Şahin (ehemaliger Spezialeinheiten-Kommandant und Hauptakteur im Susurluk-Skandal) betrafen, beinhalten wichtige Informationen für das Verständnis von Ergenekon und dessen bessere Interpretation. Anhand zahlreicher Dokumente wurde bewiesen, dass der Teil der noch Inhaftierten – deren Prozess andauert – das Ziel verfolgte, die Regierung zu stürzen, dementsprechend Planungen anstellte und dafür zahlreiche Morde beging. Ebenso ist es Tatsache, dass ein großer Teil dieser Organisierung nicht aufgeschlüsselt wurde und weitere Ziele und Inhalte immer noch im Dunklen liegen. Nun steht dies als eines der vordringlichsten Probleme auf der Tagesordnung.

Auch AKP in Ergenekon organisiert

Denn diejenigen Personen, die im Rahmen der Operationen verhaftet, verhört oder verurteilt wurden, sind hauptsächlich pensionierte Generäle, hohe Staatsbürokraten und einige Parteienvertreter. Zu erwähnen ist außerdem, dass die gegenwärtig amtierenden Generäle wegen der Operationen mehrmals mit der Regierung im Gespräch waren. Ohne Frage, um den Anschein großer Empörung über diese Bande zu erwecken. Stellt sich nun die Frage: Warum solch eine Vereinigung? Ist sie wirklich nur gegen die AKP gegründet worden? Was wurde mit dem geplanten Militärputsch und den Morden bezweckt?

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ob die AKP einen Widerpart zu Ergenekon bilde, da die Operationen während ihrer Amtszeit durchgeführt wurden. Doch zeigt dies nur einen Ausschnitt vom Gesamtbild, in dem Spuren aufgetaucht sind, die zu ehemaligen und auch jetzigen AKP-Abgeordneten führen. Ein wesentlicher Bestandteil der Diskussionen um Ergenekon ist die Erkenntnis, dass die Organisation an sich überhaupt erst den Geständnissen Tuncay Güneys, eines ehemaligen „Ergenekon-Journalisten", entsprungen ist. Da Ergenekon Verbrechen und Morde, Waffenverstecke, kemalistische Vereine und geheime Bündnisse zwischen Polizei und Militär bedeutet, wäre es also nicht falsch, von einer paramilitärischen Organisation innerhalb der Gesellschaft zu sprechen. Auch wenn sie nach außen hin den Anschein des nationalistischen Teils eines laizistisch-kemalistischen Staates erweckt, so hat sie sich in Wirklichkeit in allen Zweigen des Staates institutionalisiert. Von den kemalistischen Linken bis hin zum Islam ist Ergenekon in vielen politischen Bereichen organisiert. Auch wenn sie sich von der AKP gestört fühlt, umfasst sie doch auch die AKP. Der einzige Berührungspunkt, eine Art „Zusammenschluss" mit der AKP, ist auf globaler Ebene im Rahmen der Kräfteverhältnisse der gemeinsame Standpunkt gegen USA, Israel und EU.

Innerstaatlicher Machtkampf

Eine der wesentlichen politischen Auffassungen aus Ergenekon-Sicht will die Türkei ihre diplomatischen und politischen Beziehungen zu USA, Israel und EU zurückfahren lassen, um stattdessen diejenigen zu Russland, China und Indien zu vertiefen. Eine Reihe politischer Argumente wird dafür benutzt, den Konflikt Griechenland/Ägäis/Zypern ungelöst zu lassen und zu verhindern, dass der Genozid an den Armeniern zugegeben wird, weil man die Türkei mit den Reformen im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses der Gefahr einer Teilung ausgesetzt sieht. Weiterhin dient diese Argumentation der weiteren Leugnung der Kurden und der Auffassung, der Islam sei politisch gesehen in Gefahr.

Wirtschaftlich setzt man sich, wenn auch nur theoretisch, für den Liberalismus ein, für eine Organisierung des nationalen Kapitals und der Arbeitskraft auf der Grundlage militaristischer Profite. Und im Kontext der globalen ökonomischen Balance werden eher die Beziehungen mit Russland, China und Indien vorgezogen.

Auf gesellschaftlicher Ebene steht das „Türkentum" im Fokus. Dafür werden Vereine, Gewerkschaften, Stützpunkte in militärischen Einrichtungen gegründet, man organisiert sich in Unternehmen und im Justizapparat und benutzt die Medien für effektivere Werbung und „Öffentlichkeitsarbeit" in eigener Sache.

Kurz gesagt, sie wollen das Leitbild des türkischen Staates „ein Staat, ein Volk, eine Fahne" und die Akzeptanz hierfür auf politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher Ebene, im Bildungs- und Kulturwesen festigen. Natürlich versuchen sie parallel dazu auch diejenigen gesellschaftlichen Kreise zu behindern, die sich für die Lösung der eigentlichen Probleme in der Türkei einsetzen. Wie z. B. die Lösung der kurdischen Frage, des Zypern- und des Ägäis-Problems, die Anerkennung des Genozids gegen die Armenier und der grundlegenden Freiheiten und Rechte in der Türkei. Die Türkei versucht immer wieder, die islamische, alevitische und kurdische Identität sowie die Manifestierung von Freiheiten zu unterdrücken. Eben deswegen wurden Verbrechen und Morde begangen, die die Atmosphäre aufheizen und Angst schüren sollten. Angst vor einer Eskalation der Auseinandersetzungen zwischen Türken und Kurden, Aleviten und Sunniten, Linken und Rechten. Man wollte die Menschen unter Druck setzen mit Begriffen wie „US-/EU-Befürworter", „Kollaborateur mit Armeniern und Byzantinern [*Griechischstämmigen*]" und „PKKler". Zu all dem könnten noch zahlreiche Beispiele angeführt werden.

Die Spuren der Tausenden von Verbrechen und Morden, der Bombardierungen, Entführungen und Exekutionen in den kurdischen Regionen mit dem Ziel, den kurdisch-türkischen Konflikt weiter zu vertiefen, führen nun bis zu Ergenekon. Weitere Beispiele: die Morde an Armeniern 1970 und 1980, die Lynchangriffe auf die griechische Bevölkerung 1950 und deren Vertreibung aus Istanbul, die Ermordung zahlreicher laizistischer Intellektueller zur Verstärkung der laizistischen Front gegen den Islam, die Massaker an Aleviten in Sivas und Istanbul, und viele weitere.

Man lässt die AKP gegen Ergenekon operieren

Mit ihren Maßnahmen trägt die AKP nicht – wie behauptet – zu einem transparenteren Staat bei. In vielen Punkten haben sowohl AKP als auch Ergenekon dieselbe Meinung. Beispielsweise findet die Devise „ein Staat, ein Volk, eine Fahne" auch bei der AKP Anklang. Bezüglich der kurdischen Frage, des Genozids gegen die Armenier, des Zypern- und des Ägäis-Problems wiederholt die AKP auch nur die „offiziellen" staatlichen Verlautbarungen.

Im Hinblick auf die USA und die EU besteht jedoch innerhalb der Ergenekon-Clique und des Staates noch eine andere profitorientierte Beziehung. Und das aus zwei Gründen:

Erstens: Für die AKP ist es wichtig, die Zügel weiterhin in der Hand zu halten, um u. a. die von staatlicher Seite zufließenden Profite weiterhin genießen zu können. Somit kann sie künftig auch die um sich gescharten Gruppen halten. Dafür braucht sie jedoch sowohl die wirtschaftliche als auch die militärische Unterstützung der USA. Ein weiterer Aspekt ist die Annäherung an die EU. Denn damit will die AKP die Ansprüche derjenigen, deren Stimmen sie von der Basis des politischen Islams bekommen hat, auf der Grundlage der Freiheiten der EU leichter erfüllen.

Zweitens: Die innerhalb des Staates etablierten geheimen politisch-militärischen Vereinigungen stellen auf militärischer, wirtschaftlicher und politischer Ebene eine Gefahr für die weitere Herrschaft der AKP dar. Mit diesen Operationen gegen Ergenekon will die AKP also diejenigen Organisationen und Akteure mit „abgelaufenem Haltbarkeitsdatum" erneuern.

Wer lässt Operationen durchführen?

Ein anderer wichtiger Punkt ist die Haltung des türkischen Militärs zu Ergenekon. Es hat sich mit der AKP darüber geeinigt, geht aber behutsam damit um, da ehemalige Militärs einen erheblichen Teil der Bausteine von Ergenekon ausmachen. Ein Grund, warum das Militär diese Operationen mit unterstützt hat, waren interne Machtkämpfe; einige pensionierte Generäle mussten liquidiert werden. Somit gewann man die Kontrolle über sie. Aber nicht nur sie! Zugleich auch über die noch aktiven und ebenfalls bei Ergenekon organisierten Generäle. Diese haben teils aus „Treue" zu ihren inhaftierten Kollegen, teils aus Angst vor dem Auftauchen noch unbekannter und sie betreffender Fakten eine sehr ambivalente Haltung eingenommen, indem sie sich verbal distanzierten, manchmal jedoch auch Regierung und Justiz verdeckte Botschaften zukommen ließen. Gespräche mit Ministerpräsident und Justiz kamen zustande, die schon als „außergewöhnlich" eingestuft worden sind.

Widerspruch zwischen Streitkräften und MIT

Aus all diesen Gründen kann das Ziel der AKP bei der Durchführung der Ergenekon-Operationen nicht als Demokratisierungsbestrebung eingestuft werden. Denn in der entstandenen Konfrontation stehen sich wohl nicht die sogenannten „Demokratiebefürworter" AKP und die „Putschisten" gegenüber. Weil die AKP selbst ein Produkt der „Putsch-Politik" ist – der Islam, die Kapital-Kreise und die die AKP repräsentierende soziale Basis streben dasselbe Ziel an wie der Militärputsch vom 12. September 1980.

Jedoch sollte folgender Aspekt nicht außer Acht gelassen werden: Um den Charakter des Machtkampfes innerhalb des türkischen Staates klarer zu machen, ist ein Blick auf die Machtkoalition oder die an den Ergenekon-Operationen beteiligten Parteien sinnvoll. Es ist wahrscheinlich und möglich, dass die USA und Israel überregionale Ideengeber der Ergenekon-Operationen waren. Es mag sein, dass dem Ganzen der Anschein von „Reformen im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses" gegeben werden sollte. Ziel wäre dann also die Unterstützung der Mitgliedschaft der Türkei in der EU gewesen. Somit wäre der Operation auch eine legale, rechtliche Grundlage verschafft. Innerhalb der Türkei stammt das theoretische Fundament vom Nachrichtendienst MIT. Die praktische Umsetzung überlässt man der AKP. Da der MIT zusammen mit der Polizei eine gemeinsame Haltung in diesem Fall einnimmt, fällt es ihnen nicht schwer, die AKP davon zu überzeugen. Zahlreiche Beispiele belegen, dass in der Türkei bei grundlegenden Problemen und deren Lösungen Widersprüche zwischen MIT und Militär bestehen, die mittlerweile strategisch fatale Folgen nach sich ziehen werden.

Bei der Auflistung der Rollen der einzelnen Akteure (AKP, Streitkräfte, MIT, Polizei) ist zu erwähnen, dass AKP und Polizei grundlegend, der MIT teilweise von der Fethullah-Gülen-Gemeinde beeinflusst werden. Aufgrund der Macht des islamischen Kapitals dieser Gemeinde bestehen wiederum Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis zu den Akteuren Ergenekons, sie betreibt eine pragmatische Politik in der Region.

Als Fazit ist zu ziehen, dass die Türkei durch die Ergenekon-Operationen nicht zu einem transparenten, demokratischen und freiheitlichen Land wird. Dagegen die Erkenntnis, dass die staatliche Ordnung aufgrund der aufgedeckten Beziehungen ihre Gültigkeit verloren hat.

Die AKP wiederum hat weder den Mut noch die Kraft, den mit diesen Operationen angefangenen Weg bis ans Ende zu gehen. Dies würde gegen die Existenz der AKP sprechen und auch den Machtverhältnissen widersprechen, die die AKP sowohl global als auch regional geschaffen hat.

Diese Operationen veranschaulichen jedoch, was die Machtzentren innerhalb des staatlichen Apparates alles anstellen, um ihre Herrschaft zu halten und zu behalten, was für ein blutiger Machtkampf untereinander für diese Ziele geführt wird. ♦

Die kurdische Sprache und Identität müssen verfassungsmäßig garantiert werden

Das kurdische Volk will eine ernsthafte Lösung

Sami Tan, Vorsitzender des kurdischen Instituts Istanbul

Am ersten Tag des Jahres 2009 hat in der Türkei der Sender TRT 6, der 24 Stunden am Tag in kurdischer Sprache ausstrahlt, seinen Betrieb aufgenommen. TRT 6 sendet im Rahmen der staatlichen Behörde für Rundfunk und Fernsehen. Von AKP-nahen Kreisen wurde diese überraschende Entwicklung als „Fest der Freiheit der kurdischen Sprache" gepriesen. Ein wichtiger Teil der Kurden jedoch hat dies als Investition in die anstehenden Wahlen aufgefasst und sich von diesem Projekt ferngehalten.

Auch unserer Auffassung nach stellt dies eine reine Wahlkampfaktion dar. Viel wichtiger jedoch ist, dass der Kanal ohne jegliche gesetzliche Grundlage sendet. Dies ist kein Gewinn für die kurdische Sprache. Um zu verstehen, wie umfassend die fehlende gesetzliche Grundlage ist, soll es ausreichen, sich den diesbezüglichen Erlass der staatlichen Rundfunk- und Fernsehbehörde RTÜK anzuschauen:

„Die Sendegrundlagen für die verschiedenen Sprachen und Dialekte, die die türkischen Staatsbürger im Alltag gebrauchen:

(...)

5) Öffentliche und private nationale Rundfunk- und Fernsehsender können im Rahmen der Vorschriften dieses Erlasses unter der Voraussetzung der Genehmigung durch die staatliche Medienbehörde in den verschiedenen Sprachen und Dialekten, die die türkischen Staatsbürger im Alltag gebrauchen, senden.

In diesen Sprachen und Dialekten dürfen nur Programme für Erwachsene in den Bereichen Nachrichten, Musik und traditionelle Kultur gesendet werden. Es dürfen keine Sendungen mit dem Ziel ausgestrahlt werden, den Menschen diese Sprachen und Dialekte zu lehren.

Die Rundfunk- und Fernsehinstitutionen, die eine öffentliche oder private nationale Sendelizenz haben, haben das Recht, in diesen Sprachen und Dialekten täglich höchstens 60 Minuten und in der Woche nicht mehr als 5 Stunden Radioprogramm bzw. nicht mehr als 45 Minuten täglich bzw. vier Stunden wöchentlich Fernsehsendungen auszustrahlen.

Die Fernsehsender müssen sich nicht nur an die inhaltlichen und zeitlichen Vorschriften halten, sondern müssen auch türkische Untertitel hinzufügen oder direkt im Anschluss die türkische Übersetzung ausstrahlen. Die Radiosender müssen unmittelbar danach die türkische Version übertragen."

(Erlass zu Rundfunk- und Fernsehsendungen in den verschiedenen Sprachen und Dialekten, die die türkischen Staatsbürger im Alltag gebrauchen; 25. Januar 2004, Nr.: 25 357)

Während jeglicher Fernsehsender bei Missachtung dieser Vorschriften geschlossen wird, berücksichtigt TRT 6 keine dieser Regeln. Somit wurden staatliche Gesetze wieder vom Staat selbst gebrochen. Die Gesetze finden gegen Bürger Anwendung, staatliche Einrichtungen bleiben verschont.

Die Verletzung bestehender Gesetze durch diesen Fernsehsender beschränkt sich nicht nur darauf. Auch viele die kurdische Sprache verbietende Gesetze werden von TRT 6 missachtet. Auch Gesetze zum Schutz der türkischen Buchstaben, zu politischen Parteien, zu den Namen von Lebensräumen usw., die zu zahlreichen Verfahren gegen Bürgermeister, Politiker etc. geführt haben, werden durch den Sender gebrochen.

Unserer Meinung nach müssen kurdische Sprache und Identität verfassungsmäßig garantiert werden. Bevor der Fernsehsender seine Arbeit aufnahm, hätte die Gesetzeslage angepasst werden müssen. Ohnedies dient der Sender nicht der Lösung des Problems.

Ein weiterer Aspekt ist die Verbindung zwischen der kurdischen Frage und der kurdischen Sprache. Solche Schritte dienen nicht der Demokratie und Freiheit, wenn die kurdische Frage nicht als Ganzes betrachtet und gelöst wird. Soll dieser Schritt tatsächlich einen Beitrag leisten, so müssen umgehend die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden. Um Kader für solche Institutionen auszubilden, müssen an den Universitäten Fachbereiche für kurdische Sprache und Literatur eingerichtet werden. Auch Fachbereiche zur Ausbildung von Kurdisch unterrichtenden Lehrern müssen geschaffen werden. Die Bewegung der kurdischen Sprache und Bildung (TZPKurdi) fordert anstelle solcher Schritte ohne jede Grundlage die Anerkennung der kurdischen Sprache als zweite Amtssprache.

Noch immer heißt es in den Dokumenten „Sprachen und Dialekte, die die Bürger in ihrem Alltag gebrauchen". Im Parlament und bei Gericht ist die Rede von einer „unbekannten Sprache". Die Regierung ist weiterhin vehement gegen Bildung in kurdischer Sprache. Die Kurden werden nicht als Nation anerkannt. TRT 6 sendet in kurdischer Sprache, jedoch sind die Kurden dort keine Kur-

den mit ihrer nationalen Identität, sondern kurdisch sprechende Türken. Kann ein Fernsehsender, der nach dem Prinzip einer einzigen Nation sendet und der den Kampf des kurdischen Volkes als Terrorismus bezeichnet, das kurdische Volk ansprechen?

Wenn wir Ehmedê Xanî, Melayê Cizîrî, Cegerxwîn nicht mit ihrer Identität sehen und ihre Gedichte hören können, wie kann dieser Kanal die Kurden ansprechen? Wie kann eine Gesinnung, die Celadet Bedirxan, der das lateinische Alphabet in die kurdische Sprache integriert und die erste systematische Arbeit zur kurdischen Grammatik erstellt hat, als Verräter ansieht, die Kurden überzeugen? Daher muss die kurdische Identität anerkannt werden, ebenso der Existenzkampf der Kurden, den Kampf der vergangenen dreißig Jahre eingeschlossen. Nur so können Ergebnisse erzielt werden.



TRT 6 ist nicht für Kurden, er ist für die Wahl Foto: DIHA

Auch eine andere Realität muss erkannt werden. Dieser Schritt beweist auch das Scheitern der 85-jährigen Verleugnungspolitik der Republik. Die Position, die der Kampf des kurdischen Volkes erreicht hat, sowie die Realität dieser Welt zwingen den Staat zu solchen Schritten. Eine Zeit lang erhielten die Beamten, die in der kurdischen Region arbeiteten, ein zusätzliches Entgelt, welches von der Bevölkerung „Apo-Entschädigung" genannt wurde. Auch wenn die AKP es leugnet, ist TRT 6 eine „Apo-Entschädigung". Das kurdische Volk ist sich dessen bewusst.

Auch entsprechende Kreise in der Türkei wissen dies, jedoch trauen sich nur wenige, dies zum Ausdruck zu bringen. Rasim Ozan Kütahyalı von der Zeitung „Taraf" hat es mit den Worten „der Name der Kurden wäre nicht erwähnt worden, hätte es die Guerilla nicht gegeben" zur Überschrift seiner Kolumne gemacht.

Nach Sendebeginn kam es zu einer Diskussion bezüglich der kurdischen Sprache. Da sie jedoch mit klassischen Argumenten geführt wurde, hat sie zu keinem bedeutenden Ergebnis geführt. Die in den türkischen Medien über die kurdische Sprache geführte Debatte wurde, wie auch zuvor bei Diskussionen über die Kurden, ohne die Kurden, die Freiheit fordern, geführt. Die an der Diskussion Beteiligten lassen sich in zwei Gruppen teilen: Die einen sind die AKP-nahen Kurden, die das Projekt bedingungslos akzeptieren, die anderen diejenigen, die mit einer nationalistischen Mentalität gegen das Projekt sind.

AKP-nahe Kreise haben ein Argument bezüglich des AKP-Projektes: „Die PKK und die DTP sind gegen dieses Projekt." Ist dies tatsächlich so? Oder hat der Staat ganz bewusst die Kurden ausgeschlossen? Unserer Meinung nach ist Letzteres realistischer. Mit diesem Projekt will man die Lösung der kurdischen Frage ohne Kurden legitimieren. In einer Atmosphäre des Terrors sollen sich die kurdischen Institutionen dem Staat fügen. Jemand fragt, warum die Kurden nicht zufrieden sind, obwohl „der Staat einen solch großen Schritt eingeleitet hat". Die Kurden wollen eine tatsächliche Lösung und keine Lösung ohne Kurden.

Ein anderer Aspekt dieses Projektes sind die Kommunalwahlen vom 29. März. Der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdoğan hatte vor zwei Jahren seinen Anspruch auf die Kommunen Amed und Dêrsim erhoben. Dies hatte zu einem Wortgefecht zwischen der AKP und der DTP geführt. Die AKP will in Übereinstimmung mit dem Militär die kurdischen Kommunen gewinnen und dem kurdischen Volk seine Organisation und seinen Willen nehmen. Wenn die AKP die Wahlergebnisse von 2007 auch bei den Kommunalwahlen erreicht, kann sie sich der Welt und dem Militär leichter als „Vertreterin der Kurden" verkaufen und so ihre Regierungszeit verlängern. Denn dies scheint der einzige Ausweg, um das Militär vom Weiterregieren der AKP zu überzeugen. Das Militär weiß, dass nur die AKP in Kurdistan eine Basis finden kann, und unterstützt diese daher.

Erdoğan, der noch nach den Angriffen auf Demonstranten gesagt hatte „wer nicht will, soll gehen", versucht sich hiermit zu profilieren. Das kurdische Volk jedoch ist sich dessen bewusst.

Daher scheint es, dass das von der AKP und dem Staat gewünschte Ergebnis nicht erzielt wird. Die Kurden wollen Frieden und Freiheit und sie wissen, dass die kurdische Sprache nicht frei sein wird, solange die kurdische Identität nicht frei ist. Während die Berge bombardiert werden und täglich Menschen sterben, ist die Freiheit der kurdischen Sprache nicht möglich.

Daher muss die Verleugnungs- und Assimilationspolitik aufgegeben werden. Die demokratischen Forderungen des kurdischen Volkes müssen akzeptiert werden. ♦

Wie wird die Kurdistan-Konferenz aussehen?

Sollen Kurden wieder gegeneinander ausgespielt werden?

Nuri Firat

Die politische Balance im Mittleren Osten wird gegenwärtig neu austariert. Die Türkei versucht sich im Gegensatz zu früher viel stärker in die Prozesse zu involvieren. Vor allem jedoch will sie die Beziehungen zu den USA und dem Irak vertiefen. In diesem Zusammenhang ist für sie die kurdische Frage eine der wichtigsten. Statt eine demokratische Lösung dafür zu entwerfen, ist sie bestrebt, die Entwicklung kurdischer Organisationen zu verhindern und die bestehenden zu neutralisieren. Dies steht auch im Mittelpunkt der mit den USA und dem Irak entwickelten Beziehungen, und diejenigen zu Iran und Syrien basieren ebenfalls darauf. Die Neukonstruktion der politischen Balancen wird nicht unabhängig von den Kurden stattfinden. Deren Haltung ist dabei ausschlaggebend, sie sind im Gegensatz zu früher zu wichtigen Akteuren geworden. Daher wird ihre Haltung zu neuen Taktiken in der Region auch die Balance beeinflussen.

An einem solchen Punkt besteht das Bedürfnis danach, gemeinsam zu handeln oder zumindest nicht – wie in den 90er Jahren häufig zu sehen – in Konfrontation zueinander zu stehen. Bekanntlich kämpften damals KDP und PUK, manchmal gemeinsam, manchmal separat, zusammen mit der Türkei gegen die PKK. Im Hinblick auf gemeinsame Interessen war es kein Gewinn, sondern eher ein großer Verlust, dass die Kurden nicht neben-, sondern gegeneinander standen. Die Vorfälle von damals haben Erfahrungen mit sich gebracht. Daher ist es nun wichtig, wie diese Erfahrungen heute genutzt werden können.

Ausgehend von diesen Erfahrungen ist nun ein wichtiges Thema auf die Tagesordnung gekommen: eine „kurdische Nationalkonferenz“. So wird sie von der PKK bezeichnet. Vonseiten der KDP und der PUK wird sie zurzeit „kurdischer Nationalkongress“ genannt. In den kommenden Tagen werden wir sehen, was für eine Wirkung dieser Namensunterschied auf die geplante gemeinsame Versammlung haben wird. Angesichts dieser Realität ist es wichtig zu unterstreichen, dass es dafür zwei Ansätze gibt.

Der erste sieht als Ziel für diese Konferenz oder diesen Kongress vor, einen gemeinschaftlichen Entscheidungsmechanismus für die gemeinsamen Interessen und Strategien auf kurdischer Seite zu entwickeln. Dies wird aber auch sowohl für die ganze Region als auch für die dort ansässigen Kräfte verbindlich wirken. Es ist zu erwähnen, dass ein Zusammentreffen auf der Grundlage eines solchen Zieles vor allem seitens der PKK Unterstützung finden wird. Der Vorsitzende Abdullah Öcalan machte darauf aufmerksam, dass dort auf fünf Grundlagen eine Diskussion geführt werden sollte: Krieg und Frieden, demokratische Einheit, demokratische Prinzipien, demokratische Kultur und demokratische Politik.

Die zweite Vorgehensweise wäre die Organisierung einer Konferenz auf einem niedrigeren Niveau. Die hätte dann aber keine strategische Zusammenarbeit zum Ziel. Sondern sie würde aufgrund eines existierenden Drucks der Regionalstaaten stattfinden und taktische Schritte zum Inhalt haben.

Es wäre nicht falsch zu behaupten, dass die Türkei und der Iran Interesse an eben solch einer Versammlung hätten. Der Grund dafür ist ganz klar: Kalkuliert wird hierbei, noch mehr kurdische Organisationen gegeneinander auszuspielen.

Es sieht jedoch so aus, als würde es eher folgendermaßen ablaufen: Unter der Federführung von KDP und PUK wird ein Kongress durchgeführt, an dem die Teilnahme der PKK und sogar der DTP nicht erwünscht ist und auf dem immer wieder die Bedeutungslosigkeit des Kampfes der PKK unterstrichen wird. Man kann sagen, dass der Iran und die Türkei eine solche Versammlung unterstützen, ja sogar darauf bestehen. Es ist bekannt, dass sie KDP und PUK diesbezüglich auch unter Druck setzen.

Wird denn eine Konferenz oder ein Kongress, wo die Kurden aufeinandergehetzt werden, eine Chance auf Erfolg haben? Definitiv nicht! Denn die PKK hat nicht nur im Norden Kurdistans (Türkei), sondern auch im Osten (Iran) und im Südwesten (Syrien) großen Einfluss. Außerdem stellt sie die Organisation dar, die in der kurdischen Bevölkerung vor allem in Europa, aber auch in allen anderen Teilen der Welt das größte Ansehen genießt.

Es ist unwahrscheinlich, dass die PJAK, die im Iran unter den Kurden den größten Einfluss besitzt, die PYD, gleichermaßen in Syrien am stärksten, und die DTP, mit derselben Position in der Türkei, an einer Versammlung teilnehmen, zu der die PKK nicht geladen ist. Denn sie sind alle der Meinung, die PKK sei eine kurdische nationale Bewe-

gung und solle daher also auch unbedingt an einer Versammlung teilnehmen, die die Kurden und deren Interessen direkt beeinflussen wird. Außerdem wissen wir, dass diese Parteien oft geäußert haben, dass sie an einem Plan, die Kurden aufeinanderzuhetzen, nicht teilnehmen werden. Wofür sie jedoch stehen, das ist die demokratische Lösung der kurdischen Frage. Daher ist es nicht möglich, dass die Organisationen, die den größten Teil der Kurden repräsentieren, den seitens des Irans und der Türkei angestrebten Plan unterstützen werden. KDP und PUK sind sich dessen natürlich bewusst. Sie sollten ihre Schritte dementsprechend lenken. Denn andernfalls ist ein Erfolg dieser Tagung äußerst unwahrscheinlich.

Es gibt aktuell eine Erklärung von KDP und PUK, in der sie die Gründung einer Vorbereitungskommission bekannt geben, bestehend aus diesen beiden Parteien. Somit wurde mit den Vorbereitungen für einen Kongress begonnen, doch ist noch unklar, welchen Inhalts. Aber wie oben schon erwähnt, entweder wird es eine Versammlung sein, die alle kurdischen Kreise umfasst, auf der Grundlage gemeinsamer Interessen Entscheidungen fällt und somit erfolgreich wird. Oder es wird eine Versammlung sein, die den Iran und die Türkei glücklich machen wird.

In den kommenden Tagen wird sich vieles herauskristallisieren.

Auch Gülen-Orden ist aufmerksam geworden

Parallel zu der Diskussion der Kurden in den letzten Monaten um eine nationale Einheit gibt es eine weitere bedeutsame Entwicklung: Der Fethullah-Gülen-Orden hat mit Vorbereitungen für eine Konferenz in Süd-Kurdistan begonnen. Sein Ziel ist es, die Bestrebungen der Kurden ins Leere laufen zu lassen, den Einfluss der PKK unter ihnen zu verringern und sie zur Unterstützung der AKP bei den Kommunalwahlen am 29. März zu veranlassen. Die Konferenz, die auch von KDP und PUK unterstützt wird, ist seitens der dem Gülen-Orden angehörenden *Abant-Plattform* [*Diskussionsforum, eine Art Think Tank, 1998 gegründet*] für den 15. und 16. Februar geplant.

Seit einiger Zeit steht die Durchführung einer „kurdischen nationalen Konferenz“ in Süd-Kurdistan auf der Tagesordnung. Allerdings keine Konferenz kurdischer Organisationen mit dem Ziel, die gemeinsamen Interessen zu schützen und gemeinsame Strategien zu entwickeln. Denn es hat sich herausgestellt, dass hinter diesen Vorbereitungen der Gülen-Orden steckt. Diese Konferenz firmiert nicht unter dem Label „Kurden“ oder „Kurdistan“, sondern als „Sicherheitskonferenz des Mittleren Ostens“. Sie wird von der *Abant-Plattform* mitorganisiert sowie von US-Vertretern in der Region mitgetragen. Örtliche Quellen in Süd-Kurdistan bestätigen das. Weitere Initiatoren der Konferenz sind Altan Tan, Haşim Haşimi, Mehmet Metiner, Ihsan Arslan, Abdurrahman Kurt und andere ähnliche Unterstützer des Gülen-Ordens und der AKP. Es wird betont, dass die Konferenz eher den US-Plänen im Mittleren Osten dient und nicht etwa der kurdischen nationalen Einheit.

Die Konferenz, mit direkter Unterstützung von KDP und PUK, wird in Hewler (Erbil) stattfinden. Ein weiterer bemerkenswerter Aspekt ist, dass in Süd-Kurdistan tätige und durch ihre Verbindung zu Gülen bekannte Firmen wie Gürsoy, Bayraktar und Nursoy sie unterstützen. Es heißt, die PKK solle dazu nicht eingeladen werden, stattdessen könnten interessierte Individuen aus der Türkei teilnehmen. Dies führt natürlich das Ziel vor Augen, den PKK-Einfluss unter den Kurden brechen und diese durch KDP und PUK dem Gülen-Orden und somit der AKP näherbringen zu wollen. Mit anderen Worten, als Antwort auf den kurdischen Plan, gemeinsame Interessen und Strategien zu entwickeln, ist diese Konferenz als ein über den Gülen-Orden lancierter Gegenschritt der Türkei zu bewerten.

Die *Abant-Plattform* wurde initiiert von der 1994 gegründeten „Stiftung der Journalisten und Schriftsteller“. Der Ehrenvorsitzende dieser Stiftung jedoch ist Fethullah Gülen, ihre Gründungsmitglieder sind Journalisten und Schriftsteller, die durch ihre enge Beziehung zu Gülen bekannt sind. Wie z. B. Abdullah Aymaz, Ahmet Taşgetiren, Ali Bulaç, Ekrem Dumanlı, Harun Tokak und Hüseyin Gülerce. Vergangenes Jahr begann die *Abant-Plattform*, sich mit der kurdischen Frage zu beschäftigen. Sie versuchte, die „Konferenz zur kurdischen Frage“ zu organisieren, die 2008 in Diyarbakır geplant war und an der Tayyip Erdoğan teilnehmen sollte. Jedoch stieß sie auf heftige Reaktion in der kurdischen Öffentlichkeit und wurde unter dem Vorwand von „Sicherheitsaspekten“ abgesagt. Allerdings wurde im Juli 2008 in Bolu-Abant die 17. *Abant-Plattform*, die erste Konferenz



15.-Februar-Protest in Kandil, Südkurdistan Foto: DIHA

„Kurdische Frage: Frieden und eine Zukunft gemeinsam suchen“, durchgeführt. Für September 2008 waren in der Diyarbakırer Dicle-Universität die Diskussion der Schlussresolution dieser Konferenz und die Bekanntmachung der Resultate geplant. Doch endete auch dieses Vorhaben so wie das vorige; es stieß auf rege Kritik und Proteste der Öffentlichkeit.

Der Vorschlag Talabanis

Neben den Vorbereitungen der Konferenz des Gülen-Ordens und der AKP steht auch der Vorschlag des irakischen Präsidenten Celal Talabani von Ende 2008 für eine solche Veranstaltung immer noch auf der Agenda. Talabani hat folgende Punkte in den Vordergrund gestellt: Ein Waffenstillstand soll eingeleitet werden, die DTP als Ansprechpartnerin Akzeptanz finden, eine Kurdistan-Konferenz stattfinden …

Es hatte den Anschein, als habe Ankara überhaupt nicht hart darauf reagiert. Tayyip Erdoğan und Abdullah Gül drückten mit ihrer Haltung aus: „Jeder soll das tun, was er machen kann, was er dazu beitragen kann. Die Zeit wird zeigen, was passiert.“ Gül ging sogar noch weiter und antwortete auf eine Frage zur Kurdistan-Konferenz: „Schöne Worte sind das. Jeder versucht etwas zu tun. Wichtig ist, das Resultat zu sehen.“ Auch auf seinen geplanten, aber bis zu diesem Zeitpunkt öfter abgesagten Hewler-Besuch ging er ein: „In den kommenden Wochen werde ich diesen Besuch machen.“ Hinter den Kulissen hieß es jedoch, in letzter Zeit gebe es einen ernsthaften diplomatischen Verkehr Ankara-Bagdad-Hewler. Selbstverständlich ist Washington hierbei nicht ganz ohne Einfluss, tritt jedoch nicht so stark in den Vordergrund wie früher. Neben den offiziellen Besuchen finden zwischen den Treffen selbstverständlich geheime Gespräche statt.

Ankara hat immer noch nicht verkraften können, dass die Kurden innerhalb eines föderalen Iraks umfassende Rechte bekommen haben. Auch im Hinblick auf Kerkuk und dessen Zukunft hegt es große Befürchtungen. Vor allem jedoch verfügt es über keine Perspektive zur Lösung der kurdischen Frage. Daher sieht die gegenwärtige Taktik so aus, dass es Zeit gewinnen will und versucht, die irakischen Kurden auf seine Seite zu ziehen.

Es heißt also, dass die Zurückhaltung Ankaras bei der Idee Talabanis einer Kurdistan-Konferenz eben auch mit diesen Aspekten zu tun habe. Was Ankara allerdings nachdenklich macht: Wird man die DTP, die im Parlament übergangen wird, auf der Konferenz treffen und beachten müssen? Was sind die politischen Folgen, wenn die DTP, ja sogar die PKK an solcher Konferenz teilnimmt?

ZAP und die Konferenzpläne

Die ersten Tage 2008:

Die Türkei wird aufgerüttelt von Diskussionen über eine grenzüberschreitende militärische Operation und Luftoffensive mit dem Ziel, die PKK zu eliminieren. In Süd-Kurdistan jedoch wird seit Längerem über eine Konferenz diskutiert, was auch schon ein breites Spektrum erreicht hat. Es sieht so aus, als würden die Diskussionen und Vorbereitungen für die Konferenz von einer Gruppe Intellektueller aus dem Süden angeführt.

Sofort fangen die Gespräche an mit dem irakischen Präsidenten Celal Talabani, dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten der föderalen kurdischen Region, Mesut und Necirwan Barzani. Ziel ist eine Konferenz, auf der auch die Kurdistan-Frage thematisiert, die aber nicht „Kurdistan-Konferenz“ genannt werden soll. Offiziell soll sie unter dem Titel „Frieden des Mittleren Ostens und sein Einfluss auf die Kurden“ stattfinden.

Vertreter aller kurdischen Organisationen außer PKK, PJAK und PYD sollen eingeladen werden. Die Organisatoren sprechen davon, dass die USA hinter der Konferenz steckten. Die kurdischen „Führer“ willigen ein. Ministerpräsident Necirwan Barzani erklärt sich sogar bereit, die Unkosten zu übernehmen.

Auch Ankara weiß von der Konferenz. Durch ihre Nähe zur AKP bekannte Kreise erklären direkt ihre Teilnahme und bieten diplomatische Unterstützung an. Ankara versendet die Botschaft, dass es die PKK am Tisch nicht akzeptieren werde, dass jedoch kein Hindernis für die Teilnahme einiger Persönlichkeiten der DTP bestehen würde. Allerdings mit Bedingung: „Auf der Konferenz soll die PKK aufgefordert werden, die Waffen niederzulegen, und sie soll isoliert werden. Alle Kurden sollen als Resultat dieser Konferenz die Botschaft erhalten, dass die Zeit der bewaffneten Kriege vorüber ist.“

Die DTP gibt über diplomatische Kanäle den Organisatoren bekannt, dass sie an einer Konferenz über Kurden, zu der nicht alle kurdischen Parteien eingeladen sind, nicht teilnehmen werde. Noch wichtiger, nicht bei einem Projekt, das die Kurden auf politischer Arena spaltet.

Trotzdem, die Vorbereitungen werden durchgeführt und das Datum für die Konferenz wird auf September/Oktober 2008 angesetzt. Doch genau zu der Zeit, am 21. Februar 2008, startet die Türkei mit ihrer grenzüberschreitenden Bodenoffensive in das Zap-Gebiet – und zieht sich nach kurzer Zeit aufgrund der Niederlage zurück.

Somit verliert der Entwurf einer militärischen Ausschaltung der PKK, um sie dann als marginalisierte Figur zu benutzen, seine fundamentale Säule. Ja, es entsteht sogar eine gegenteilige Situation. Weder hat die PKK einen Schlag bekommen und an militärischer Macht verloren noch hat sich ihr Einfluss verringert. Stattdessen erhöht sich ihr politisches Gewicht in der Region.

Daher bricht die Konferenz, die ja als ein Teil des großen Plans gedacht war, zusammen und wird abgesagt.

Dies illustriert, welchen politischen Kalkulationen die gedachten Kurdistan-Konferenzen Rechnung zu tragen haben. Dies zeigt auch, dass die Kurden zu Recht besorgt an diese Ideen herantreten. ♦

Reflexionen über die Resultate der 5. Internationalen EUTCC-Konferenz

Noch mehr Teilnehmer aus aller Welt …

Hans Branscheidt, European Turkey Civic Commission – Brüssel

„Die Zeiten ändern sich!“ – Das war Ausdruck und Forderung zugleich der diesjährigen 5. EUTCC-Konferenz vom 28. bis zum 31. Januar in Brüssel.

Ein Zeichen von konstruktiver Ungeduld: Im für die kurdische Sache bedeutsamen Jahr 2009 erwarteten die Teilnehmer der inzwischen im EU-Parlament fest etablierten Konferenz qualitativ bedeutsame und historisch nachhaltige Lösungsschritte der türkischen Regierung und der Europäischen Union.

Die Zeit der bloßen Proteste ist vorbei. Es geht nicht mehr nur um das Verweisen auf menschenrechtliche Fehlhandlungen und um den Hinweis auf die Einhaltung der sogenannten „Kopenhagener Kriterien“, sondern jetzt um das, was man angelsächsisch „methods, ways & means“ nennt.

Es geht nun um konkrete und ausbuchstabierte technisch-politische Verfahren zur planvollen Lösung des Streits zwischen den Kurdinnen und Kurden und der offiziellen Türkei.

Weder türkische Bomben auf Kandil noch TRT 6-Sender, weder Peitsche noch Zuckerbrote kosmetischer Art befriedigen den legitimen Erwartungshorizont kurdischer Menschen: Die Bomben stiften patriotischen Zusammenschluß – und selbst das Kosmetikprojekt dieses Senders führt nur dazu, daß mehr Menschen kurdisch lernen und sprechen.

Wenn die Verursacher dieses schon in der Vergangenheit erprobten und ausdrücklich gescheiterten Weges bis – wie man hört – „2011 das PKK-Problem“ gelöst haben wollen, müssen sie sich wohl etwas Neues und ganz anderes einfallen lassen.

„2011“ wird als Datum für den vollständigen Abzug der US-Truppen aus dem Irak gehandelt. Um ein regionales sicherheitspolitisches Vakuum zu verhindern, soll dann Kurdistan fast ganz unter türkische Schirmherrschaft gestellt werden. Die Türkei soll dann, im Sinne der Europäer wie der Amerikaner, zwar nicht Territorien besetzen, wohl aber als eine Art Schutzmacht für Südkurdistan agieren. Was nicht nur ein unbedingtes Arrangement mit den vorher unter Druck zu setzenden südkurdischen Parteien bedeutet, sondern auch eine „Beruhigung“ und Pazifizierung der Situation Kurdistans in der Türkei.

Cengiz Çandar, der mir das bei einem Zigarillo in der Konferenzpause erläutert, ist ein einflußreicher Kolumnist (früher: *Turkish Daily News*) in der Türkei – und wohlinformiert.

Er sagt: „Man muß wissen, daß aktuell hinter den Kulissen heftig erwogen und verhandelt wird. Alles ist möglich. Es ist nicht so, daß man sich in den Forderungen nicht einig werden könnte, welche die Kurden haben: es geht immer nur um Gesichtsverlust: die einen wollen ihren ganz großen Sieg, die andern wollen keine Niederlage erleben.“

Als Redner auf der Konferenz – den wenig später das Fahrzeug der offiziellen türkischen EU-Delegation von dort abholt (fast eine kleine Anerkennung!) – votiert Candar für „eine neue Verfassung, die Pluralität“ betont. „Ohne ethnische“ Nennung – so will er die Kurden nicht beim Namen genannt wissen, plädiert aber zugleich für die „umfassende Einführung der kurdischen Sprache“.

Im persönlichen Gespräch sagt er: „Wir wollen ehrlich und realistisch sein, unser Land ist erschüttert – der Ergenekon-Komplex, die Selbstanzeigen zu dem Armenier-Ereignis, der TRT 6-Sender. Erdoğan sprach kurdisch, also werden die Kurden sprechen. Kurdisch ist unschuldig geworden.“

Nicht ganz und nicht alle: Leyla Zana spricht auf der Konferenz über die ihr schon wieder drohende Haftstrafe, und in einer klugen und wie persönlich hochüberzeugenden Rede erklärt sie:

„Jegliche Demokratisierung kann nicht von der Kurdischen Frage separiert werden – und umgekehrt. Es genügt da allerdings kein TRT 6 und ein knapper Welcome-Gruß von Herrn Erdoğan. Die Sache der Kurden muß nun endlich einen festen Rahmen erhalten, ein definiertes und formalisiertes Projekt (der Türkei und der EU) werden, das auf eine realistische Art und Weise ein konkretes Ziel ansteuert. (….) Was auch bedeutet: allen Mitgliedern der Guerilla die ungehinderte Rückkehr in ein ganz normales Leben zu ermöglichen, nicht ohne auch die Situation von Abdullah Öcalan einer Prüfung zu unterziehen. Und schließlich steht am Anfang wie Ende dieses Prozesses die Arbeit an einer neuen Verfassung der Türkei.“

In sehr präzisen und inhaltlich dichten Sätzen faßte Adem Uzun (KNK) die Erwartungen der Konferenz und der Kurden zusammen:

„Wir sind nun in einem Stadium, wo die Kräfte der Demokraten und die internationale Aufmerksamkeit von der Türkei endlich und abschließend die Vorlage eines kohärenten Lösungsplans fordern. (…) Die Periode der halbherzigen Schritte, der gefälschten Reformen, die nicht der Sache, sondern der Propaganda dienten, ist vorüber und durchschaut. (….) Um so erstaunlicher, daß die Türkei sich auf weitere grenzüberschreitende Militäraktionen präpariert, also neues Blut vergießen will. Dass sie in Südkurdistan daran arbeitet, Kurden gegen Kurden in Stellung zu bringen. (…) Dies alles geschieht unter dem Schirm der Legende des 'Kriegs gegen den Terror'. Damit sollen ausgerechnet jene gemeint sein, die wie die PKK einen Waffenstillstand nach dem anderen offeriert haben. Seit 1998 galt dieser unilateral. Es herrschte auch lange Zeit Ruhe. Statt diese Zeit zu nutzen, wurden keinerlei Schritte unternommen in Richtung auf stabilen Frieden und eine Lösung."

Adem Uzun formulierte abschließend „drei alternative Wahlmöglichkeiten für den Mittleren Osten":

Denkbar sei hier die Fortsetzung der Herrschaft der alten etablierten Regimes. Woran zu zweifeln sei, da sowohl die internationalen Kräfte als auch die wach werdenden Bevölkerungen auf Veränderung bestünden.

Die zweite Alternative seien teildemokratische Staatsformen mit begrenzter demokratischer Legitimität, die besonders auch den treibenden Kräften der Globalisierung willkommen seien.

„Unsere (dritte) Alternative lautet aber anders: Wir favorisieren demokratisch-ökologische Gesellschaften für den Mittleren Osten, worin enthalten ist die Freiheit der Geschlechter und eine neue Moral, die nicht zentriert ist auf und gebunden an das nationalistische Staatswesen, sondern an die tatsächlich existierenden Pluralität in Vielvölker-Situationen. Das ist der Weg in Richtung Demokratie!"

Wie notwendig und einzig vernünftig und einzig menschlich solche Projektionen sind, das ergab sich aus einem beeindruckenden sozialstatistischen mit power point demonstrierten Bericht von Osman Baydemir, dem Bürgermeister der Stadt Diyarbakır. Eine Anatomie der systemischen Verarmung und Depravierung der Kurdinnen und Kurden; mit potentiell steigender Tendenz – wenn nicht endlich etwas im Zeichen eines internationalen Entwicklungsplans für Nord-Kurdistan geschieht.

Zu den beeindruckenderen Beiträgen der 5. EUTCC-Konferenz gehörte der konzise Rapport von Sara Aktaş zur Realexistenz der Frauen in Kurdistan und der Türkei und ihren widerstandsreichen Bemühungen.

War diese 5. EUTCC-Konferenz (wieder) ein Erfolg?

Sie war und ist eines der wenigen diplomatisch-lobbyistisch anerkannten und auf dem EU-Parkett etablierten Instrumente kurdischer Diplomatie. Wenig andere oder vergleichbare Werkzeuge dieser Art sind geläufig.

Gerade ihre jährliche Kontinuität macht sie zu einem international beachteten Ereignis. Die diesjährige 5. Konferenz war von mehr Teilnehmern aus aller Welt besucht als je zuvor – die in dem riesigen Sitzungssaal teilweise keinen Platz mehr fanden.

Die inoffizielle Anwesenheit offizieller Vertreter der AKP, die Teilnahme von Mitgliedern des Europarats, der EU Commission und des Parlaments spricht dafür, daß die EUTCC-Anregungen und Projektionen auch Beachtung finden.

Das benötigt auch Zeit.

Blitzschnell ging aber etwas anderes vonstatten, ein sicherlich großartiger Erfolg des 5. EUTCC meetings:

Nur einen Tag, nachdem Leyla Zana den Teilnehmern die ihr drohende Gefahr einer erneuten Inhaftierung vorgetragen hatte, konnte Francis Wurtz (MdEP) nach einem Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden des EU-Parlaments verkünden: „Das gesamte Parlament wird Leyla Zana unterstützen. Eine offizielle Delegation des EU-Parlaments wird am 31. März in Ankara an der Verhandlungseröffnung gegen sie teilnehmen. An die Regierung der Türkei ergeht vorweg ein förmlicher Brief des Präsidenten des EU-Parlaments, der eine mögliche Verurteilung Zanas zu einem schwerwiegenden Thema der weiteren Beitrittsverhandlungen machen will. Auch die Regierung der Niederlande wird eine eigene Delegation nach Ankara entsenden."

Erfolgreicher und schneller kann man kaum sein.

Die EU steht hinter Leyla Zana.
Leyla Zana ist Kurdin.
Wann steht die EU hinter den Kurden?

Hans Branscheidt / EUTCC

PS: Die kompletten Reden der Konferenz können abgerufen werden unter http://www.kurdish-info.net/ oder per mail angefordert werden via mesop@online.de

Die 5. EUTCC-Konferenz in Brüssel

Die EU, die Türkei und die Kurden

Adem Uzun, Mitglied des Exekutivkomitees des KNK

(…) Die EU hat vor zwei Monaten einen Bericht über den aktuellen Zustand der Türkei veröffentlicht, worin einige Kritikpunkte aufgeführt sind, auf deren Quelle nicht eingegangen wird, d. h. es wird nicht erwähnt, dass die Ursachen für die Nicht-Demokratisierung der Türkei in der Übermacht des Militärs über die Politik und der Außerachtlassung der Menschenrechte und Freiheiten in der kurdischen Frage liegen. Ein weiterer Bericht wurde von der Europäischen Union veröffentlicht. Auch darin wird mit der gleichen Logik aufgelistet, wie die Kurden eliminiert werden können. Berichte dieser Art können endlos aufgelistet werden. Worauf wir hinweisen möchten, ist, dass die EU sich der kurdischen Frage mit Vorurteilen nähert, sie sogar nach den Erwartungen der türkischen Behörden analysiert. Um näher darauf einzugehen, sei Folgendes erwähnt: Um die Kurden als die „Bösen" zu präsentieren, greift die EU in ihren Berichten auf Quellen der türkischen Regierung zurück. Da die EU und die türkischen Behörden keine Konzepte bieten können, sind ihre Berichte eben deshalb mit Widersprüchen behaftet. Die Berichte der EU legitimieren auf diese Weise Gewalt, was so weit geht, dass die Luft- und Bodenangriffe in Süd-Kurdistan bzw. Nord-Irak seitens des türkischen Militärs als berechtigt angesehen werden. In diesen Berichten werden die Kurden regelrecht außergerichtlich verurteilt. Es wird kein einziger Beweis für die vielen Anschuldigungen gegen die Kurden vorgelegt, sie werden einfach mal so auf die „Terror-Liste" gesetzt.

Die Berichte zeigen auch, dass die europäischen Staaten sich im Rahmen der Politik der USA und der Türkei bewegen. Diese Berichte setzen die Kurden in vielerlei Hinsicht unter Druck, es wird ihnen sogar – und das nicht auf sehr demokratische Weise – mitgeteilt, wen sie sich als politische Führungskraft aussuchen sollen.

Dabei würde eine objektivere Annäherung nicht nur für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage bedeutend sein, sondern auch wegweisend in der Stabilisierung der Region. Wir denken, dass es an der Zeit ist zu erkennen, dass die Kurden, die aufgeteilt auf vier Staaten im Mittleren Osten leben, den Schlüssel für die Demokratie bieten. Die Realität für wenige wirtschaftliche, militärische, diplomatische und politische Vorteile zu verdrehen, wird noch mehr Instabilität, noch mehr Konflikte und vor allem noch mehr Menschenrechtsverletzungen mit sich bringen. Auch die EU-Kommission, die in diesem Juni ihr Amt abtreten wird, hat in ihrer Praxis genau diese Strategie verfolgt. Wir hoffen, dass die danach gewählte Kommission diese Fehler nicht wiederholen wird.

Es gibt dieser Tage viele Diskussionen darüber, eine Lösung zu finden, Berichte werden veröffentlicht, wie die Lösung auszusehen hat.

Wir denken, dass eine dauerhafte Lösung möglich ist. Ich werde versuchen, die Sichtweise der Kurden wiederzugeben unter Berücksichtigung der Auswirkungen dieser Lösung, die diese auf die Sicherheit und den Frieden in der Region und in der Welt ausüben würde. Eine genaue Betrachtung wird zeigen, dass die Lösung der kurdischen Frage nicht nur der Türkei, sondern auch der Region bei ihrer Demokratisierung helfen wird. In der gegenteiligen Situation wird die Instabilität bleibend sein. Gelegenheiten von historischem Wert für eine Lösung liegen daher vor uns genauso wie die Gefahr neuer Massaker und Kriege. Es macht also Sinn, die kurdische Perspektive für eine Lösung näher zu betrachten.

Drei Möglichkeiten für den Mittleren Osten

Da die Situation im Mittleren Osten mit der kurdischen Frage eng verflochten ist, werden wir zunächst einmal auf diese Region eingehen. Es ist offensichtlich, dass sich drei Hauptalternativen für die Völker im Mittleren Osten im Übergang in die demokratische Zivilisation bieten.

Erstens: Der Status quo wird fortbestehen. Es ist die Ordnung, die profitierend von dem Balancesystem des 20. Jahrhunderts ihre Existenz behauptet. Sowohl die vorherrschende Kraft des Systems als auch das Erwachen und die Unruhe der Völker erschweren es, den Status quo zu erhalten. Er bietet lediglich Ausweglosigkeit als Lebensweise, schwere Zeiten werden mit lediglich neuen Fassaden überbrückt, und es wird versucht, seine Lebensdauer teils sogar durch Provokationen zu verlängern. Dieser Status quo wird als Alternative immer mehr ausgeschlossen.

Zweitens: Die zweite Alternative stellt die gemischte demokratische Ordnung dar, deren pragmatische Seite überwiegt. Die Gegenwart hebt die gegenseitige Abhängigkeit hervor. Der dritte große

Globalisierungsschwung beschleunigt diese Phase. Weiterhin überlässt die internationale Phase ihren Platz den Unternehmen. Der nationale Staat verwandelt sich in einen Unternehmerstaat, das nationale Vermögen überlässt seinen Platz dem Vermögen der Unternehmen. Auf der anderen Seite jedoch ist ein Erblühen der regionalen Kulturen zu beobachten. Das Regionale gewinnt immer mehr an Wertschätzung. Zusammengefasst bedeutet das, dass dieses Zeitalter von dem Konflikt Globalisierung vs. Regionalisierung gekennzeichnet ist. Dieser weltweit wachsende Konflikt spiegelt sich im Mittleren Osten wider. Die Notwendigkeit, die ältesten Säulen des Status quo zu überwinden, macht diese Alternative aktueller als je zuvor.

Drittens: Unsere dritte Alternative ist zukunftsorientiert. Sie setzt weniger den Staat, mehr das Volk ins Zentrum. In dieser Gesellschaft hat die Ethik Priorität, sie ist demokratisch, gleichberechtigt und ökologisch. Wenn die Völker und verschiedene freie Gesellschaften es schaffen, die Demokratie untereinander zu entwickeln, die gesellschaftliche Freiheit der Geschlechter zu gewährleisten und die Bedürfnisse der ökologischen Gesellschaft zu decken, wird uns dieser Prozess jeden Tag der Demokratie etwas näher bringen. Die Völker im Mittleren Osten haben lange Jahre in einer kommunalen ethnischen Gesellschaftsordnung gelebt, die der Gleichberechtigung nahekam. Wenn dieser Zustand mit den wissenschaftlichen und technologischen Möglichkeiten von heute vereint wird, ist ein gesellschaftliches Leben in einem noch fortgeschritteneren demokratischen und ökologischen System möglich. Das wiederum wird als edelster Wert Bedeutung finden.



15.-Februar-Protest in Mersin: Das Gefängnis Imralı schließen Foto: DIHA

Drei Wege und Tendenzen für die Türkei

Wenn wir nun aus der Perspektive der o. g. Alternativen den Zustand der Türkei betrachten, zeigen sich uns drei Wege und Tendenzen auf; diese werden in einer Reform- und Wandlungsphase, die auf der Lösung der kurdischen Frage basiert, den Kampf zwischen den verschiedenen Fronten und deren Beziehungen und Widersprüchen untereinander nachhaltig bestimmen. Welcher Weg und welche Tendenz überwiegen und von Dauer sein werden, entscheidet sich im geistigen, ethischen und politischen Kampf (Bildung, Organisierung und Aktion) zwischen den Fronten.

Der erste Weg bzw. die erste Tendenz wurde in der nahen Vergangenheit praktiziert und hat stets noch starke Auswirkungen. Sie basiert auf Paradigmen und Praktiken des Antirevisionismus, der Verschlossenheit, des Separatismus und des Gewalt erzeugenden Nationalismus. Diese Neigung der türkischen Seite ist mit einem rassistischen Nationalismus behaftet. Sie ist streng etatistisch, unterscheidet in der Gesellschaft nicht zwischen links und rechts und ist stark fundamentalistisch. Staat und Nation sind besessen von der schizophrenen Haltung, die letzte türkische Festung stünde vor dem Sturz, Religion und Glaube wären in Gefahr. Selbst die Gesellschaft hat eine paranoide Wahrnehmung angenommen. Sie verlässt die Regeln des Islam nicht, denn sie glaubt, dadurch die Situation zum Positiven wenden zu können. Nicht nur in den offiziellen staatlichen Einrichtungen ist es zu einer weitverbreiteten Einstellung geworden, Mustafa Kemal lediglich im Wort zu führen und nicht in seinem Sinne zu handeln. Die Auswirkung dieser Einstellung auf die kurdische Politik bedeutet Leugnung, Ausgrenzung und Erstickung jeglicher Auflehnung im Keim.

Die zweite Tendenz hat sich aus der ersten herauskristallisiert. Sie kann auch als ein schwacher liberaler bürgerlicher Weg angesehen werden. Ihr Anfang reicht zurück auf den Globalisierungsschwung nach 1980. Die von Turgut Özal geführte ANAP war die erste Erfahrung dieser Neigung. Sie setzt es sich zum Ziel, in den Strom der Globalisierung mit einzufließen, und stellt sich nicht gegen die Oligarchie. Sie ist nicht gänzlich empfänglich für die Demokratie, sondern nutzt die Demokratie als Mittel für ihre eigenen Zwecke. Ihr Konflikt mit der vorherigen Tendenz rührt her aus dem Kampf um die Vor-

herrschaft. Die AKP bewegt sich in Richtung dieser zweiten Tendenz. Gerade ihre verschleierte Annäherung an die kurdische Frage wird bald klarer werden. Die AKP wird ihren Kampf nicht mehr lange heimlich fortsetzen können, ein friedliches Projekt in ihrer Kurden-Politik hat sie nicht. So sehr sie im Einklang mit dem Westen zu sein scheint, sie hat nicht die Kraft, selbständig eine Politik zu entwickeln und diese umzusetzen. Sie hat all ihre Hoffnung auf die äußeren Kräfte gesetzt, dass diese einen Kampf gegen die PKK aufnehmen. Es schimmert immer mehr durch, dass Entwicklungen auf halbheimlichen und verdeckten Wegen zu erreichen versucht werden.

Der dritte Weg bzw. die dritte Tendenz richtet den Blick auf die demokratische Zivilgesellschaft, auf das Bestreben der Völker nach Freiheit und Gleichberechtigung. Dieser Weg kann ein gemeinsamer Nenner für alle Kulturen werden, wenn das nationalistisch-rassistische Verständnis von „Nation" zerstört wird. Nicht die sich auf die Rasse stützende Auffassung von Nation ist gültig, sondern die auf dem Land basierende.

Auf der ganzen Welt ist es eine zeitgenössische und gängige Praxis, dass alle Sprachen in Bildung und Anwendung uneingeschränkt zum Einsatz kommen. Der Reformation eines Staates liegt Loslösung des Staates als ideologische Institution und gleichzeitige Umwandlung in ein technisches Instrument zugrunde. Dass kulturelle Reichtümer durch internationale Verträge geschützt werden müssen, dass diese Kulturen frei ausgelebt werden können, eine Ethnie nicht hervorsticht und Religion und Konfession nicht zum Trennungskriterium werden, sind weitere anzustrebende Punkte.

In der Verfassung darf nicht „homogene Gleichberechtigung, Armut durch Gleichartigkeit" stehen, das muss ersetzt werden durch „Gleichberechtigung bei Verschiedenartigkeit, Reichtum durch Heterogenität". Es müssen sichere Maßnahmen getroffen werden, welche die Frauen davor schützen, als Eigentum angesehen zu werden. Die Gesellschaft muss sich den Gedanken aneignen, dass sie nur frei sein kann, wenn sie sich zum Ziel setzt, eine ökologische Gesellschaft zu schaffen.

Die Liste dieser Überschriften kann noch verlängert werden. Die Erlangung dieser Ziele hängt von der Lösung der kurdischen Frage ab. Die Anwendung dieser Tendenz auf die kurdische Frage wird die Basis einer friedlichen und demokratischen Lösung liefern.

Zwei Lösungsalternativen für die kurdische Frage

Ich habe bereits die Bedeutung und Auswirkungen einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage auf den Mittleren Osten und die Türkei beschrieben. Daher ist eine objektive Betrachtung der kurdischen Realität wichtiger als je zuvor. Niemand kann leugnen, dass die Kurden in der Gegenwart nicht mehr so beherrscht und regiert werden können wie in der Vergangenheit. Aus diesem Grund herrscht in der Region eine große Unruhe. Keine der vorherrschenden Regierungen ist sich ihrer sicher und niemand weiß, was die Zukunft mit sich bringt. Innere und äußere Einflüsse werden die Lösung der kurdischen Frage beschleunigen. Wie die Lösung aussehen wird, werden die Beschaffenheit und das Tempo der einwirkenden Kräfte bestimmen. Ob diese Phase in einem Zusammenstoß zweier Nationen enden wird oder in einem demokratischen Übereinkommen, steht als brennende Frage auf der Tagesordnung. Zum ersten Mal beeinflusst die Beziehung der Kurden zu den benachbarten Völkern die regionalen Strategien, d. h. dass die Kontakte der Kurden mit den Arabern, den Iranern oder den Türken erstmals genau überdacht werden müssen.

Aktuell kann von zwei Entwicklungen in Richtung auf eine demokratische Lösung gesprochen werden. Die erste Lösung läuft parallel zur Demokratisierung der Türkei. Hierfür ist die Reformation des Staates notwendig. Es muss davon abgesehen werden, die Demokratisierungsbestrebungen der Kurden durch öffentliche oder nichtöffentliche Methoden zu behindern; Gesetze, die ein Hindernis darstellen, müssen aufgehoben werden. Die Verfassung muss noch gegliedert werden. Die Zusammenkunft des türkischen und kurdischen Volkes auf einer gemeinsamen demokratischen Plattform bedarf neuer Regelungen. Beide Fronten des Problems müssen an der Lösung teilnehmen können. Hierbei ist die Rolle der kurdischen Führungspersönlichkeit Herr Abdullah Öcalan von großer Bedeutung, es muss der Dialog mit ihm aufgenommen werden. Weiterhin müssen der bewaffnete Konflikt beendet und für einen bleibenden Frieden ein gegenseitiger Waffenstillstand ausgerufen werden.

Der zweite Weg einer demokratischen Lösung liegt in der Errichtung der eigenen Demokratie innerhalb der Kurden. Wenn der erste Weg versperrt wird, bleibt nur noch der Weg der Entwicklung der eigenen Regeln und Institutionen einer Demokratisierung. Selbst wenn die Kurden ihre eigenen Kandidaten aufstellen und wählen, so haben die letzten Wahlen gezeigt, dass durch antidemokratische Gesetze und Behinderungen seitens des Staates die Umsetzung der Ergebnisse der Wahlen unmöglich gemacht werden. Wenn in Zukunft die Behinderungen zunehmen, werden gleichzeitig die Bemühungen und Erfahrungen der eigenen Demokratisierung zunehmen.

Alle Wege außer diesen beiden beruhen auf Unterdrückung und Verleugnung und dem sich dagegen auflehnenden Widerstand, was Krieg bedeutet. Die Geschichte liefert uns reichliche Beispiele zu diesem Thema. In der Türkei mehren sich täglich die Stimmen für eine Demokratisierung und eine demokratische Lösung. Auf der politischen Tagesordnung stehen sie jedoch noch nicht. Alle europäischen, sogar viele asiatische, afrikanische und auch amerikanische Staaten sind dem demokratischen Modell als Lösung für viele gesellschaftliche und kulturelle Konflikte gefolgt. Der Lauf der Welt ist stets so gewesen. Für alle Staaten, die sich mit der kurdischen Frage befassen, allen voran die Türkei, ist es längst überfällig, sich gemäß diesem Lauf der Geschichte zu verhalten. ♦

Die 5. EUTCC-Konferenz in Brüssel

Ich möchte endlich lachende Augen sehen ...

Leyla Zana, 28. Januar 2009

Liebe Freunde, liebe Teilnehmer,

ich begrüße Euch alle ganz herzlich. Ich möchte auch an Herrn Harold Pinter erinnern, der immer ein Freund der Kurden war und auch eine wichtige Rolle in der Durchführung dieser Konferenzen übernommen hatte.

Es fällt mir natürlich sehr schwer, über das Thema der diesjährigen Konferenz „Wahre Veränderung“ zu sprechen. Der Grund hierfür ist, dass ich die historische Verantwortung trage, gerecht und objektiv zu bleiben.

Genauso wie sich das Gleichgewicht der Natur ändert, verändert sich auch das Leben, gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich. Die Auseinandersetzungen zwischen dem Statischen und dem Dynamischen müssen wir unabhängig von der ethnischen und der geographischen Herkunft betrachten. Denn solche Zeiten der Veränderung wurden fast überall auf der Welt als solche erlebt. Der Widerstand des Status quo, sich nicht ändern zu wollen, war auch in der Geschichte immer sehr schmerzhaft.

Nun, die Zeit der Veränderungen geht weiter. Diese Veränderungsphasen innerhalb der Gesellschaft sind es, die mir Hoffnung machen und mich von Zeit zu Zeit auch sehr begeistern. Die Gesellschaft an sich ist dynamisch. Die kurdische und türkische Gesellschaft ist in einer schnellen Veränderung begriffen. Sie verändert nicht nur sich selbst, gleichzeitig verändert sie auch andere. Trotz der ganzen Anstrengungen seitens des militärischen und politischen Status quo, eine Veränderung zu verhindern, verändert die dynamische Kraft die Gesetze. Und die Gesetze setzen die Gesellschaft unter Druck. Hier begegnen wir am heftigsten dem Widerstand der Justiz. Solange die Verfassung die der Putschisten ist, wird es solche Strapazen auch weiterhin geben. Obwohl doch Gesellschaften, die die Veränderung als solche als wesentliche Entwicklungsgrundlage betrachten, Gefüge darstellen, bei denen die Justizgewalt sehr elastisch und flexibel ist. In den Fällen, in denen sich die Gesetzgebung nach den gesellschaftlichen Dynamiken richtet und die Justiz mit ihrer freien und unabhängigen Interpretation Teil der Phase wird, würden die Übergangsphasen schmerzfreier überwunden werden. Deswegen hatten die Kurden erwartet, dass die EU ihrer Rolle als Richterin während der Verhandlungen zwischen der Türkei und der EU gerecht wird. Leider ist die Mehrheit nicht der Meinung, dass die EU ihrer Rolle gerecht geworden ist. Die veränderten Gesetze werden praktisch nicht umgesetzt. Somit bleibt die Türkei dann sitzen. Gesetze können nur parallel mit Gerechtigkeit und Freiheit sinnvoll wirken. Andernfalls würde es eine Administration geben, bei der die Gesetze nur aussehen, als wären sie Gesetze. Die Gesetze sind für eine Veränderung, weil sie für Menschen gemacht worden sind. Und die Menschen ändern sich.



Leyla Zana — Foto: DIHA

Die Veränderungsfaktoren in der Türkei zeigen sich öfter wie erwartet. Manchmal jedoch treten sie auf und überraschen einen regelrecht. Aber wenn sich das Tempo der Veränderung verringert, dann entsteht Pessimismus. Wird der Widerstand verstärkt, tauchen falsche Annahmen auf, dass die Veränderung ihre Richtung gewechselt habe. Die Bedingungen, Empfindlichkeiten und die territorialen Eigenschaften sind es, die die Natur der Veränderung beeinflussen.

Wird von dieser Warte aus betrachtet, so wird klar, dass die Veränderungen in der Türkei widersprüchlich fortdauern. Sehr deutlich ist zu erkennen, dass bezüglich der Türkei-EU-Beziehungen große Konfusion herrscht. Aufgrund dessen sind in den letzten fünf Jahren vier unterschiedliche Mentalitäten entstanden.

Die erste: „Die Europäische Union ist sowieso auf die Türkei angewiesen. Wir aber nicht auf sie. Folglich sind keine Entwicklungen und keine Reformen nötig. Die EU muss uns, so wie wir sind, akzeptieren."

Die zweite: „Auch wenn wir Änderungen vornehmen, die einer Revolution gleichkommen, die EU wird uns nie aufnehmen. Deshalb sollten wir als Alternative das ‚Eurasien'-Projekt entwickeln. Wir sollten uns diesem zuwenden." Unter denen, die so denken, sind sowohl Rechts- und Linksorientierte als auch Kurden und Türken sowie Personen aus unterschiedlichen ethnischen Gruppen vertreten.

Die dritte: „Von Zeit zu Zeit wird behauptet, dass auch Herr Ministerpräsident Erdoğan das ‚Projekt des Großen Mittleren Ostens` unterstützt. Um die Umsetzung des Projektes zu erreichen, soll er sich den USA zugewandt haben. Nachdem jedoch die Regierung der USA wechselte, wandte er sich plötzlich wieder der EU zu." Herrn Ministerpräsident Erdoğan möchte ich an dieser Stelle jedoch raten, sich ab jetzt meisterhaft der Phase anzunähern. Denn besonders damit aus diesem Konflikt ein Friedenszustand entstehen kann, ist das sichtlich nötig. Auch die Geschehnisse in Palästina sollen für jeden eine Lehre sein. Weder die Kurden sollen sich wie die Palästinenser betrachten noch sollte die türkische Regierung eine der israelischen Regierung ähnelnde Haltung annehmen. Aus diesem Blickwinkel rückt die Notwendigkeit, die Probleme auf einer demokratischen Grundlage mit Dialog zu lösen und somit einen Willen für die Lösung zu schaffen, immer stärker in den Vordergrund.



15.-Februar-Protest in Mardin Foto: DIHA

Die vierte und letzte Herangehensweise: die Existenz einer Gesellschaftsschicht, bestehend aus Intellektuellen, die an den EU-Prozess glauben, ihn verinnerlicht haben und aktiv unterstützen. Viele Schriftsteller und Intellektuelle setzen hierfür ihre Tätigkeiten fort und nehmen dafür alles in Kauf. Und genau an diesem Punkt muss eine Wahrheit vor Augen geführt werden: Obwohl die Kurden dies jahrelang versucht haben, konnten sie es nicht schaffen, ihre Stimme hörbar zu machen. Diese Schwäche sollte vielseitig interpretiert werden. Denn ein Volk, dessen Existenz geleugnet wird, verfügt über keinen Mechanismus, seine Stimme an die Öffentlichkeit zu bringen.

Es ist uns allen bekannt, was viele Medien in der Türkei unter pluralistisch verstehen und bis zu welchem Punkt sie für die Demokratie gehen würden. Die Zeitung *Taraf* hat in ihrer bisher einjährigen Lebensdauer eine Politik gezeigt, die konkrete Ziele hatte. Sollte Euer Ziel die Demokratie sein, dann wäre dies der größte Dienst, der für dieses Land geleistet werden kann.

Ich bin davon überzeugt, dass eines der konkreten Resultate dieser Zeitung der Beitrag für die Demokratie in der Türkei war. Bis jetzt waren es lediglich die Kurden, die über die schlimmen Umstände in der Türkei gesprochen haben. Daher waren sie es auch, die stets allein standen. Überwiegend waren sie es, die festgenommen, verletzt und getötet wurden. Während der antidemokratischen Ereignisse waren es wieder meistens die Kurden, die bei der Veränderung eine Rolle gespielt haben. Deswegen ist es wichtig, sinnvoll und wertvoll, wenn auch andere Gesellschaftsschichten in der Türkei die Demokratie in der Türkei bewerten. Der „heilige Staat" wird nun diskutiert und hinterfragt. Natürlich hat auch dies eine widersprüchliche Realität. Gäbe es eine kurdische Zeitung mit den gleichen Inhalten wie die *Taraf*, würde sie schon längst nicht mehr existieren. Die kurdischen Zeitungen, die seit Jahren mit der Schließung und dem Verbot ringen, stehen nun nicht nur der Schließung und der Zensur gegenüber, sondern sie

haben nun auch mit Geldstrafen zu rechnen. Um dagegen zu protestieren, hat sich die Zeitung *Gündem*, die in türkischer Sprache erscheint, selbst aufgelöst.

Liebe Freundinnen und Freunde,

in der Türkei wurde die Veränderung als Anpassung an die Welt begriffen. Diese Auffassung traf sich auch mit den universellen Werten. Was sich im Rahmen der EU herauskristallisierte, waren die Etappen für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Demokratie. Kurz gesagt, eine Veränderung in der Türkei hatte also etwas damit zu tun, wenn auch verspätet, eine Demokratiekultur zu schaffen, zu begründen und vielleicht sogar von neuem zu institutionalisieren. Es war eine Zeitspanne, die nicht nur auf die sowieso nicht praktizierten Kopenhagener, Maastrichter oder anderen Kriterien beschränkt war. Oder sollte es zumindest nicht sein. Wichtig war, die Kriterien als Ganzes zu sehen und sie verinnerlicht zu praktizieren.

Für ein Land wie die Türkei, die sehr eigenständig ist, ist das Ziel der „Veränderung“ von großer Bedeutung. Die Faktoren, die die Veränderung mit sich bringen, sind zugleich die Faktoren, die die Herangehensweise bestimmen. Eine Veränderung ohne Gründe ist eine ohne Vision. Eine Veränderung ohne eine Vision bietet keine Partizipation. Gesellschaftliche Veränderung besitzt einen kollektiven Charakter. Daher sollte eine Gesellschaft in Form einer Pyramide, von der Basis nach oben, umfassend, geformt sein.

Doch klar zu sehen ist, dass es in der Herangehensweise an die Veränderung große Unklarheiten gibt. In der Türkei gibt es zwei Grundprobleme, die gleichzeitig behandelt werden müssen. Das erste ist die Kurdenproblematik, das andere ist das Problem der Demokratisierung. Natürlich ist die Kurdenproblematik gleichzeitig ein Problem der Demokratie. Doch auch wenn das Demokratieproblem gelöst, die Frage der Kurden jedoch nicht richtig und dauerhaft gehandhabt wird, wird das Problem fortbestehen. Wird das Problem mit der existierenden Einstellung zu lösen versucht, bedeutet dies gleichzeitig Lösungslosigkeit an sich. Die Demokratiefrage sollte nicht losgelöst von der Kurdenfrage behandelt werden. Andersherum ist es derselbe Fall; die Kurdenfrage kann nicht ohne die Demokratiefrage behandelt werden. Das Problem wird nicht nur mit einem TV-Sender, der 24 Stunden am Tag auf Kurdisch sendet, gelöst. Er kann lediglich als ein Schritt zur Lösung beitragen. In der Türkei stellt das Problem als solches gegenwärtig das Hauptthema der Agenda dar. Es hat einen politischen und gesellschaftlichen Charakter bekommen. Ein Ministerpräsident, der den Satz äußerte: „Wenn Ihr nicht daran denkt, dann gibt es auch kein Kurdenproblem“, hat anlässlich der Eröffnung des TRT 6 einen Satz auf Kurdisch gesprochen. Das Ganze zeigt, dass wir die Anerkennung der Problematik nun endlich hinter uns gelassen haben.

Dieses Problem muss endlich als ein Projekt betrachtet werden. Bezüglich der Lösungsmethode ist es nötig, eine Herangehensweise zu haben, die realistisch, entschlossen und aufrichtig ist. Solange die rechtliche Situation der Forderungen der Kurden nicht verfassungsrechtlich abgesichert ist, die Organisierungsfreiheit nicht gewährleistet wird, die Möglichkeit, Politik zu machen, nicht eingeräumt wird, diejenigen auf den Bergen nicht die Möglichkeit bekommen, am normalen Leben teilzuhaben, Herr Öcalan und ähnliche Kernfragen nicht zur Diskussion gestellt werden, solange ist es nicht möglich, von einer realistischen Herangehensweise zu sprechen.

Ich denke, wir können damit anfangen, die Atmosphäre des Landes zu verändern. Als Erstes muss die Fähigkeit gezeigt werden, das politische Ausmaß vom technischen Ausmaß zu trennen. Das erste Ziel sollte sein, Demotivierung im Hinblick auf das Vertrauen zu überwinden. Augenscheinlich ist das nicht bestehende Vertrauen im türkischen Volk durch die grenzüberschreitende Boden- und Luftoffensive nicht geschaffen worden. So kann es auch nicht geschaffen werden. Für das kurdische Volk stellen Schritte, die keine gesetzliche Absicherung haben, keine Entwicklung dar. Sie sagen sogar, dass sie diese Schritte noch nicht einmal beachten werden. Also sollte das Projekt, das eine Lösung beinhalten soll, auch ein Projekt sein, das die Kurden nicht zersplittert, sondern unbedingt als ein Ganzes auffasst. Daneben müssen auch Ansprechpartner in Staat und Regierung ihre Aufrichtigkeit erklären. Diese Problematik ist so umfassend und kompliziert, dass die Lösung nicht nur der Einsicht und den Fähigkeiten der gegenwärtigen Regierung überlassen werden darf. Die Lösung kann nur unter Berücksichtigung internationalen Rechts eine Akzeptanz finden. Kein Projekt, das im Kern, von der Qualität und von der Tiefe her nicht zufriedenstellend ist, kann zu einer Lösung führen.

Es sollte nun endlich einmal die Möglichkeit geben, die kurdische Frage in all ihren Dimensionen frei zu diskutieren. Bei diesen Diskussionen sollten die Kurden und die Türken nicht alleingelassen werden. So schwer wie angenommen ist es eigentlich gar nicht. Sollten die positiven Bewegungen der letzten Monate einen rechtlichen Ausdruck bekommen und Kurdistan umfassen, können wir von der Veränderung der Mentalität des Staates sprechen.

Der weltberühmte Regisseur und Schauspieler Rodrigo Garcia sagt: „Man sagt, dass durch das Töten nichts zu erreichen ist. Und sie empfehlen uns, nicht zu töten. In der Zwischenzeit jedoch töten sie selber ununterbrochen ...“

Ich für meine Person möchte **für** eine Welt leben, in der niemand niemanden tötet, in der jeder hoffnungsvoll ins Leben schaut, in der jeder das Leben liebt. Ich möchte endlich lachende Augen sehen ...

Ich weiß, das ist auch das, was Ihr wollt. Wenn das so ist, dann sollen uns von nun an nur noch Glückstränen kommen. Das sind wir der Geschichte, der Menschheit und den Generationen nach uns schuldig. ♦

Der Kampf um die Enteignung der Frauen von ihren „Besitzern“

Die Ehre hat ein tödliches Augenzwinkern

Fadile Yıldırım

Wo auch immer auf der Welt, wir leben weiter mit den Rollen, die uns unabhängig von uns selbst zugewiesen wurden. Wo auch immer auf der Welt, wir leben weiter in dem Kampf, die uns zugewiesenen Rollen abzulehnen. Im Zeitalter des globalen Imperialismus hat Sexismus mehr denn je an globaler Anerkennung gewonnen. An allen Orten des Globus sind wir Frauen damit beschäftigt, die uns zugewiesenen sexistischen Rollen zu hinterfragen. Wir stehen mitten im Kampf, um diese sexistischen Rollen zu überwinden. Auch wenn dieser Kampf große Opfer fordert, die Frauen sind sich dessen bewusst, dass sie nicht mehr zu „verlieren“ haben als das Sklavinnentum. Sie können den Sexismus, jede Menge Gewalt und die Vergewaltigungen „verlieren“. Je mehr verlorene Gewalt, Vergewaltigungen und sexistische Rollenzuweisung, desto mehr gewonnene Frauen, desto mehr gewonnene Gesellschaft. Die verlorenen „Dinge“ kommen als ein Stück Freiheit zu uns zurück. Die sexistische Ideologie stellt sich in manchen Teilen der Welt in Form von „Ehre“ gegen uns, in manchen in Form von Eifersucht. Es gibt noch tausende weitere Gesichter dieser Ideologie. Aber aus welcher Ecke der Welt wir das auch betrachten, die Quelle, aus der sich diese Ideologie nährt, ist dieselbe. Es ist die Ideologie des Patriarchats.

Ja, unser Kampf geht weiter. Und wir Frauen aus Kurdistan sind an einer wichtigen Station angelangt. Wir haben uns den Ehrenkodex des männerherrschaftlichen Systems und der Ideologie des Patriarchats vorgenommen.

Sie fragen, warum den Ehrenkodex? Denn wir stecken mit diesem Begriff ziemlich in der Klemme. Denn er steht mitten in unserem Leben. Die Ehre hat ein tödliches Augenzwinkern. Er steckt dermaßen in unserem Leben drin, dass wir bei jedem Mal, wenn wir ihn hören, erst einmal gründlich darüber nachdenken müssen.

Wir stecken mit diesem Begriff ziemlich in der Klemme, weil wir uns vorgenommen haben, die Freiheit zu erlangen. Wir stecken mit diesem Begriff in der Klemme, weil wir ein Problem mit der Ideologie des Patriarchats haben. Es ist uns bewusst, solange wir den Grundstein der Ideologie des Patriarchats – die Ehre – nicht überwinden, können wir nicht frei werden. Und somit die Gesellschaft auch nicht.

Wir haben ein Problem mit dem Ehrenkodex. Denn aus der Geschichte des Kolonialismus ist zu ersehen, dass die Ideologie der Ehre durch die Besitzergreifung von Frauen entstand. Der Körper der Frauen, ihre Sexualität, ihre Produktivität, ihre Gebärfähigkeit, kurz gesagt: ihre Identität an sich, wurden kolonialisiert. Die zu einer Kolonie gemachten Frauen wurden dann von den Institutionen des männerherrschaftlichen Systems (Religion, Sprache, Justiz, Medizin, Familie und weitere) unter Kontrolle gebracht. Der Kern der Ehre stellt also die unmittelbare Beobachtung und Kontrolle des Körpers und der Sexualität der Frauen durch diese gesellschaftlichen Institutionen dar. Täglich wird dieses mentale Geschöpf in Form von Kultur, Religion, Rechtssystem, Kunst und durch wissenschaftliche Studien erneuert. Warum also nicht den Kampf mit der Ehre aufnehmen?

Wir haben ein Problem mit den traditionellen Tabus und den Argumenten, die im Namen der Ehre aufgestellt werden. Die Frauen werden in erster Linie als die Ehre des Staates, der Gesellschaft, der Familie und im Konkretesten als die Ware des Mannes, also als dessen Ehre angesehen. Nur ihr Körper? Nein. Ihr ganzes Verhalten, ihr Reden, ihre Gangart, ihre Art sich anzuziehen, ihr Lachen, ihre sozialen Beziehungen; ihre Positionierung innerhalb der Gesellschaft wird im Rahmen der Gesetze der Ehre bestimmt. Laut diesen Gesetzen kann eine Frau also nur über ihren Vater, ihren Bruder oder ihren Mann definiert werden. Also über „Männlichkeit“. Es wird von ihr verlangt, dass sie sich so verhält, wie es das Männersystem von ihr erwartet. Frauen leben nicht nach ihren eigenen Vorstellungen. Nein, sie leben nach äußerlichen Faktoren wie denen der Gesellschaft, der Familie, des Vaters, des Ehemannes usw. Sie haben kein Leben, das ihnen gehört. Denn sie sind die Ehre von irgendwelchen anderen. Daher haben sie kein Recht, gegen diese „Ehre zu sündigen“.

Wir haben ein Problem mit dem Ehrenkodex. Denn die Frauen werden entweder im Namen der Ehre in Besitz genommen, im Namen der Tradition irgendwo eingesperrt oder im Namen der Gesetze der „Modernität“ als Ware auf dem Markt präsentiert. Die eine wird im Namen der „Ehre“ im „privaten Sektor“ eingesperrt und die andere im Namen der „Freiheit“ in den „öffentlichen Sektor“ geschickt, um sich zu „entfalten“. Im Kern von beiden steckt die Besitzergreifung durch die patriarchale Ideologie. Frauen gehören entweder der „heiligen Familie“ oder dem pro-

fitabelsten Markt. Warum sollen wir also kein Problem mit dem Ehrenkodex haben?

Wir haben ein Problem mit dem Ehrenkodex. Denn er umfasst alle Regeln und Tabus, die den Frauen den Tod bringen. Wir wissen genau, dass die im Namen der Ehre aufgestellten Regeln das Ende der Frauen darstellen; sie bringen den Frauen den Tod. Ehre bedeutet für Frauen den Tod.

Aber nicht nur den physischen Tod. Nein, auch den seelischen Tod der Frauen. Den Frauen werden also zwei Lebens-Linien zur Verfügung gestellt: entweder absoluter Gehorsam oder Tod. Für eine Frau, für die jeder Moment ihres Lebens verbunden ist mit Tod, bedeuten diese zwei Linien, eine dieser tödlichen Linien auszuwählen. Kann eine Frau, die jeden Moment den Tod einatmen muss, die Kraft zum Leben haben? Kann eine Frau, die jeden Moment den Tod einatmen muss, die Kraft des Lebens darstellen? Mütter, die gebären und Leben schenken, sind sich bewusst, dass sie in einem solchen Zwiespalt stecken, einer solchen Doppelmoral unterliegen. Denn sie wissen, wenn es ein Junge ist, wird es ein Mörder, sollte es ein Mädchen sein, ein Opfer. Es ist fast unmöglich, den Schmerz eines solchen Lebenszyklus zu beschreiben, der die Frauen und Männer erwartet. Warum also sollen die Frauen mit dem „Ehrenkodex“ kein Problem haben, wenn er ihnen doch keine andere Alternative bietet als die Mörder-Opfer-Zwangslage?

Wir haben ein Problem mit dem Ehrenkodex. Denn die Ideologie der „Ehre“ macht die Frauen nicht nur zu Opfern. Es ist eine Ironie, aber diese Ideologie macht auch Männer zu Opfern. Sie ist wie ein Bumerang; es hat natürlich den Anschein, als ob sie aussehen wie „Helden“. Im Kern jedoch macht sie auch sie zu Opfern. Denn wer sich im Namen der Ehre mit Blut befleckt, verzichtet ein Stück mehr auf das Menschsein, verliert ein Stück mehr die Bedeutung und vom moralischen Wert des Menschseins. Die Tatsache des „Verlierens“ wiederum ist ein Verrat am Menschsein. Denn wir wissen, dass die Gesetze des „Ehrenkodex“, die die Gesellschaft gefangen halten, den Eigenschaften der Menschen, gesellschaftliches Leben zu gestalten, widersprechen. Die Verbrechen gegen die Frauen stellen ein Symbol der Schuld dar. Es ist das konkrete Symbol derer, die die Ehre-Kultur unterstützen, die sie fördern und anregen, und derer, die Rechenschaft verlangen, sollten die Gesetze dieser Kultur nicht eingehalten werden …

Das männerherrschaftliche System, das die Frauen „verweibert“ [*durch Unterdrückung deformiert*], macht dasselbe mit der Gesellschaft. Auch die Gesellschaft wird „verweibert“. Immerhin „ist das Volk wie Frauen“ [*wird an der Situation seiner Frauen gemessen*]. Wir wissen, dass der auf der Männlichkeit aufgebaute Chauvinismus im Endeffekt in Form einer faschistischen Ideologie an uns herantritt. Von den Frauen, deren Körper und Seelen gestohlen werden, wird Besitz ergriffen. Aber wird denn dadurch nicht auch von der Gesellschaft Besitz ergriffen? So wie der militarisierte Männlichkeitschauvinismus die „ehrenkodifizierte“ Frau liebt, so liebt auch die faschistisch-herrschaftliche Ideologie die „zu einer Frau gewordene“ Gesellschaft.

Kann sich also eine Gesellschaft auf getöteten Frauenkörpern aufbauen? Oder kann sie auf diese Weise frei sein? Die Menschen können für die eigene Freiheit lediglich kämpfen. Sie können sie nicht über den im Rahmen des



Frauendemonstration zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen im November 2008 in Siirt: „Wir sind Frauen, wir sind die Ehre von Niemandem, Unsere Ehre ist unsere Freiheit.“ Rat der Frauen der Stadt Sêrt (Siirt) Foto: DIHA

Ehrenkodex getöteten Frauen aufbauen. Was also muss getötet werden? In erster Linie muss die, auf der Grundlage des Ehrenkodex aufgebaute, Männlichkeit „sterben“. Diese Kultur, die sich ihre Männlichkeit über die toten Körper der Frauen beweist und dies als grundlegende Bedingung der Männlichkeit ansieht, sollte sterben. Selbstverständlich ist es nicht der Körper oder die Seele der Frauen, was sterben muss. Es ist der Sexismus der Männer.

Ebenso sollte auch die traditionelle „Fraulichkeit“ sterben, die den Sexismus weiter aufrechterhält, ihn verinnerlicht hat und sich selbst als die Ehre eines anderen akzeptiert. Die „Fraulichkeit“, die verinnerlicht hat, „Sklavin“ zu sein, und die die Resignation als einzigen Ausweg ansieht, sollte sterben.

Was muss also sterben? Es ist die Gesellschaft, die sterben sollte, die Quelle aller Tabus, die im Namen der „Ehre“ geschaffen wurden; es ist die Gesellschaft, die sterben sollte, die die „Ehre“ unantastbar macht und „heldenhafte Männlichkeit“ und Opfer-Frauen schafft.

Warum also sollen wir nichts gegen den Ehrenkodex haben? Warum sollen wir denn mit der sexistischen Ideologie zusammen leben, die die Gesellschaft zu potentiellen Mördern macht und die Menschen vom Kern des Menschseins entfernt?

Wir haben ein Problem mit dem Ehrenkodex. Denn wir möchten die Grundsätze der Ethik für ein Leben als Menschen auf der Grundlage von Freiheit neu erschaffen.

Es gibt noch weitere tausend Gründe, die wir auf die Frage „Warum der Kampf gegen Ehre?“ aufzählen können.

Wir, einige kurdische Fraueninitiativen aus Europa, haben den 25. November 2008 – den Tag gegen Gewalt an Frauen – zum Anlass genommen, um eine Kampagne gegen den Ehrenkodex zu starten. **„Wir sind niemandes Ehre – Unsere Ehre ist unsere Freiheit“** ist eine Kampagne, die sowohl an Männer als auch an Frauen gerichtet ist. Da der Ehrenkodex als „Bündel ungeschriebener Tabus“ bezeichnet werden kann, fangen wir damit an, das größte Tabu zu brechen: Wir werden sprechen! Wir werden sprechen und Fragen stellen, hinterfragen und eine Diskussionswelle auslösen. Veränderung beginnt an dem Punkt, den Mut und die Entschlossenheit aufzuweisen, das Problem beim Namen zu nennen.

Durch Artikel in kurdisch-türkischen Medien, durch entsprechende Werbespots im kurdischen TV-Sender Roj-TV und durch gezielte Diskussionsveranstaltungen wollen wir das Thema „Ehrenkodex“ auf die Agenda der Bevölkerung bringen. Nicht nur Frauen sollen hierdurch den Mut bekommen, den „Ehrenkodex“ abzulehnen. Wichtig ist uns, dieses Thema besonders in Veranstaltungen zu thematisieren, an denen auch Männer teilnehmen.

Ein weiterer Schritt der Kampagne wird später sein, dem Begriff „Ehre“ eine neue Bedeutung zuzumessen. Während das Wort „Ehre“ im Deutschen so viel wie „Achtungswürdigkeit“ ausdrückt, hat es in vielen anderen Sprachen eine ganz andere Bedeutung. „Namus“ bezeichnet in vielen Sprachen (Persisch, Türkisch, Kurdisch, Urdu) den Schutzmechanismus vor Schande. Es ist ein zentraler Wert für die stark frauenspezifischen innerfamiliären Autoritätsbeziehungen.

Die Kampagne „Unsere Ehre ist unsere Freiheit“ von uns Frauen aus Kurdistan ist eigentlich ein Kampf gegen die Ideologie des Patriarchats. Wenn wir im Bereich des gesellschaftlichen Sexismus den Kampf auf der Grundlage von Hinterfragungen beginnen, wird dies automatisch auch eine Lücke öffnen, die als Alternative zum Sexismus dienen wird. Wir beginnen unseren Kampf genau an der Stelle, die das sexistische System als „Feld des Mannes“ bezeichnet: an dem „Ehrenkodex“. Das heißt also, dass wir die Hauptschlagader der Widersprüche unter Druck setzen. Wenn also die Kolonialisierung der Menschen damit anfing, die Frauen als „Ehre“ zu bezeichnen, dann müssen wir auch an dem Punkt anfangen, an dem wir verloren haben. Mit dieser Kampagne hinterfragen wir nicht nur die Ideologie des Patriarchats, die sich um den Ehrenkodex bildete, sondern zugleich wirft sich für uns mit gleichem Schwerpunkt die Frage auf: „Wie sollte die Freiheit aussehen?“

Was für eine Freiheit stellen wir uns vor? Im Laufe des jahrelangen Kampfes der Frauen entdeckten sie zuerst, dass sie Besitzer haben. Sie suchten eine Antwort auf die Frage „Wer sind diese Besitzer?“. Auf der Grundlage großer Opfer erfuhren sie, wer ihre „Besitzer“ sind, im eigenen tragischen Leben und mit eigenen schmerzvollen Erfahrungen. Sie merkten, dass diese gar nicht so weit weg waren. Im Gegenteil, sie merkten erst, dass sie in der eigenen Familie sind, dann merkten sie, dass sie in der Umgebung sind. Nach dem Erfolg im Kampf um die Entlarvung ihrer „Besitzer“ sind sie nun an dem Punkt angelangt, sich von diesen „Besitzern“ zu befreien. Dieses Ziel ist eine so tief gehende Hinterfragung der Problematik, was es bedeutet, sich von seinem „Besitzer“ zu befreien, dass es unvorstellbar ist für die patriarchale Ideologie. Diese Kampagne ist also der Kampf, die Frauen von ihren „Besitzern“ zu enteignen. Gleichzeitig jedoch bedeutet die Kampagne, Antworten zu finden, wie eine alternative Ethik, die Freiheit und ein alternatives Leben aussehen können. Sobald die Frauen ihren „Besitzer“ zerstören, der in ihnen seinen Thron errichtet hat, wird es ihnen nicht schwerfallen, den Menschen in ihrem Kern zu finden. Denn der Glück bringende Schlüssel zur Freiheit wird sich uns genau bei dieser Menschfindung erschließen. Der Kampf mit jedem einzelnen BESITZER wird die Zerstörung der auf tausenden Jahren beruhenden tabuisierten Ideologien bedeuten.

Diese Kampagne ist im Kern eine Positionierung gegen die Folgen der Versklavung der Frauen über den Ehrenkodex des fünftausend Jahre alten Zivilisationssystems. Daher wird es sehr wichtig sein, am diesjährigen 8. März „Wir sind niemandes Ehre“ zu rufen.

Nochmals sagen wir Frauen: Unsere Körper, unsere Sexualität und unsere Lebenswahl gehören uns. ♦

Wie aus einem Vereinsvorsitzenden ein „Terrorismusunterstützer“ wird

Ausweisungsverfügung gegen Kurden mit unerträglichem Zynismus

Monika Morres, Azadî e. V.

Ismet B. erhielt Ende Dezember 2008 eine Verfügung von der Asyl-Bezirksstelle im Regierungspräsidium einer baden-württembergischen Stadt, mit der ihm die Ausweisung aus der Bundesrepublik Deutschland angedroht wird. Wegen der in seinem Fall „festgestellten Gefährlichkeit und der weiteren Gefährdungsprognose“ sei es „zum Schutz der in Rede stehenden Rechtsgüter zwingend erforderlich“, dass sich Ismet B. „bis zur Ausreise oder Abschiebung […] mindestens einmal die Woche beim Polizeirevier in […] melden“ müsse. Nur so könne „die mit der Ausweisung bekämpfte Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, nämlich die weitere Unterstützung von den Terrorismus unterstützenden Organisationen […] verhindert oder zumindest wesentlich erschwert werden“.

Mit dieser Verpflichtung sollen – so die Bezirksstelle – „weitere Unterstützungshandlungen für die PKK und ihre Nachfolgeorganisationen erschwert werden“. Anderenfalls müsse befürchtet werden, dass sich die Aktivitäten des Betroffenen „verlagern“ würden. Die Beschränkung solle „verhindern“, dass durch sein „Verhalten“ die „Sicherheit der Bundesrepublik“ bis zur „Ausreise gefährdet“ werde.

In einer kaum zu überbietenden technokratischen und arroganten Sprache lässt sich ein Beamter auf 30 Seiten darüber aus, warum Ismet B., ein „besonders gefährlicher Ausländer“, die BRD zu verlassen habe. Wer also – in aller Welt – ist dieser „Gefährder“ und welchen „terroristischen Verbrechens“ hat er sich schuldig gemacht?

Ismet B. reiste 1989 in die BRD ein. Er ist verheiratet, hat drei Kinder und war nahezu durchgehend berufstätig. Seit Juni 2001 verfügt er über eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, was ihm Anlass gewesen ist, eine Einbürgerung zu beantragen.

Doch „so einen“ will dieses „zivilisierte“ Land, aus dem einst zahllose von den Nazis verfolgte Menschen ins Exil fliehen mussten, nicht. Ausgrenzen, Denunzieren, Diffamieren, eine Ich-tue-nur-meine-Pflicht-Mentalität, ein Untertanengeist, der sich darin ausdrückt, über das Maß hinaus zu handeln, um Menschen bewusst Schaden zuzufügen, ist, was die angestellten und beamteten Vollstrecker der Asyl-, Flüchtlings- und sog. Antiterrorgesetze kennzeichnet.

Drei Beispiele im vorliegenden Fall sollen verdeutlichen:

- Dem Kurden wird mangelnde Integrationsbereitschaft vorgeworfen, nicht nur weil er zeitweise Vorsitzender eines kurdischen Vereins war, sondern insbesondere auch deswegen: „Jedoch ist anzuführen, dass Sie eine türkische Staatsangehörige, ebenfalls kurdischer Volkszugehörigkeit, geheiratet haben. Sie haben all die Jahre hier in Deutschland auch im türkischen Familienverbund gelebt. Sie pflegen Ihre kurdischen Traditionen und Bräuche sehr intensiv. […] Ihre Ehefrau hat während ihres gesamten Aufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland zu keinem Zeitpunkt gearbeitet.“ Wie erwähnt, das Ehepaar hat Kinder im Alter von 10, 11 und 13 Jahren!

- Um darzustellen, dass eine Ausweisung des Kurden in die Türkei verhältnismäßig ist, schreibt der Beamte in Kenntnis der familiären Situation: „Somit können Sie sich ohne Probleme dort wieder integrieren und zurecht finden und bei Ihrer Familie auch Rückhalt finden. Nachdem Sie nach wie vor monatlich mehrmals Kontakt zu Ihren Eltern und Geschwistern haben, ist auch von intakten familiären Verhältnissen auszugehen.“

- Dass nach Auffassung des Beamten der Schutz von Ehe und Familie für Nichtdeutsche nicht zu gelten hat, zeigen die folgenden Auslassungen: „Zwar sind Sie mit einer türkischen Staatsangehörigen verheiratet und haben drei Kinder hier in Deutschland. Jedoch wiegen die von Ihnen ausgehenden Gefahren aufgrund der Tatsache, dass Sie einer Vereinigung angehört haben und weiter angehören, die den internationalen Terrorismus unterstützt, so schwerwiegend, dass Ihre persönlichen Interessen zunächst zurücktreten müssen. Zudem ist es für Ihre Frau und Ihre Kinder möglich, Sie nach Ihrer Ausreise bzw. Abschiebung in die Türkei dort zu besuchen. Außerdem kann der Kontakt zu Ihrer Familie auch über Telefon, Internet oder Briefverkehr aufrecht erhalten werden.“

Diese Unverschämtheiten (es sind nicht die einzigen) glaubt der Beamte einem Menschen zumuten zu dürfen, weil dieser mehrere Jahre als stellvertretender bzw. Vorsitzender eines kurdischen Vereins aktiv gewesen ist, der der

Föderation kurdischer Vereine in Deutschland, YEK-KOM, angeschlossen ist. Weil die Föderation von den Sicherheitsbehörden als PKK-KONGRA-GEL-nah eingestuft wird, werden VorständlerInnen, Vereinsmitglieder oder BesucherInnen als UnterstützerInnen des „internationalen Terrorismus" kriminalisiert. Das gilt selbst für die Teilnahme an Veranstaltungen, die nicht etwa unter klandestinen Umständen in verborgenen Hinterzimmern stattfinden, sondern zu denen jede/r einen freien Zugang hat. „Zudem nahmen Sie in der Vergangenheit an zahlreichen Versammlungen von KONGRA-GEL-Anhängern teil, an denen u. a. auch ein Rechtsanwalt Öcalans zahlreiche Fragen zu dessen Gesundheitszustand, Haftbedingungen und politischen Vorstellungen beantwortet hat." Unabhängig davon, dass es offensichtlich ZuträgerInnen für lokale Staatsschutzbehörden gibt, ist allein die Tatsache unglaublich, dass Menschen, die sich über die Situation eines seit 10 Jahren unter Isolationshaftbedingungen gefangen Gehaltenen informieren wollen, in den Dunstkreis von Terrorismus gestellt werden. Auch dass der Kurde als „möglicher Versammlungsleiter einer Kundgebung […] unter dem Motto 'Jetzt den Dialog eröffnen – für den Frieden, gegen den Krieg – Freiheit für Öcalan' vorgesehen **warn** und „Flugblätter verteilt werden **sollten**", ist nach Auffassung der Asylbehörde eine „terroristische Unterstützungshandlung".

Aus der Verfügung geht darüber hinaus hervor, dass der Verein, in dem der Kurde tätig war, „seit Jahren unter Beobachtung des Landesamtes für Verfassungsschutz" steht. Es ist zwar nicht grundsätzlich neu, dass die kurdischen Vereine im Fokus der Geheimdienste stehen, doch immer wieder erhellend, es schwarz auf weiß zu registrieren. Auch, dass Kurdinnen und Kurden auf dem Weg zu ihren Vereinen von Staatsschützern häufig namentlich angesprochen und eingeschüchtert werden, geschieht nicht vereinzelt, sondern systematisch. Das Ziel ist einerseits, die Menschen von ihren Landsleuten und Institutionen zu trennen, und andererseits zu versuchen, sie für eine Mitarbeit (sprich: Denunziation) zu gewinnen. Oder deutlicher: sie mit der Abschiebungsdrohung unter Druck zu setzen. Auch vor Kindern und Jugendlichen machen die Staatsschnüffler keinen Halt.

Zum Verhängnis soll dem Kurden im vorliegenden Fall auch werden, dass er vor Jahren rechtskräftig wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz verurteilt worden war: Er hatte die im Frühsommer 2001 durchgeführte Kampagne „Auch ich bin PKKler" unterschrieben, eine Initiative der kurdischen Bewegung mit Forderungen an die Europäische Union nach einer politischen Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts sowie der Aufhebung des sog. PKK-Verbots.

Was sich der Beamte der Asylstelle aus Verfassungsschutzberichten oder anderen Quellen über die Geschichte der PKK und über YEK-KOM angelesen hat, führt er seitenlang aus, wobei er sich ständig wiederholt, wenn es darum geht, Ismet B. in ein „terroristisches Licht" zu stellen. Ein für allemal soll diesem klargemacht werden, dass es im „herausragenden öffentlichen Interesse" (wer ist diese „Öffentlichkeit"?) ist, ihn aus dem Land zu jagen. Er nämlich sei es „selbst, der durch sein Verhalten die Befürchtung terroristischer Aktivitäten auch in der Zukunft begründet".

Beim Lesen dieser unerträglichen Verfügung wünscht man dem Verfasser aus vollem Herzen, dass er eines Tages in eine Situation geraten möge, in der seinem Leben und dem seiner Familie die Perspektive genommen und der Boden unter den Füßen weggezogen wird. ♦

15 Jahre PKK-Verbot – eine Verfolgungsbilanz
Broschüre von AZADÎ und YEK-KOM

Azadî und die *Föderation kurdischer Vereine in Deutschland*, YEK-KOM, haben aus Anlass des Jahrestages eine Broschüre unter dem Titel „15 Jahre PKK-Verbot – eine Verfolgungsbilanz" herausgegeben. „Detailliert werden auf mehr als 60 Seiten Jahr für Jahr Razzien in Kulturvereinen oder Privatwohnungen, Verhaftungen und Verurteilungen wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung, Vereins- und Versammlungsverbote, Polizeiübergriffe auf Kundgebungen, Aberkennungen des Asylstatus wegen politischer Betätigung, aber auch friedliche Großdemonstrationen für eine politische Lösung des kurdischen Konflikts aufgelistet. Deutlich wird so die ganze Tragweite des PKK-Verbots." (aus: junge Welt, 1.12.2008)

Die Broschüre kann kostenlos gegen Porto (1,45 Euro) oder gerne auch eine Spende bezogen werden bei: AZADÎ e.V.
Graf-Adolf-Str. 70A, 40210 Düsseldorf,
oder über E-Mail: azadi@t-online.de

Lieferverträge für Ilisu-Projekt von den europäischen Regierungen suspendiert

Etappensieg gegen Ilisu-Staudamm

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Die Regierungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz kündigten am 23.12.2008 an, aus dem höchst umstrittenen Ilisu-Staudammprojekt nach einer Frist von 180 Tagen auszusteigen. Dies ist ein einzigartiger Schritt, denn weltweit wurde nie zuvor eine bereits bewilligte Hermesbürgschaft (hier: Deckung von Lieferaufträgen) ausgesetzt. Ein wichtiger Etappensieg der Ilisu-Kampagne ist damit erreicht. Die Entscheidung Deutschlands, Österreichs und der Schweiz bedeutet, dass die Lieferverträge der europäischen Baufirmen – die Andritz AG, die deutsche Züblin AG und der Schweizer Generatorenlieferant Alstom – suspendiert werden und diese jetzt keine Lieferungen an das Projekt vornehmen können. Auch die europäischen Banken – Bank Austria/UniCredit, DekaBank und Société Générale – können ihre zugesagten Kredite nicht auszahlen. Insgesamt fehlen der Türkei damit ca. 500 Mio. Euro, die angesichts der Finanzkrise nicht so leicht zu ersetzen sind. Einziger Lichtblick für die Türkei ist die erneute Frist, die auf 180 Tage festgelegt wurde und im Juni 2009 ablaufen wird. Erst danach kann der Ausstieg endgültig vollzogen werden.

Im Januar 2009 wurden knapp 600 Arbeiter, die im Baugebiet beim Dorf Ilisu beschäftigt waren, vom Ilisu-Konsortium zwangsweise entlassen. Damit nahmen die Menschen der Region diesen Beschluss wahr.

Die Chancen sind nun deutlich gestiegen, dass der Ilisu-Staudamm trotz gegenteiliger Beteuerungen der Türkei nicht realisiert wird. Durch diesen Schritt der europäischen Regierungen ist das Projekt offiziell als „ungenügend" abgestempelt. Andere Finanziers werden sich vorsehen, in ein solches Projekt einzusteigen und sich damit internationaler Kritik auszusetzen. Auch ist angesichts der Finanzkrise fraglich, ob – wie oft indirekt seitens der Türkei angedroht – chinesische Firmen und Finanziers einsteigen.

Dieser Schritt der drei europäischen Regierungen ist das Ergebnis der seit 2005 geführten Kampagne gegen den Ilisu-Staudamm. Entscheidend dabei war natürlich die in den betroffenen kurdischen Provinzen aufgebaute Bewegung gegen das Ilisu-Projekt. Aber auch die mit unserer Initiative eng zusammenarbeitende europäische Ilisu-Kampagne trug erheblich zu dieser Entwicklung bei.

In erster Hinsicht zeigt dieser erzwungene Schritt der europäischen Regierungen, die so sehr auf eine Beteiligung an dem Großprojekt durch ihre Unternehmen hofften, dass Widerstand sich lohnt. Über lange Zeit glaubten viele Menschen sowohl in der betroffenen Region als auch in Europa nicht an die Möglichkeit des Erfolgs. Doch eine immer wieder strategisch überarbeitete und Dauerhaftigkeit zeigende Kampagne kann auch das scheinbar Unrealistische erreichen.

Unser kurzfristiges Ziel ist es, dass die drei europäischen Regierungen und Unternehmen sich komplett und endgültig aus dem Ilisu-Projekt zurückziehen. Denn die Türkei bemüht sich nun doch, einige der Auflagen zu erfüllen, um die europäischen Regierungen zum Umschwenken zu bewegen. So gehen die Bemühungen um eine Umsiedlung bzw. Entschädigung in der betroffenen Region weiter.

Dann muss dafür gesorgt werden, dass keine anderen internationalen Unternehmen sich an diesem destruktiven Projekt beteiligen. Langfristig entscheidend ist es, die Kampagne in der betroffenen Region zu intensivieren und zu einer sozialen Bewegung zu transformieren. Die betroffenen Menschen auf dem Land müssen mehr in Erscheinung treten und für ihre sozialen Rechte und ihre Umwelt kämpfen. Die Menschen in den Städten müssen sie aktiv unterstützen. Diese Bewegung muss sich auch mit anderen zerstörerischen Talsperrenprojekten in der Region auseinandersetzen. Mit der Verhinderung des Ilisu-Staudamms sollte auch eine Kampagne in Zusammenarbeit mit anderen in der Türkei beginnen, Hasankeyf und das Tigristal zum UNESCO-Weltkultur- und -Weltnaturerbe erklären zu lassen.

Eine Grundsatzdiskussion über die Talsperrenprojekte in der Türkei muss schnell beginnen. Dafür sind das anstehende Weltwasserforum und das geplante Alternative Wasserforum in Istanbul im März 2009 ein guter Startschuss. Mit dem vorläufigen Stopp des Ilisu-Projektes entsteht hier eine sehr gute Gelegenheit, in einer breiten Koalition in die Offensive zu gehen. Hinzu kommt, dass erst Anfang Februar 2009 vier Talsperrenprojekte am Schwarzen Meer (Provinz Rize) gerichtlich gestoppt wurden. Diese Gelegenheit muss in jedem Fall wahrgenommen werden. ♦

Weitere Informationen der Initiative zur Rettung von Hasankeyf sind auf der Internetseite zu finden:
www.hasankeyfgirisimi.com

Von Belém nach Istanbul zum Alternativen Wasserforum

Initiativen und Aktivitäten rund um das 5. Weltwasserforum

Ercan Ayboğa, Mitglied der Kampagne „Eine andere Wasserbewirtschaftung ist möglich“

Auf dem Weltsozialforum in Belém/Brasilien im Januar 2009 fanden eine Reihe Veranstaltungen zum Thema Wasser statt. Zum einen wurden Veranstaltungen von den internationalen Organisationen und Bewegungen, die sich für ein Menschenrecht auf Wasser und sich so gegen die Privatisierung von Wasserbetrieben, -netzen und Quellen einsetzen, und zum anderen von den Bewegungen, die Kampagnen gegen destruktive Talsperren und für die Rechte der Betroffenen führen, durchgeführt. Beide Richtungen arbeiten schon seit vielen Jahren und finden nun langsam anlässlich des 5. Weltwasserforums in Istanbul/Türkei zueinander. Auch wenn die beiden Richtungen thematisch sich in gewissen Maßen unterscheiden, gibt es dennoch Überschneidungen, die jetzt hervortreten. Bei den früheren Weltwasserforen handelten sie weitgehend unabhängig voneinander. Beim letzten Weltwasserforum in Mexiko 2006 kristallisierte sich in Ansatzpunkten heraus, dass ein Zusammenrücken sinnvoll ist.

Es ist notwendig, dass beide Bewegungen zusammenfinden und zumindest sich austauschen und abstimmen. Denn, wenn von Wasser gesprochen wird, muss der Wasserkreislauf insgesamt betrachtet werden. Hier müssen wir uns die Frage stellen, wie wir mit unseren Wasserressourcen insgesamt umgehen und wofür das vorhandene Wasser genutzt werden soll. Dabei stehen die „Ansprüche“ der Menschen im Gegensatz zu den Bedürfnissen der Ökosysteme und der in ihnen lebenden Pflanzen und Tiere, die die Grundlagen der menschlichen Existenz bilden. So müssen wir einen Ausgleich finden, der beide berücksichtigt.



Wasserplattform in Istanbul verteilt ihre Zeitung Foto: DIHA

Es darf nicht sein, dass wir den Mensch allein in den Vordergrund stellen. Bis heute sehen wir ihn noch weitgehend im Zentrum. Nun aber muss die Natur ernsthaft mit einbezogen werden. Wenn die Forderung des Grundrechts der Menschen auf ausreichendes Wasser in guter Qualität gestellt wird, muss auch in Betracht gezogen werden, woher das Wasser kommt. Inwiefern ist es angesichts knapper werdender Wasserressourcen wirklich akzeptabel, dass große Landstriche systematisch bewässert werden oder Industrien ineffizient große Wassermengen verbrauchen, wenn woanders das Wasser für Mensch und Natur fehlt und stromabwärts aus dem ehemaligen Strom nur noch ein kleines Rinnsal übrig bleibt? Es ist sehr entscheidend, dass neben der Wassermenge auch die Wasserqualität im Schwerpunkt der Betrachtungen liegt. Bei den Süßwasserressourcen stehen neben dem Grundwasser vor allem die Fließgewässer im Vordergrund. Unsere Fließgewässer werden für verschiedene Nutzungen heute erheblich in Anspruch genommen. Dabei stellen Talsperren als am meisten hervortretende Infrastrukturprojekte im und am Wasser eine besondere Form von Eingriff dar, denn sie verändern das Abflussregime grundlegend. Talsperren werden weltweit

systematisch gebaut, um hauptsächlich Strom zu produzieren, Agrarflächen zu bewässern und die Wasserversorgung von Haushalten und Industrie zu sichern. Neben unstreitbaren Nutzen haben sie desaströse Auswirkungen verursacht. Aus fließendem Wasser werden oft riesige Stauseen. Die Wasserbeschaffenheit ändert sich grundsätzlich, in der Regel negativ. Flora und Fauna werden erheblich beeinträchtigt. Die Rechte von AnwohnerInnen werden in den meisten Ländern der Welt kaum beachtet. Diese haben über Jahrhunderte oder Jahrtausende eine besondere Form nachhaltiger Beziehungen mit dem Wasser, das ihre Hauptlebensgrundlage bildet, entwickelt. Außerdem wurde zuletzt in Belém von mehreren AktivistInnen herausgestellt, dass Talsperren auch als eine Form der Wasserprivatisierung bezeichnet werden kann, wenn sie von Unternehmen betrieben werden.



Im Dezember letzten Jahres haben AktivistInnen von ECA Watch die Büroräume der Oesterreichischen Kontrollbank (OeKB) in Wien besetzt. Die Organisation protestierte damit gegen die Beteiligung Österreichs am umstrittenen Ilisu-Staudammprojekt und forderte Kontrollbankchef Dr. Rudolf Scholten auf, den Ausstieg aus dem Projekt umgehend zu veranlassen. „Die Besetzung soll Dr. Scholten und seinen MitarbeiterInnen die Dramatik und Tragweite des Projekts vor Augen führen", so Ulrich Eichelmann von ECA Watch Österreich. „Genug geredet, genug verzögert. Herr Dr. Scholten, stoppen Sie Ilisu", fordern ECA Watch und die BewohnerInnen der bedrohten Stadt Hasankeyf. Foto: ECA Watch

Die in der Türkei von über 30 Organisationen gebildete Kampagne „Eine andere Wasserbewirtschaftung ist möglich" (Another Water Management Is Possible Campaign) betrachtet aufgrund der Verhältnisse, Probleme und Auseinandersetzungen in ihrem Lande das Wasserthema integrativ. Sowohl Inhalte zur Privatisierung von Wasser als auch zu den Folgen von Talsperren werden gleichwertig behandelt. Auch die Wasserproblematik im Rahmen der Klimaveränderung wird herausgestellt. Diese Kampagne sucht den engen Kontakt zu den internationalen Organisationen und Bewegungen, nicht nur im Hinblick auf das von ihr geplante Alternative Wasserforum, das parallel zum offiziellen Weltwasserforum stattfinden wird. Dessen Inhalt wird in einem regen internationalen Austausch erarbeitet. Die weltweite Erfahrung ist der Kampagne sehr wichtig. In der Türkei bildet die Kampagne selbst eine sehr interessante Zusammensetzung; zum einen, weil sie ein für die Türkei sehr kritisches Thema behandelt, und zum anderen, weil sie aus sehr verschiedenen Organisationen besteht, die sonst nicht zusammenkommen würden. Diese Kampagne hat das Potential, zu einer ernsthaften Bewegung zu werden, welche die Wasser- und Talsperrenpolitik des Landes langfristig positiv verändern könnte. Darüber hinaus könnte sie aufgrund ihres Anspruchs, viele unterschiedliche Bereiche zu verknüpfen, auch für die internationalen Diskussionen einen Beitrag leisten.

Die Aktivitäten rund um das Weltwasserforum in Istanbul bestehen im Einzelnen aus:

10.–13. März 2009: Wassertribunal, organisiert von einer lateinamerikanischen Organisation, die schon während des 4. Weltwasserforums 2006 in Mexico Ähnliches erfolgreich auf die Beine stellte. Vier Fälle werden behandelt, davon zwei – Ilisu und Yusufeli – aus der Türkei.

13.–17. März 2009: Karawane an den Tigris. Vor allem aus Italien werden etwa 50 Personen nach Diyarbakır, Hasankeyf und an den Tigris fahren, um sich ein Bild von der Lage vor Ort zu machen. Eventuell wird am 17.3. in Hasankeyf die 3. Baumpflanzaktion mit Demonstration stattfinden. Jede/r Interessierte kann sich dieser Karawane anschließen.

14. März 2009: Demonstration anlässlich des Internationalen Tages für Flüsse im Stadtzentrum Istanbuls für eine alternative Wasserpolitik.

16. März 2009: Pressekonferenz zur Eröffnung des offiziellen Weltwasserforums und andere Aktivitäten

20. März 2009: Preisverleihung an die Ilisu-Kampagne.

20.–22. März 2009: Alternatives Wasserforum im Santral İstanbul Kampüsü der Bilgi-Universität.

Siehe für weitere Informationen:
www.alternatifsuforumu.org
E-Mail: contact@alternatifsuforumu.org

Die Gaza-Operation Israels und die Reaktion der Türkei

Die Türkei braucht die westliche Welt und damit Israel ...

Günay Aslan

Die am 27. Dezember 2008 von Israel in Gaza gegen die Hamas gestartete Operation wurde am 18. Januar 2009 mit einem „Waffenstillstand" beendet. Nach dieser Operation, die das Gewissen der Menschheit verletzte und das regionale Gleichgewicht erschütterte, blieben über 1 200 Tote, knapp 5 000 Verletzte, eine Stadt aus Ruinen und ein ökonomischer Verlust von Milliarden von Dollars zurück.

Auf die Operation, die mit Granatenangriffen der Hamas auf Israel begann, erfolgte die heftigste Reaktion aus der Türkei. Auch als die Operation zu Ende ging, fuhr der türkische Ministerpräsident fort, Israel mit harten Worten zu kritisieren. Erstmalig stellte sich die Türkei auf ungewohnte Weise offen hinter die Hamas – die von der zivilisierten Welt als „Terrororganisation" bezeichnet wird – und eröffnete eine Front gegen Israel, das bis dahin als engster Verbündeter in der Region galt.

Während der Operation fanden fast täglich in verschiedenen Städten der Türkei auf Aufruf der Islamisten israelfeindliche Proteste statt. Auf diesen Kundgebungen wurden zu antisemitischen Parolen israelische Fahnen verbrannt. In der Öffentlichkeit wurde eine harte antijüdische Kampagne gestartet. Die Bilder aus Gaza waren herzzerreißend und sprachen für sich, aber die regierungsnahen Medien in der Türkei nutzten die Bilder für einen israelfeindlichen psychologischen Krieg. Beeinflusst durch die Medien wurde der Antisemitismus auch bei ganz normalen Menschen gesteigert. In bestimmten Gebieten wurden Schilder mit der Aufschrift „Hunde und Juden dürfen hier nicht rein" an die Türen gehängt. Auf Anweisung des Kultusministeriums wurden an den Grundschulen – die von Kindern im Alter von fünf bis elf besucht werden – „Gedenkminuten für die Märtyrer von Gaza" eingelegt, die sich zu antisemitischen Riten entwickelten.

Zusammengefasst war im Verlauf der 22 Tage währenden Operation die Regierung der Türkei von ihrer Gegnerschaft zu Israel geprägt. Weder der Iran noch die arabischen Länder reagierten so heftig wie die Türkei. Während sie ihr Schweigen wahrten, tat sich die Türkei hervor. Diese ungewohnte Haltung der Türkei war natürlich erstaunlich. Aus diesem Grund rief sie sowohl im In- als auch im Ausland Diskussionen hervor.

Dennoch setzte die türkische Regierung ihre „Vermittlerrolle" zwischen Israel und dem ewigen Feind Syrien fort. Israelische und syrische Diplomaten trafen sich seit langer Zeit unter der Ägide der Türkei zu Gesprächen.

Darüber hinaus ist die Türkei ein Land, das die Existenz Israels als Erstes anerkannte und seit seiner Gründung intensive militärische und politische Beziehungen unterhält. Die Beziehungen wurden niemals unterbrochen. In den letzten Jahren verspürte die Türkei nicht einmal mehr das Bedürfnis, die Beziehungen zu Israel weiter zu verheimlichen.

Im vergangenen Jahr erst hatte die Türkei ihre Unterschrift geleistet, um von Israel zehn unbemannte Aufklärungsflugzeuge (Heron) zu bekommen, um diese gegen die PKK-Guerilla einzusetzen. Neben den Abkommen zwischen der israelischen Institution für Raum- und Luftfahrtindustrie und der türkischen Luftwaffe gibt es weitere umfassende Verteidigungsabkommen zur Modernisierung der Luftwaffe, der Bodentruppen und der Marine. Noch bis vor Kurzem waren israelische Kampfflugzeuge im Rahmen dieser Abkommen in den weiten Steppen der Provinz Konya zu Schulungszwecken im Einsatz.

Es gibt keine ernsthaften Indizien dafür, dass sich die türkisch-israelischen Beziehungen verschlechtert haben. Im Gegenteil, sie werden ausgeweitet. Die türkisch-israelischen militärischen und politischen Beziehungen wurden in den letzten Jahren auch auf Energieprojekte erweitert. Beide Länder arbeiten gemeinsam mit Indien an der Verlegung von Energieleitungen.

Wie kommt es dann, dass mit der Gaza-Operation die Türkei plötzlich zur Anführerin einer antiisraelischen Front wurde? Meiner Meinung nach gibt es dafür zwei Gründe: Der erste hat etwas mit dem Inland, der zweite etwas mit dem Ausland zu tun.

Der Inlandsgrund steht im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen in der Türkei am 29. März 2009. Die AKP-Regierung mit Erdoğan an der Spitze hat ihre Versprechungen von Demokratisierung und Reformen nicht umsetzen können und ist mit einer ernsten Wirtschaftskrise konfrontiert. Deshalb verliert sie an Ansehen. Auch in Kurdistan hat sie aufgrund der Einigung mit der Armee zum Thema der kurdischen Frage an Boden verloren. Außerdem befindet sich die zweite wichtige Partei des politischen Islams, die Saadet-Partei, im Aufschwung. Wenn die AKP bei den Kommunalwahlen einen großen Stimmenverlust hinnehmen muss, kann der Ruf nach vorgezogenen Neuwahlen laut werden und Erdoğan die Macht verlieren.

Deshalb werden bei den Kommunalwahlen alle staatlichen Mittel eingesetzt,

um einen Stimmenverlust zu verhindern. Meiner Meinung sind die bevorstehenden Wahlen der „interne Grund" für die offene Front gegen Israel. Ich denke auch, dass die ausländischen Kräfte, die Erdoğan an der Macht halten wollen – darunter auch Israel –, den Ministerpräsidenten deshalb weiter tolerieren werden.

Es bleibt der Fakt, dass der israelische Ministerpräsident Olmert nur ein paar Tage vor der Operation in Gaza zu einem sechsstündigen Gespräch mit Erdoğan in Ankara zusammentraf. Undenkbar, dass Erdoğan zu diesem Thema nicht informiert worden ist. Auch ist der Öffentlichkeit nicht entgangen, dass direkt zu Beginn der Operation die Türkei diplomatische Tätigkeiten startete und „Waffenstillstandspläne" vorlegte, die darauf hinweisen, dass sie informiert und vorbereitet war.

Kommen wir jetzt zu der „ausländischen" Dimension: Die Türkei, die nach der Besetzung des Iraks ausgegrenzt wurde, will erneut in die Region zurückkehren. Das scheint gegen den Willen der USA und Israels nicht möglich. Es sieht so aus, dass bei der Neustrukturierung der Region durch das Trio USA, Israel und Großbritannien der Türkei eine neue Rolle zugesprochen worden ist. Diese Rolle besteht darin, den Einfluss des schiitischen Iran einzugrenzen und die sunnitischen Araber, insbesondere antiamerikanische und -israelische, auf der Seite des Iran stehende Kräfte wie Syrien und die Hamas davon zu überzeugen, sich an der Neuordnung zu beteiligen. Die Türkei setzt ihre darauf ausgerichteten Bemühungen fort.

Im Mittleren Osten ist Israel die Rolle des bösen Polizisten Amerikas, der Türkei hingegen des guten Polizisten der USA gegeben worden. Israel schlägt zu und die Türkei leistet Überzeugungsarbeit für das neue System. Damit die Türkei diese Rolle spielen kann, muss es so aussehen, als ob sie auf der Seite des Rechts steht und im abgesprochenen Kampf gegen Israel grollt. Man muss Ministerpräsident Erdoğan zugestehen, dass er seine Rolle besser spielt als manch guter Schauspieler.



Plakat: Erdoğan und Olmert Hand in Hand Foto: DIHA

Die Türkei behauptet, dass sie einen großen Anteil daran hat, die Hamas von einem Waffenstillstand überzeugt zu haben. Das mag so stimmen. Ohnehin macht die Türkei aus diesem Grund eine Pro-Hamas-Politik. Die Hamas hat kein Vertrauen mehr zu den arabischen Ländern und ganz besonders nicht zu Syrien und Ägypten, die sich ständig selber verkaufen. Und aus diesem Grund ist die Türkei am Zug.

Auch das Schweigen des Iran kam der Türkei zugute. Anders als erwartet hat der Iran während der Operation eine maßvolle Politik verfolgt. Seine Haltung war darauf angelegt, das Band zu den USA und zu Israel nicht zum Zerreißen zu bringen. Der Iran hat den Amtsbeginn Obamas abgewartet und es vorgezogen, im Hintergrund zu bleiben. Bekanntlich hat sich die Türkei, die sich in der Rolle der Vermittlerin gefällt, im vergangenen Jahr auch als Vermittlerin zwischen den USA und dem Iran angeboten, stieß dabei allerdings auf kein Interesse.

Was die Iran-Politik des neuen US-Chefs Obama beinhaltet, wird man in naher Zukunft sehen. Ich denke, dass auch Obama die Wahl eines neuen Staatspräsidenten im Iran abwarten wird. Mit einem Rückzug des Iran – worauf die Anzeichen hindeuten – können auch die Beziehungen zwischen den USA und dem Iran entschärft werden und beide Seiten einen Dialog beginnen. In dieser Hinsicht wird 2009 ein heikles Jahr werden.

Um zur Türkei zurückzukehren: Die Türkei braucht die westliche Welt und damit Israel, das in dieser Welt großen Einfluss hat. Die Unterstützung Israels ist lebenswichtig für die Türkei und sie kann es nicht riskieren, diese zu verlieren. Die Türkei braucht gegenwärtig 100 Milliarden Dollar und selbst für die 30 Milliarden Dollar, die sie vom IWF bekommen will, ist die Zustimmung Israels erforderlich. Die Türkei ist sehr ernsthaft mit der Wirtschaftskrise konfrontiert. Darüber hinaus ist sie in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht abhängig von den Beziehungen zu den USA und Israel. Somit sind eine Abkehr von den beiden Staaten und ein Wechsel in ein feindliches Lager nicht möglich.

Die Haltung der Türkei ist also nur Augenwischerei, die sich auf die religiöse Öffentlichkeit im Inland und die muslimische Welt richtet. Die Türkei erfüllt die Mission, die ihr zugesprochen worden ist.

Und das ist die ganze Geschichte … ♦

Die Hamas wurde militärisch geschwächt, aber politisch hat sie gewonnen

Gaza – Eine Verhöhnung der UNO-Charta, eine Barbarei ...

Norman Paech, außenpolitischer Sprecher der Bundestags-Fraktion DIE LINKE

Fast genau ein Jahr nach der Nahost-Konferenz von Annapolis hat Israel am 27. Dezember 2008 seinen Krieg im Gazastreifen begonnen. Die erste Bilanz der drei Wochen dauernden Militäroffensive ist erschreckend: Nach Angaben der UN vom 19. Januar 2009 wurden 1 340 Palästinenser und Palästinenserinnen getötet, darunter sind 460 Kinder und 106 Frauen. 5 320 Menschen wurden verletzt, darunter 1 855 Kinder, wobei ein Großteil der Verletzungen schwerwiegend ist. Doch täglich steigen die Zahlen immer noch. Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass es sich bei der Hälfte aller Todesopfer um Zivilisten handelt. 90 000 Menschen wurden aus ihrem Zuhause vertrieben. Auf Israels Seite gab es 13 Todesopfer, davon sind 4 Zivilisten, und 183 Verletzte.[1]



Norman Paech Foto: wikipedia

Mit Kampfjets, schweren Bomben und Panzern hat die israelische Armee das am dichtesten besiedelte Gebiet der Welt angegriffen und eine Schneise der Verwüstung zurückgelassen.

25 000 Häuser wurden ganz oder teilweise zerstört, 361 Fabriken und Werkstätten umfassend, ebenso haben zivile Infrastruktureinrichtungen, wie die Wasserversorgungs- und Stromnetze großen Schaden genommen.[2]

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon zeigte sich bei seiner Pressekonferenz anlässlich seines Besuchs im Gazastreifen zwei Tage nach Ausrufung des Waffenstillstandes entsetzt und schockiert über das Ausmaß der Zerstörung.

Gaza: *killing fields, größtes Gefängnis der Welt* oder *Guernica*. Welche Metapher wir auch lesen, die den Krieg in Gaza versucht zu beschreiben, es bleibt alles nur Assoziation. Das Elend einer wehrlosen Zivilbevölkerung, die dem Bombardement der israelischen Armee schutzlos ausgesetzt war, die Toten und Verletzten, die keine reale Fluchtmöglichkeit hatten, der Kollaps des gesamten Versorgungssystems, ob mit Trinkwasser, Nahrungsmitteln, Medizin oder Energie.

Da hilft es nicht, die Raketen der Hamas dagegen aufzurechnen oder sie für ein Selbstverteidigungsrecht in Anspruch zu nehmen. Auch sie sind ein Verstoß gegen das Völkerrecht und taugen nicht zur Legitimierung des eigenen Verstoßes. Der Schutz der Zivilbevölkerung ist für die Hamas genauso oberstes Gebot wie für die israelische Armee.

Es wird immer offensichtlicher, dass in diesem Konflikt Völkerrecht gebrochen wurde. Nicht nur durch die Palästinenser mit ihrem wahllosen Raketenbeschuss, vor allem Israel hat bei seiner Militäroffensive humanitäres Völkerrecht verletzt, was nicht zuletzt durch die über tausend Toten erkennbar wird, fast jeder dritte davon ein Kind. Die UNO-Hochkommissarin Navi Pillay fordert eine unabhängige Untersuchung möglicher Menschenrechtsverletzungen. Sollte diese die Vorwürfe bestätigen, müssten sie als Kriegsverbrechen verfolgt werden. Ebenso verlangt der UNO-Sonderbeauftragte für das besetzte Westjordanland und den Gazastreifen, Richard Falk, unabhängige Ermittlungen. Es gibt zwingende Beweise, dass Israel grundlegende humanitäre Prinzipien und das Kriegsrecht „gegen eine im Wesentlichen wehrlose Bevölkerung" gebrochen habe.[3] Acht israelische Menschenrechtsorganisationen haben ihre Regierung aufgefordert, angesichts der massiven Zerstörungen im Gazastreifen Untersuchungen einzuleiten. Die Stimmen, die eine unabhängige Untersuchung des Kriegsgeschehens fordern, werden auch innerhalb der EU immer lauter. Allerdings soll insbesondere die deutsche Regierung ein derartiges Unternehmen bremsen, jüngst auch die tschechische Ratspräsidentschaft. Von Europa wird also nichts zu erwarten sein.

Die israelische Regierung wiederum begründet ihr Vorgehen mit dem Selbstverteidigungsrecht. Die sehr hohe Zahl der zivilen Opfer rechtfertigte Außenministerin Tzipi Livni am 19.1.2009 im israelischen Rundfunk damit, dass das Ziel die Terroristen der Hamas seien, dass beim Kampf gegen den Terror aber manchmal Zivilisten leiden müssten.

Waffenstillstand wurde durch Israel gebrochen

Es ist allmählich auch in israelischen Zeitungen zu lesen, dass der Waffenstillstand des vergangenen Jahres nicht von Hamas, sondern von der israelischen Armee gebrochen wurde. Auch wurde die seit eineinhalb Jahren bestehende vollständige Kontrolle und Blockade des Gazastreifens durch Israel, die zu einer besorgniserregenden Notlage der palästinensischen Zivilbevölkerung geführt hat, nicht aufgehoben. Es ist zwar kein offizielles schriftliches Dokument des Waffenstillstandes veröffentlicht worden, aber der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter, der an der Vermittlung der Waffenruhe im Juni 2008 beteiligt war, zählt auch die Wiederaufnahme der lebenswichtigen Lieferungen von Nahrungsmitteln, Medikamenten, Wasser und Treibstoff im alten Umfang der Zeit vor dem Rückzug der Israelis aus dem Gazastreifen zu der Vereinbarung. Laut Carter ließen die Israelis jedoch kaum ein Drittel der notwendigen Lieferungen über die Grenze. Noch im Dezember habe sich Hamas bereit erklärt, die Waffenruhe einzuhalten, wenn Israel die normalen Lieferungen wieder zulassen würde. Die israelische Regierung habe sich jedoch nur zu 15 % der früheren Warentransporte bereit erklärt, was für Hamas nicht akzeptabel war.[4] Man wird nach Kenntnis dieser Umstände denen schwer widersprechen können, die darauf verweisen, dass es Israel klar gewesen sein musste, dass die Palästinenser auf dieses Verhalten über kurz oder lang mit erneuten Raketen reagieren würden.

Dies ist angesichts der völlig unverhältnismäßigen Kriegsführung, die keinen Unterschied zwischen Kämpfern und Frauen mit ihren Kindern gemacht, weder Schulen noch Moscheen geschont hat, keine Nebensache. Kein politisches Ziel, kein Verteidigungs- oder Notwehrrecht vermag einen solchen Krieg zu rechtfertigen. Eine Verhöhnung der UNO-Charta, eine Barbarei unter den Augen von Staaten, die ihre Schwäche oder Feigheit hinter einer milden Kritik verstecken, die eher Zustimmung als Ablehnung signalisiert.

Brüchiger Waffenstillstand

Nun herrscht seit dem 18. Januar 2009 zwar ein Waffenstillstand, einseitig von Israel und von Hamas ausgerufen. Ein Waffenstillstand, der äußerst brüchig ist und noch weit davon entfernt, in einen dauerhaften Frieden zu münden. Denn durch diesen Krieg ist nicht nur immenses Leid verursacht worden, sondern er hat die Situation im Nahen Osten noch viel komplizierter gemacht. Seine politischen Auswirkungen auf das Machtgefüge in den arabischen Staaten sind zurzeit noch nicht abzusehen.

Israel wollte durch diesen Krieg die Hamas militärisch schwächen und ihr den Rückhalt bei der Bevölkerung Gazas nehmen. Nun ist die Hamas vielleicht militärisch geschwächt worden, aber politisch hat sie gewonnen. Die massiven Menschenrechtsverletzungen durch israelisches Militär an einer eingeschlossenen und wehrlosen Zivilbevölkerung, die nun tagtäglich ans Licht der Öffentlichkeit kommen, haben dem Ansehen Israels schwer geschadet. Keiner der acht Kriege, die Israel vor dem jüngsten geführt hat, hat dem Land Sicherheit gebracht. Dieser neunte Waffengang wird den Israelis ebenfalls kein Leben in einem friedlichen arabischen Umfeld bescheren. Im Gegenteil, die moderaten arabischen Kräfte, die an einer Aussöhnung und Verhandlungslösung mit Israel interessiert sind, wurden durch diesen grausamen Krieg in die Defensive gedrängt, die radikalen Kräfte haben an Rückhalt in der arabischen Welt gewonnen. Denn es handelt sich schon lange nicht lediglich um einen israelisch-palästinensischen Konflikt, sondern dieser hat sich zu einem arabisch-israelischen ausgeweitet. Die Palästinenser sind zudem nach wie vor gespalten und auch Mahmud Abbas hat durch diesen Konflikt an Einfluss verloren. Er wird seit dem 9. Januar 2009 von der Hamas nicht länger als Präsident der Palästinenser anerkannt, obwohl er seine Gesprächsbereitschaft mit der Hamas betont hat.

Zudem haben am 10. Februar 2009 die Parlamentswahlen in Israel stattgefunden. Wer das Kopf-an-Kopf-Rennen am Ende gewinnt, die rechtsgerichtete Likud-Partei von Benjamin Netanjahu oder die Mitte-Rechts-Partei Kadima von Außenministerin Tzipi Livni, ist gegenwärtig noch nicht ermittelt. Allerdings ist jetzt schon klar, dass von beiden keine positiven Impulse für einen gerechten Frieden in Nahost zu erwarten sind. Beide sind bereit, mit der drittstärksten Kraft, der ultrarechten nationalistischen Partei Israel Beitenu von Avigdor Lieberman zu koalieren, die sich im Wahlkampf unter anderem auch durch anti-arabische Positionen hervorgetan hat. Netanjahu hat wiederholt angekündigt, die Besatzungspolitik fortzusetzen und die jüdischen Siedlungen auszubauen. Der derzeit einzige Weg zu einem dauerhaften Frieden, die Umsetzung der Zweistaatenlösung, die für die Palästinenser einen eigenen lebensfähigen Staat bedeuten würde, steht nicht auf seiner politischen Agenda. Tzipi Livni, als Außenministerin hat sie den Krieg in Gaza mitzuverantworten, ist auch keine Hoffnung.

Nach dem Schweigen der Waffen steht man also wieder vor der alten Frage, wie der Frieden zwischen Israel und den Palästinenser/-innen dauerhaft gesichert werden kann. Zurzeit wird unter ägyptischer Vermittlung um eine 18 Monate dauernde Waffenruhe in Gaza gerungen. Ob diese Bestand hat, wird sich zeigen. Allerdings ist eines nun schon klar: Es wird zum Frieden nur einen Weg geben: Verhandlungen und die Beendigung der Besatzung. ♦

Fußnoten:
1. UN Office For The Humanitarian Affairs (OCHA) v. 19. Januar 2009.
2. junge Welt vom 07.02.2009, „Das alles war ein einziges Kriegsverbrechen", Interview mit Mustafa Barghouti von Karin Leukefeld
3. apd-Meldung vom 22.01.2009, 20:51:00 h, UN-Experte fordert Ermittlung zu möglichen Kriegsverbrechen Israels. Jüngst hat sich diesen Forderungen auch der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Xavier Solana, angeschlossen.
4. Jimmy Carter: An Unnecessary War. Washington Post vom 8. 1. 2009.

Die NATO rüstet sich für neue Kriege:

Dem Militärbündnis mit breiten Massenprotesten entgegentreten!

Tobias Pflüger, Mitglied des EU-Parlaments – GUE/NGL-Fraktion

Am 3. und 4. April 2009 will die NATO ihr 60-jähriges Jubiläum in Straßburg und Baden-Baden feiern und sich propagandistisch als Friedensbündnis darstellen. Anders Fogh Rasmussen, einer der aussichtsreichsten Kandidaten für den Posten als nächster NATO-Generalsekretär, bringt anschaulich auf den Punkt, wie der Öffentlichkeit Sand in die Augen gestreut werden soll: „Die NATO ist die erfolgreichste Friedensbewegung, die die Welt je gesehen hat."

Tatsächlich war und ist die NATO eine Militärallianz, deren Hauptzweck darin besteht, die politischen, strategischen und ökonomischen Interessen ihrer (wichtigsten) Mitgliedsstaaten notfalls mit Gewalt durchzusetzen. Deshalb konnte und durfte das Bündnis nach dem Ende der Sowjetunion auch nicht aufgelöst werden. Denn nachdem die westlich-kapitalistischen Staaten Anfang der 90er Jahre die Vorherrschaft im internationalen System errungen hatten, ging es fortan darum, diese Position mit Hilfe der NATO militärisch abzusichern und auszubauen.

Hierfür setzte die Allianz auf eine doppelte Expansion: Territorial ging die NATO schnell dazu über, große Teile der sowjetischen Konkursmasse unter ihre Kontrolle zu bringen. Schon im Januar 1994 wurde das Programm „Partnerschaft für den Frieden" (PfP) ins Leben gerufen, mit dem die ehemaligen Ostblockländer an die NATO herangeführt wurden. Mittlerweile ist das Bündnis in drei Erweiterungsrunden (1999, 2004, 2009) um 12 Staaten auf 28 Mitglieder angewachsen. Parallel dazu wurde der Operationsschwerpunkt, der ursprünglich zumindest formal die Landesverteidigung war, auf die Durchführung weltweiter Militärinterventionen im Ausland verlagert. Mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien und der Verabschiedung eines Neuen Strategischen Konzeptes Anfang 1999 fand diese Schwerpunktverlagerung ihre erste konkrete Umsetzung.

Nachdem die NATO aufgrund der teils offen anti-europäischen Politik der Bush-Administration zwischenzeitlich in eine Krise geriet, deutet nun alles darauf hin, dass das Bündnis unter dem neuen US-Präsidenten Barack Obama wieder massiv an Bedeutung gewinnen wird. Zur Aufrechterhaltung der westlichen Vorherrschaft rüstet sich das Bündnis auf breiter Front für neue Kriege. Auch die Beziehungen der USA zur Türkei werden davon nicht unberührt bleiben.

Brüder im Geiste: Intensivierung der NATO-EU-Kooperation

Schon im November 2008 prophezeiten die US-Geheimdienste in einem Bericht (Global Trends 2025) den Niedergang der US-Machtposition und zunehmende Krisen und Konflikte, insbesondere mit den neu aufkommenden Mächten Russland und China. Gleichzeitig warnt die US-Geheimdienststudie viel sagend davor, China und Russland würden „nicht dem westlichen liberalen Entwicklungsmodell", sondern dem eines „Staatskapitalismus" folgen. Es drohe, dass sich viele andere Länder von deren „alternativem Entwicklungsmodell angezogen fühlen".

Aufgrund der schweren wirtschaftlichen und militärischen Probleme sowie dem Aufkommen neuer Mächte versucht die neue US-Regierung unter Barack Obama nun, von den europäischen Verbündeten eine stärkere militärische Unterstützung bei der Aufrechterhaltung der Weltordnung einzufordern. Dies dürfte jedoch nur gelingen, wenn den EU-Staaten hierfür künftig machtpolitisch deutlich mehr Mitspracherechte eingeräumt werden, als dies bislang der Fall war. Der in der EU extrem beliebte Barack Obama ist die ideale Person, um diesen Deal auf den Weg zu bringen.

Erste Anzeichen für eine hiermit einhergehende Stärkung der NATO sind bereits zu erkennen. Schon heute kann die EU für ihre Militäreinsätze im Rahmen des Berlin-Plus-Abkommens auf NATO-Kapazitäten zurückgreifen. Gegenwärtig wird immer ernster darüber debattiert, ein umgekehrtes Verfahren zu etablieren, bei dem die NATO für ihre Kriege Zugriff auf zivile Fähigkeiten der EU erhalten soll. Die EU-Ratspräsidentschaft, die bis Sommer 2009 die Tschechische Republik innehat, gab zudem die Losung aus, die Verbesserung der Partnerschaft mit der NATO sei eines ihrer Hauptanliegen im Bereich der EU-Militärpolitik. Darüber hinaus dürfte Frankreich nach über 40-jähriger Abwesenheit in Kürze wieder voll in die integrierten militärischen Strukturen der NATO zurückkehren – möglicherweise bereits beim Frühjahrsgipfel im April. Im Gegenzug wird Frankreich wohl mit einem wichtigen Kommandoposten belohnt werden.

Ein weiterer Bereich intensiverer Kooperation betrifft den Irak. Entgegen

dem erweckten Anschein beabsichtigt auch die neue US-Regierung keineswegs, sämtliche Truppen aus dem Irak abzuziehen. Laut Barack Obama soll eine „Kerntruppe" dort stationiert bleiben. In einem Interview präzisiert Verteidigungsminister Robert Gates, 40 000 US-Soldaten könnten noch „für Jahrzehnte" das Land besetzt halten. Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung der NATO-Verteidigungsminister im Dezember 2008 äußerst bedenklich, ihre Ausbildungsmission der irakischen Armee (NATO Training Mission in Iraq) erheblich auszuweiten. Indem man bei der „Absicherung der Grenzen", einer „Verteidigungsreform" und dem Aufbau von „Verteidigungsinstitutionen" behilflich ist, will man den USA bei der fortgesetzten Besatzung unter die Arme greifen. Zentral ist jedoch die US-Forderung nach einer deutlich größeren Unterstützung des Afghanistan-Krieges.

Afghanistan: Prototyp künftiger NATO-Kriege

Der NATO-Militäreinsatz in Afghanistan hat eine schreckliche Eskalationsspirale in Gang gesetzt. Seit die NATO-Truppe ISAF immer offensiver vorgeht, steigen die bewaffneten Auseinandersetzungen und die Todesopfer unter der afghanischen Bevölkerung dramatisch an. Gleichzeitig wurde im Rahmen des „Nation Building" der afghanischen Gesellschaft ein strikt neoliberales Wirtschaftsystem verordnet, das maßgeblich dazu beiträgt, dass sich die humanitäre Lage laut UN-Angaben seit dem Einmarsch des Westens sogar noch verschlechtert hat: 61 % der Bevölkerung sind chronisch unterernährt, 68 % verfügen über keinen Zugang zu Trinkwasser.

Inzwischen sind 55 000 NATO-Soldaten zur Aufstandsbekämpfung am Hindukusch stationiert. Bis zum Sommer 2009 sollen weitere 20–30 000 folgen, von denen viele – so die klare Forderung Obamas – von den EU-Staaten gestellt werden sollen. Viel wird davon abhängen, ob es in diesem Punkt zu einer einvernehmlichen Lösung kommen wird. Der einflussreiche „European Council on Foreign Relations" betont: „Die Frage wird wohl in Washington als Lackmustest angesehen werden, ob die Europäer als strategische Partner ernst genommen werden sollten. Somit dürfte die europäische Reaktion die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen auf lange Sicht, also die nächsten vier oder acht Jahre beeinflussen."

Ein solcher transatlantischer Kuhhandel – mehr EU-Truppen im Austausch für ein größeres Mitspracherecht innerhalb des Bündnisses – muss unter allen Umständen verhindert werden. Denn Afghanistan ist die Achillesferse der NATO, scheitert sie dort, dürften sich weitere NATO-Kriege auf Jahre hinaus erledigt haben. Schließlich schreibt nicht zuletzt die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, Afghanistan sei der „Lackmustest […] für eine handlungsfähige NATO".

Charmeoffensive gegenüber der Türkei

Nicht nur das Verhältnis der USA zur EU, auch die Beziehungen zum traditionellen Verbündeten Türkei hatten unter George W. Bush schwer gelitten. Ganz prominent kündigte Barack Obama deshalb in einem Grundlagendokument eine Charmeoffensive an. Er wolle „die strategische Partnerschaft mit der Türkei erneuern", dies sei ein „wichtiges nationales US-Interesse".

Konkret erhofft man sich von der Türkei künftig größere militärische Beiträge für NATO-Aufstandsbekämpfungseinsätze. Darüber hinaus ist die Türkei nicht nur ein Bindeglied in den energiereichen Mittleren Osten, sondern auch ein entscheidendes Transitland, um Öl und Gas aus der kaspischen Region unter Umgehung Russlands in den Westen zu leiten. Durch Projekte über türkisches Territorium, wie die bereits gebaute Baku-Ceyhan Öl- und die anvisierte Nabucco Gaspipeline, will man Moskaus Transportmonopol brechen und damit dessen Machtposition schwächen. Leider bleibt zu befürchten, dass zugunsten dieser Interessen weiterhin davon abgesehen wird, türkische Menschenrechtsverletzungen ernsthaft zu kritisieren.

NATO-Strategie 2010: Institutionelle Runderneuerung

In einem Anfang 2008 veröffentlichten Grundsatzpapier fünf hoher NATO-Strategen („Towards a New Grand Strategy") wird offen der nukleare Erstschlag propagiert: „Der Ersteinsatz von Nuklearwaffen muss im Arsenal der Eskalation das ultimative Instrument bleiben, um den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu verhindern." Solche Erstschläge sollen auch und vor allem gegen Staaten geführt werden können, die ihrerseits über keinerlei Atomwaffen verfügen – etwa den Iran. Gleichzeitig sollen auf dem Frühjahrsgipfel 2009 die Planungen für ein NATO-Raketensystem in Tschechien und Polen konkretisiert werden.

Darüber hinaus machen die NATO-Generäle noch zahlreiche Vorschläge für eine Aktualisierung des Strategischen Konzeptes des Bündnisses, das wohl 2010 verabschiedet und beim NATO-Frühjahrsgipfel 2009 bereits andiskutiert werden soll. Hierfür präsentieren sie einen Maßnahmenkatalog, der nahezu alles beinhaltet, was das Militaristenherz begehrt: u. a. NATO-Einsätze künftig ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates durchzuführen, das bislang gültige Einstimmigkeitsprinzip abzuschaffen und Ländern, die sich nicht an einer Mission beteiligen wollen, künftig jegliche Mitspracherechte abzuerkennen – nur wer mitkämpft, soll auch mitbestimmen.

60 Jahre NATO – Aufruf zu Protesten!

Zusammengenommen wird klar, dass sich die NATO tatsächlich auf breiter Front für neue Kriege rüstet. Ohnehin dient die NATO nur einem Zweck: Krieg zu führen. Die zentrale Forderung muss deshalb sein, die NATO aufzulösen – sofort! Diese Botschaft gilt es beim NATO-Gipfel am 3./4. April selbstbewusst in die Öffentlichkeit zu tragen und dem Bündnis dort mit Massenprotesten entgegenzutreten! ♦

Internationales Camp und MSF Anfang Oktober 2009 in Amed

Die Kräfte gegen die neoliberale Politik vereinen

Sultan Toptaş, Mitglied des MSF-Leitungskomitees

Was ist das MSF und wie kam es zu dieser Idee?

Das MSF (*Mesopotamisches Sozialforum*) ist gegründet worden, damit Menschen aus dem Mittleren Osten zusammenkommen, sich über ihre Erfahrungen im Kampf austauschen und in einen gemeinsamen Prozess treten können. Seit Anbeginn der Geschichte in Mesopotamien sind wir konfrontiert mit hegemonialen Kriegen um diese Region, Kriege, um die Menschen dort zu unterdrücken und KurdInnen ihrer Kultur zu berauben.

Die Menschen dieser Region streben danach, ihre Kräfte gegen die neoliberale Politik, das heißt gegen Repression vom Staat und die Gier multinationaler Konzerne nach Kapital und Gewinn, zu vereinen. Und genau aus diesem Streben heraus entstand die Idee vom MSF.

Was unterscheidet das MSF von anderen Sozialforen?

Wir wissen alle, dass die 30-jährigen Erfahrungen der KurdInnen im Kampf und die Schmerzen, die die Menschen in dieser Region erfahren haben, den Erfahrungen vieler anderer Menschen auf dieser Welt ähneln. Wir wünschen uns, dass diese Menschen zusammenkommen, um diese Gemeinsamkeiten für gemeinsame Aktivitäten und Projekte zu nutzen und umzusetzen.

Wir, die in der mesopotamischen Region lebenden Menschen und Völker, organisieren diese Aktivitäten als Teil des 2001 gegründeten und heute noch immer starken, Stimmen und Farben der Welt vereinenden, *Weltsozialforums* und des *Europäischen Sozialforums*.

Wir denken, dass allein die Gründung eines derartigen Forums in unserer Region allen voran KurdInnen, aber auch anderen Menschen und Völkern, einen Rahmen dafür bieten wird, unsere Stimme erheben zu können und gegenseitiges Vertrauen und Solidarität aufzubauen. Zwischen dem MSF und den anderen Sozialforen und den gemeinsam organisierten Aktivitäten gibt es eine Verbindung. Wir kommen alle aus opponierenden Organisationen und sozialen Bewegungen, d. h. das, was das System vorgibt, akzeptieren wir nicht. Das ist der Punkt, von dem wir ausgehen, und die wichtigste Gemeinsamkeit. Das Besondere am MSF ist, dass es möglich wird für die in dieser Region lebenden Menschen, sich zu treffen und im Mittleren Osten, einem der Austragungsorte hegemonialer Kriege, lautstark ihre Stimme zu erheben.

***Mesopotamisches Sozialforum* heißt ja vor allem, dass Leute aus dieser Region, also aus Irak und Nordost-Syrien sowie der Südost-Türkei, eingeladen sind. Euer Aufruf richtet sich jedoch an alle Interessierten weltweit. Wie kam es zu dem Titel MSF?**

Obwohl das *Mesopotamische Sozialforum* eigentlich für die Menschen dieser Region ist, ist es auch ein Ziel, Menschen aus aller Welt zu treffen. Daher können auch andere soziale Bewegungen und opponierende Organisationen weltweit, z. B. SozialistInnen, Teil des MSF sein und an den Aktivitäten und Projekten teilnehmen. So wie wir am WSF, ESF und dem türkischen Sozialforum teilnehmen, können auch sie teilnehmen, um Kräfte zu vereinen, auch sie können ihre Erfahrungen teilen. Unser Aufruf richtet sich an alle fortschrittlichen Strukturen und Gruppen.

Eigentlich sollte das Forum im Frühjahr sein. Warum findet es jetzt im Herbst statt?

Eigentlich wollten wir das MSF im Frühjahr stattfinden lassen, jedoch wäre es aufgrund der Kommunalwahlen im März zu Engpässen in den Vorbereitungen gekommen und daher erschien uns der Termin im Oktober passender. Gleichzeitig denken wir, dass dieser Termin und die Jahreszeit für die TeilnehmerInnen von Vorteil sind. Während der Sommermonate ist es in Diyarbakır ziemlich heiß, die Bedingungen zu Herbstanfang eignen sich besser für diese Initiative.

Im Rahmen des Forums wird ein internationales Camp stattfinden. Könntest Du kurz beschreiben, was die Idee von dem Camp ist?

Das Camp wird die Möglichkeit für ein Treffen und für Aktivitäten von und zwischen Menschen mit gleichen Ideen und Gedanken bieten. Das Camp wird zeitgleich mit dem MSF stattfinden. Teil des Camp-Programms sind Seminare und Workshops auf dem MSF. Daher sehen wir das Camp als Teil des MSF. Wir gehen davon aus, dass es Tausende von TeilnehmerInnen und Hunderte von Seminaren und Workshops und kulturelle Aktivitäten (z. B. Konzerte, Performances, Straßentheater) geben wird. ♦

Weitere Informationen sind über die Internetseite zu bekommen:
http://international-amed-camp.org/

Kurdischer Hip-Hop:

„Leben und Freiheit brauchen Widerstand“

Interview mit „Stêrka Sor“, von Hêvîdar Edessa

Hip-Hop entwickelte sich in den USA als Widerstandskultur der afroamerikanischen Bevölkerung gegen die Unterdrückung. Aus demselben Grund verbreitet sich diese Musikrichtung auch bei den in der Türkei lebenden kurdischen Jugendlichen.
„Stêrka Sor“ (Roter Stern), eine Gruppe des *Mesopotamischen Kulturzentrums* MKM fordert die kurdische Jugend auf, Widerstand zu leisten für Frieden und Freiheit.
„Hip-Hop ist eine Art von Protestmusik, und solange die Kurden nicht in Freiheit und Frieden leben, werden wir die Stimme dieser unterdrückten Menschen sein und weiterhin Propaganda für den Widerstand machen. Wir sind die Stimme der Jugendlichen, die mit Steinen auf Panzer werfen“, so Awaz Ar, ein Mitglied der Gruppe *Stêrka Sor*. Im Folgenden ein Interview mit zwei Gruppenmitgliedern.

Ihr sagt, dass Ihr Propaganda für die Widerstandsbewegung macht. Was genau versteht Ihr darunter? Welche Art von Propaganda wollt Ihr mit Hip-Hop machen?

Wir denken, dass das gegenwärtig herrschende Weltsystem menschenfeindlich und falsch ist, deswegen sehen wir unsere Lieder als eine Art Widerstand gegen dieses System und zugleich auch als Propaganda für unsere eigene Ideologie. Und der Rap, der Teil der Kultur des Hip-Hop ist, ist ein Mittel, mit dem wir unsere Gedanken und Gefühle leichter reflektieren und ausdrücken können.



Was bedeutet für Euch der Hip-Hop?

Hip-Hop bedeutet für uns Protest, Widerstand, Rebellion, Aufstand, und auch Ablehnung.

Woher kommt Euer Interesse an Hip-hop?

Awaz: Da ich in der Region Mardin geboren bin, bin ich mit den dort verbreiteten Liedern aufgewachsen. Siwan Perwers Protestmusik und Ciwan Hacos Synthesen haben mich zum Hip-Hop gebracht. Abbas Ahmeds „Heyv tarî ye“ (Der Mond ist dunkel) war auch ein wichtiger Grund, der mich dem Hip-Hop hat näherkommen lassen.

Serhildan: Rhythmus, Fluss und Stil des Hip-Hop haben mich fasziniert, diese Faktoren haben große Lust an dieser Musikrichtung in mir erweckt. So habe ich als Erstes damit begonnen, mich damit auseinanderzusetzen, was ein DJ (Discjockey) ist, ich habe zuhause mit meinen selbst gebastelten Geräten und mit meinem Computer meine ersten Beats fabriziert und anschließend mit dem Rappen angefangen. Ich kann sagen, dass dies ein großer Wendepunkt in meinem Leben war. Die Zeit, meine Stimme zu erheben, war gekommen. Die herrschende Ordnung in meiner Stadt war der wichtigste Grund dafür. Es gab Menschen, die sich hinter dem System versteckten, nur um ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Somit hatten sie ihre Augen für die Sorgen des eigenen Volkes verschlossen. Hip-Hop-Gruppen, die gegen das kapitalistische System waren, gab es viele. Aber keine, die den Namen meines unterdrückten Volkes in den Mund nahm. Es gab und gibt leider noch immer sehr viele Gruppen, welche die Existenz der Kurden verleugnen. So hört man immer wieder in ihren Texten heraus, dass es kein anderes Volk außer den Türken in der Türkei geben würde. Was hättet Ihr an meiner Stelle gemacht? Natürlich hättet auch Ihr diesen Menschen eine richtige Antwort gegeben.

Ich will Missverständnisse vermeiden, ich habe Respekt vor dem türkischen Rap und es gibt auch einige Gruppen, die ich gut kenne und vor denen ich große Achtung habe. All diese Gruppen kennen uns. Manche tun vielleicht so, als ob sie uns nicht kennen würden, weil es für sie so leichter ist. Stêrka Sor ist die Stimme der Kinder, die Steine auf die Panzer werfen, die in ihr Land eindrangen, um Krieg und Tod zu verbreiten.

Was war die Geschichte Eures ersten Liedes? Welches Ereignis hat Euch auf diesen Text gebracht?

Awaz: Mein großer Bruder Azad, der im Ausland lebt, hat mich für mein erstes Lied inspiriert, und deswegen habe ich das Lied „Xerîb\Yadê" (Fremde/Mutter) geschrieben. Es handelt vom Leben im Exil, von Flüchtlingen und von Zwangstrennungen.

Serhildan: Mein erstes Lied habe ich als Demo gemacht, es heißt „Rap a min" (Mein Rap), die neue Version von „Rap a min" hat der in Frankreich lebende DJ Burhan mit eingefügten Scratches in seinen Text aufgenommen. Eine Zeit lang gab es sehr wenige kurdische MCs (Microfon controller/Master of ceremonies). Nur wenige Menschen wussten, dass kurdischer Rap überhaupt existiert. Dies war auch etwas, das mich dazu gebracht hat, mein erstes Lied „Rap a min" zu schreiben. Ich werde es überarbeiten und in einer neuen Version der kurdischen Jugend präsentieren. Aber das wird nicht unser letzter Text sein. Wir als *Stêrka Sor* werden für die Kurden weiterhin Texte schreiben. Solange es unsere AWAZ (Stimme) gibt, werden wir sie mit den SERHILDAN (Volksaufständen) vereinen.

Ihr wollt auch die Jugend in Bezug auf Drogen aufklären. Seht Ihr unter den kurdischen Jugendlichen Drogen als eine große Gefahr? Wie wollt Ihr diesem Problem mit der Musik begegnen?

Leider stellen die Drogen eine Gefahr für alle Menschen auf dieser Welt dar. Wir versuchen in unseren Liedern, die Menschen darauf aufmerksam zu machen, dass Drogen Mittel des kapitalistischen Systems sind, um die Menschen von der Realität fernzuhalten.

Der Hip-Hop ist bekannt als revolutionäre Protestmusik. Hat er Eurer Meinung nach in der heutigen Welt noch diese Eigenschaft?

Die kurdischen Jugendlichen führen die Hip-Hop-Kultur in gewissem Maße weiter. Im gegenwärtigen System hat Rap seine wesentliche Eigenschaft verloren. Dies ist eigentlich auch ein Grund unseres Widerstandes, unseres Engagements und unserer Entschlossenheit.

Der kurdische Hip-Hop entwickelt sich neu, wie ist das Interesse an Eurer Musik?

Der kurdische Hip-Hop hat immer noch etwas Verbotenes an sich, deswegen ist er nicht nur bei kurdischen Jugendlichen angesagt, sondern bei allen Jugendlichen in unserer Region. Bei jedem Konzert bekommen wir sehr viel Lob. Das ist ein sehr großer Motivationsfaktor für uns.

Wo steht der kurdische Rap im Vergleich mit dem Rap in anderen Sprachen?

Kurdischer Rap wird oft von anderen Rappern nicht akzeptiert, weil er seine revolutionäre Eigenschaft nicht verloren hat.

Wir würden gern mehr über Eure Person erfahren.

Awaz: Ich bin 19 Jahre alt und Schüler. Da ich in einer musikalischen Familie geboren wurde, habe ich schon seit meiner Kindheit mit Musik zu tun. Mein Großvater Dahamê Omerî ist in der Region Mardin ein bekannter „Stranbêj" (Bardensänger). Mein Onkel Suleymanê Omerî ist Mitglied der Gruppe *Koma Xebatkar* (Gruppe der Arbeiter). Jedoch war die wichtigste Person für mich mein Bruder Azad, der auch musikalisch tätig ist. Er war aktiv in der Gruppe *Koma Sarya*, ich hatte mit fünf Jahren meinen ersten Kontakt mit der Musik mit einer Cura (Mini-Saz). In den Jahren 2004–2005 habe ich meine ersten Hip-Hop-Aufnahmen in kurdischer Sprache gemacht.

Serhildan: Ich bin 19 Jahre alt und bin auch Schüler. Ich lebe zurzeit in Mersin. Meine Familie ist aus verschiedenen Gründen, als ich sechs Jahre alt war, hierher gezogen. 1996 besuchte ich mit meinem Bruder den MKM-DER (Verein für Mesopotamische Kulturen). Danach habe ich dort an verschiedenen Aktivitäten teilgenommen. Ich habe Folklore getanzt und auch am Unterricht in kurdischer Sprache teilgenommen. 2004 bekam ich die SPASNAME (Auszeichnung für besondere Leistungen). Das ist ein Dokument, das uns dieser Verein ausgestellt hat. Es war für mich viel wichtiger als alle meine anderen Zeugnisse, die ich von den Schulen bekam. Denn mit diesen konnte ich mich nicht identifizieren. Aber mit meiner SPASNAME sehr wohl.

Danach legte ich eine Pause ein. Bin aber wieder musikalisch aktiv im MKM-DER. Unsere Gruppe *Stêrka Sor* ist innerhalb des MKM-DER aktiv. 2003 habe ich meine eigene Hip-Hop-Internetseite eröffnet.

Damals war der kurdische Rap so gut wie nicht verbreitet. Für uns war er also sehr schwer erreichbar. Ich hatte mir das Ziel gesetzt, die Jugend mit meiner Musik zu erreichen. Ich habe auf meiner Seite Texte und Lieder von DJ Kurdo, „Kine em?" (Wer sind wir?) und „Hip-Hop a kurdî" (Kurdischer Hip-Hop), hochgeladen. Ich habe immer wieder Jugendliche, die nicht in Kurdistan leben, auf die Wichtigkeit der kurdischen Sprache aufmerksam gemacht.

Nach zwei Jahren hatte ich in meinem Archiv ca. 30 Lieder. Die habe ich auf CDs gebrannt und als Mixtape in Schulen oder auf der Straße an Jugendliche weitergegeben.

Damals betrachteten viele Menschen meine Aktionen als sinnlos. Aber jetzt haben sie auch verstanden, dass es nicht sinnlos war. Danach machte ich mit einem Freund aus Großbritannien die Internetseite www.lordkurd.com, die später von der türkischen Regierung gesperrt wurde. Daraufhin haben wir die Seite www.kurdishhiphop.net eröffnet.

Denkt Ihr über ein neues Album nach?

Derzeit denken wir an kein neues Album. Wir laden unsere neuen Lieder hoch. Wenn Ihr Interesse habt, könnt Ihr sie Euch auf den folgenden Seiten anhören:
http://sterkasor.kurdishhiphop.net;
http://www.kurdishhiphop.net;
http://www.sterkasor.com ♦

Die schillernden Farben Istanbuls

Elif Shafak: Der Bonbonpalast

Susanne Roden

Ihren neuen Roman beginnt Elif Shafak mit einer philosophischen Abhandlung über das Thema Wahrheit und Lüge und führt somit den Ich-Erzähler aus dem Bonbonpalast Wohnung Nummer 7, einen Dozenten für politische Philosophie, ein: „Das Ersponnene ist genauso weit von der Wahrheit weg wie von der Unwahrheit. Der Lügner stellt die Wahrheit auf den Kopf, während der Spinner die Wahrheit mit der Lüge verlötet."

„Das Gedächtnis ist wie ein Radfahrer, der bergab gegen den Wind fährt. Informationen, die der Wind mit sich trägt, bleiben an ihm haften oder fliegen ihm in den Mund, verheddern sich in seinen Haaren oder bleiben auf seiner Haut kleben."

Noch in der Einleitung beginnt dann der Einsatz eines Kammerjägers datiert auf 1. Mai 2002, der einen Auftrag in die Informantenstraße 88 „Bonbonpalast" erhalten hat.

Dann wird der Erzählstrang durch ein „Davor" und ein „Noch davor" unterbrochen. Es folgt eine Abhandlung über die Baugeschichte Istanbuls, die Beschreibung der Umsetzung von armenisch-orthodoxen und muslimischen Gräbern aus Platzmangel und die zu viel Phantasie anregende Vorgeschichte und Entstehungsgeschichte des Bonbonpalastes.

Hier zeigt sich nicht nur die umfangreiche Bildung von Elif Shafak, die Internationale Beziehungen an der Technischen Universität des Nahen Ostens in Ankara studierte, einen Master of Sciences in „Gender and Women's Studies" ablegte und an derselben Universität in den Politischen Wissenschaften promovierte, sondern auch ihre Begeisterung für Religion, ihr Wissen über islamische Mystik und Spiritualismus, den Sufismus und ihre lustvolle Wiederentdeckung des osmanischen Erbes ihres Landes.

Die schillernden Farben Istanbuls, die für die Vielfalt und das kulturelle Leben in Istanbul stehen, ziehen sich wie ein bunter Faden mit einer wunderbaren Sprache durch den gesamten Roman. Immer wieder taucht die Farbe Lila, die Mischung von Blau und Rot, die Farbe der Unentschlossenen, die Farbe Istanbuls an ungeahnten Stellen und Zusammenhängen auf.

Überhaupt spielt Farbe eine zentrale Rolle im Roman. Ist es doch gerade der intensiven Farbwahrnehmung der Gattin eines russischen Adeligen, der seiner schwerkranken Frau zu ihrem Lebensabend ein prachtvolles Haus erbauen lässt, zu verdanken, dass der Bonbonpalast diesen Namen trägt. Das in den 60er Jahren errichtete Haus, erbaut im damals bereits völlig aus der Mode gekommenen Jugendstil, hat in der Zwischenzeit jegliche Pracht verloren. Als die Geschichte im 21. Jahrhundert mit der Vorstellung der zehn Mietparteien des Bonbonpalastes beginnt, ist das Haus bereits in einem Zustand der Verwitterung, die Straßenmauer ist von anderen Anwohnern zur Mülltütenabladestelle auserkoren und das Ungeziefer hat die Oberhand über das Anwesen erlangt.

Die Erzählung der Schicksale, Tragödien und Komödien der Mieter des



Elif Shafak Foto: www.elifsafak.us

Bonbonpalastes kann bunter und schillernder nicht ausfallen.

Es beginnt mit der Wohnung Nummer 3, beim Friseurzwillingspaar Cemal und Celal im Erdgeschoss, einer schier unerschöpflichen Quelle schlechthin, denn hier laufen die Informationen aus dem Haus zusammen.

Nach und nach werden alle Mieter der verschiedenen Wohnungen vorgestellt. Tantchen Madame aus der Nummer 10, die bei ihrem Einzug ein schweres Erbe angetreten ist. Befinden sich doch 180 Objekte des russischen Adeligen in der angemieteten Wohnung. Da die in Frankreich lebende Erbin, der auch der Bonbonpalast gehört, kein Interesse an den Dingen zeigt, lagert Tantchen Madame die Gegenstände

kurzerhand in der riesigen Herrschaftswohnung ein.

Es werden ausführlich die weiteren Bewohner vorgestellt. Die abergläubische Meryem aus Nummer 1, die die gesamte Wohnung mit Gebetstexten und Amuletten bestückt, die pensionierte Lehrerin Zeren aus der Nummer 4, die nie die Wohnung verlässt und die Außenwelt nur durch einen Spalt in der Gardine beobachtet, der fromme Hausverwalter Hadschi Hadschi aus Nummer 5, der den Enkeln stets Heiligensagen aus der Zeit der Osmanen erzählt, der namenlose Ich-Erzähler aus der Nummer 7, die blaue Mätresse aus der Nummer 8 und eine ehemalige Insektenforscherin aus Wohnung Nummer 6, die von ihrem Gatten ausgerechnet mit der Synchronsprecherin ihrer Lieblingsserie „Oleander der Leidenschaft“ betrogen wird.

Erst nach der Hälfte des Buches wird dann der Mieter aus der nachträglich umgerüsteten Kellerwohnung Nummer 2 vorgestellt, ein junger Marihuana rauchender Student mit Hund, ein Wanderer zwischen den Welten. Und ebenfalls taucht nun die Mieterin Hygiene-Tijene aus der Wohnung Nummer 9 auf, die einem Putzfimmel verfallen ist und durchaus auch mal verseuchte Kleidung oder andere Gegenstände aus dem Fenster in den Garten abwirft.

Jede Person bekommt ein Gesicht durch die Geschichten, die dem Leser viel Raum für eigene Interpretationen lassen. Die Verflechtung der einzelnen fließenden Geschichten verdichtet sich immer mehr und wie in einer Großstadt üblich finden die Vernetzungen auch außerhalb des Bonbonpalastes statt.

Bevor der Leser bemerkt, was hinter den Kulissen durch die Mieter abläuft, befindet er sich plötzlich wieder in der Anfangsszene, die Dinge nehmen ihren Lauf, nebst einem ganz unerwarteten Ende.

Gegenwart, Vergangenheit, Zukunft, alles fließt in diesem spannungsreichen Roman zusammen. Sprache und Inhalt beziehen sich immer wieder auf eine Zeit, als die verschiedenen Völker, Sprachen und Religionen ihren Platz gleichberechtigt nebeneinander hatten. Der Bonbonpalast steht als Symbol für diese riesige Stadt mit ihrem bunten vorhandenen Gemisch aus verschiedenen Kulturen, Glaubensrichtungen, Sprachen und es gilt, die verschütteten traditionellen kulturellen Werte wieder zu entdecken. Dies ist das besondere Anliegen von Elif Shafak, die bei ihrer mystischen Erzählweise auch in diesem Roman aktuelle brisante Themen wie Minderheitenrechte herausstellt und viele kritische Anmerkungen geschickt in die Passagen einbindet. ♦



Leseprobe aus dem Buch:
Davor gab es hier zwei alte Friedhöfe: der eine klein, rechteckig und gepflegt, der andere groß, halbkreisförmig und verwahrlost, beide brechend voll und trotzdem verlassen. Sie bedeckten eine ziemlich große Fläche, teilten dieselbe verfallene Mauer und waren von einem efeubewachsenen Zaun und steilen, schattigen Hängen umgeben. Der große gehörte den Muslimen, der kleine den orthodoxen Armeniern. Damit niemand hinüberkletterte, hatte man auf der etwa eineinhalb Meter hohen Mauer zwischen den Friedhöfen verrostete Nägel, Glasscherben und sogar Spiegelstücke gesteckt, ohne sich um den Aberglauben zu kümmern. Die riesigen zweiflügeligen Eisentore zu den beiden Grabfeldern befanden sich am jeweils entgegengesetzten Ende, eines schaute nach Norden, eines nach Süden.Wenn nun einem Besucher eingefallen wäre, den anderen Friedhof zu besuchen, hätte er den ‘seinen’ verlassen, die Mauer entlanggehen und, je nachdem von welchem Friedhof er kam, hinunter oder hinauf steigen müssen, um schließlich das gegenüberliegende Tor zu erreichen. Doch diese Strapazen musste niemand auf sich nehmen, da kein Besucher mit Angehörigen auf einem Friedhof jemals auf die Idee kam, den anderen Friedhof zu besuchen. Trotzdem gab es Wesen, die Tag und Nacht hinüberwechselten.

Elif Shafak: Der Bonbonpalast
Roman
Aus dem Türkischen von Eric Czotscher
Eichborn Berlin Verlag, Berlin 2008
Gebunden, 472 Seiten, 19,95 Euro

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
E-mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
E-mail: feykom@chello.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0(033) 1 42 81 22 71
E-mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch



Psychische Folgen traumatischer Erfahrungen auf die Entwicklung kurdischer Migrantinnen in der Europäischen Union
Endergebnisse und Hintergrund einer Untersuchung in fünf europäischen Ländern und der Türkei

Diese Veröffentlichung ist das Ergebnis einer empirischen Studie, in der 1127 kurdische Frauen in fünf Ländern der Europäischen Union und der Türkei befragt wurden. Die einjährige Studie wurde von der International Free Women's Foundation koordiniert und in Zusammenarbeit mit der Utrecht University, Department of Clinical and Health Psychology sowie dem Centre d'Information du Kurdistan (Paris) entwickelt. Eine Vielzahl kurdischer Frauenvereine und ExpertInnen haben an der Entwicklung der Studie sowie an ihrer praktischen Durchführung mitgewirkt.
Die Veröffentlichung in deutscher Sprache erfolgte in Kooperation mit der Frauenbegegnungsstätte
UTAMARA e.V.
In der Stehle 26
53547 Kasbach-Ohlenberg
Tel: 02644 60 24 24
utamara@web.de

IFWF Publication No. 1a
ISBN: 978-3-00-026941-7

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Dänemark	20 dkr.
Großbritannien	2 bp.
Norwegen	20 nkr.
Schweden	20 skr.
Schweiz	4 sfr.

Titelbild:
Demonstration am 16.2. in Malazgirt/Kelê
Foto: DIHA

Rückseite:
Protestaktion am 10.2. in Uludere. Foto: DIHA

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung: Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



Im Kreis Uludere in Şırnak ist aus Protest gegen die Wahlkampfmethoden der AKP, die Haushaltsgeräte, Heizmaterial und Lebensmittel verteilen, eine Waschmaschine angezündet worden.

Abdullah Öcalan kommentierte gegenüber seinen Anwälten die Wahlkampfmethoden der AKP: „Diejenigen aus der Bevölkerung, die arm sind und Bedarf haben, sollen die verteilten Gegenstände ruhig annehmen. Sie sollen nach dem Köder an der Angel greifen, aber sie sollen nicht zum Fisch werden, der am Haken hängenbleibt."

ISSN 0935-5375